BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 11 Köln, 25. November 1958 **Preis DM 1,50**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Quemoy an der Spree"* S. 797
- *Dr. Achim von Borries, „Das Ende einer Politik"* S. 803
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Sache der Deutschen"* S. 814
- *Prof. Dr. Manfred von Ardenne, „Atomare Neutralität"* S. 821
- *Arno Behrisch, MdB, „Im Kielwasser des Panzerkreuzers"* S. 823
- *Dr. Hans Neumann, „Staatsnotstand, Verfassungsschutz, Staatssicherheitsdienst"* S. 827
- *Richard E. Sperber, „Disengagement — Voraussetzungen und Konsequenzen"* S. 831
- *Johannes Weidenheim, „Kalter Krieg mit doppeltem Boden?"* S. 836
- *Prof. Dr. Ernst Fraenkel, „Geschichtsbewußtsein, Krieg und Wirtschaft"* S. 839
- *Rudolf Pikola, „Der Salto mortale der SPD"* S. 846
- *Dr. Ernst Schwarz, „Die Philosophen und die Atombombe"* S. 848
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 860

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das Quemoy an der Spree

Die Stunde scheint endlich gekommen zu sein, wo man einige Wahrheiten sagen kann, ohne auf Unglaube oder heuchlerische Entrüstung zu stoßen.

1. Eine starke Mehrheit der Bundestagsabgeordneten lehnte noch Mitte März die atomare Aufrüstung der Bundeswehr ab. Die Atommehrheit des 25. März wurde unter Vorschiebung angeblicher Nato-politischer Notwendigkeiten erzwungen.

2. Herr Schäffer war nur einer der zahlreichen Bonner Prominenten, die seit der Genfer Konferenz von 1955 Gespräche und Verhandlungen mit Exponenten der DDR geführt haben. Ihre Berichte und Vorschläge wurden unter Vorschiebung Nato-politischer Notwendigkeiten verworfen.

3. Der Rapacki-Plan in seinen beiden Fassungen hat auch im Regierungslager, im Auswärtigen Amt und sogar im Bundesverteidigungsministerium zunächst weithin Zustimmung gefunden. Der Plan wurde von Adenauer auf Weisung des State Department unter Vorschiebung Nato-politischer Notwendigkeiten verworfen.

4. Am Vorabend einer wichtigen Bundestagsentscheidung stand der Sturz des Bundeskanzlers und die Bildung einer Alternativmehrheit des Bundestages unmittelbar bevor. Der Regierungswechsel ist aus Angst vor angeblichen Nato-politischen Notwendigkeiten abgeblasen worden.

Dies ist nur eine kleine Auslese von Sachverhalten, die zeigen, daß in Bonn nach wie vor eine von Washington ferngesteuerte Politik gemacht wird, hinter der nur noch eine Minderheit der politisch ernstzunehmenden Persönlichkeiten steht. Im Bundeskabinett trifft die Entscheidungen ein einziger Mann auf Grund einer auf seine Person zugeschnittenen Verfassung. Im Bundestag bestätigt diese Entscheidungen eine Mehrheit, deren schwankende Flügel ohne Mühe unter persönlichen und politischen Druck gesetzt werden können. Und die sonstige Öffentlichkeit? Eine politische Beamtenschaft, die dem Regime ihre Karriere verdankt, wird durch ein ausgeklügeltes System von Bindungen und Vorteilen im Gehorsam gehalten. Ein Großteil der Presse ist seit 25 Jahren daran gewöhnt worden, stets nur die halbe Wahrheit zu wissen oder zu sagen und die andere Hälfte mit Sensationen oder konformistischer Propaganda zu bestreiten. Unsere Gelehrten stehen überwiegend kritisch bis ablehnend dem herrschenden System gegenüber, aber viele haben leider vergessen, daß Professor „Bekenner" heißt und daß ihre Vorfahren einst im Kampf um Deutschlands Einheit und Freiheit auf den Barrikaden standen. Unsere Industrie-Magnaten sind eng mit dem amerikanischen Großkapital verknüpft und sehen sich vor die Lockung der großen Rüstungsgeschäfte gestellt. Wie will man da erwarten, daß die Millionen der kleinen, vom Wirtschaftswunder geblendeten, von einer systematischen Propaganda irregeführten Bundesbürger begreifen, um was es eigentlich geht.

Dabei müssen Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden. Was den Berliner Deklamationen des Bundestages nicht beschieden war, das hat ein einziger Vorstoß Chruschtschows und Ulbrichts erreicht: Die Deutsche Frage ist zum Problem Nr. 1 der großen Politik geworden. Es gehört eine gute Portion Naivität oder Unehrlichkeit dazu, zu behaupten, „der Osten" wolle mit seinem Vorstoß den europäischen Frieden stören. Die Frage nach der Gültigkeit der Potsdamer Verträge entschleiert eine der abseitigsten Fiktionen unserer Bonner politischen Dilettanten, denn diese Verträge haben längst auch nach westdeutscher Rechtsauffassung, ohne jemals gekündigt worden zu sein, neuen Realitäten Platz gemacht. Das gleiche gilt für die auf Zeit geschlossenen Abmachungen der Militärbefehlshaber. Statt der in Potsdam beschlossenen Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und Wiederherstellung der politischen Einheit sind zwei deutsche Teilstaaten begründet, ist der Rechtsstatus der Bundesrepublik durch den Deutschlandvertrag ohne sowjetische Zustimmung grundlegend geändert worden. Der derzeitige politische und militärische Status Deutschlands ist rechtlich überhaupt nicht mehr faßbar, er stellt eine bloße Realität dar, die von jedem Teilhaber ohne Vertragsbruch geändert werden kann.

Nur in Berlin ist bisher die Anomalie des Vier-Mächte-Status mühsam aufrecht erhalten worden. 13 Jahre nach dem Waffenstillstand residieren hier noch die Kommandanten der vier Siegermächte. Mitten durch die alte Reichshauptstadt zieht sich die Grenze zwischen zwei Welten, auf ihrem Boden liefern sich die Propagandazentralen des Kalten Krieges ihre stillen oder lauten Schlachten, treiben

Hochstapler und Glücksritter ihr Unwesen, gedeihen Lüge und Unmoral. Glauben die Adenauer und Dulles wirklich, daß sich dieser Zustand noch auf 40, 50 oder 100 Jahre verlängern ließe? Beispiele warnen: Triest, Quemoy, der polnische Korridor. Solche Anomalien beseitigt man eines Tages durch Verhandlungen — oder mit Gewalt. Berlin ist in seinem heutigen Zustand eine Eiterbeule des europäischen Friedens, welche den ganzen Volkskörper zu vergiften droht.

Wiederholt haben die Regierungen in Moskau und Ost-Berlin vorgeschlagen, über die Beseitigung dieser Anomalien zu verhandeln: durch Friedensvertragsverhandlungen auf internationaler und durch Wiedervereinigungsverhandlungen auf nationaler Grundlage. Aber Bonn war weder bereit, mit Moskau über den Frieden noch mit der DDR über die Wiedervereinigung zu sprechen. Da griff Chruschtschow zu einem derberen Mittel: er „drohte" — nicht etwa mit militärischem Vormarsch —, sondern mit Rückzug der Besatzungstruppen aus Ost-Berlin und vielleicht aus der DDR als „Vorbereitung" für den Rückzug der anderen. Es ist wohl das erste Mal in der Weltgeschichte, daß man einem Lande Aggression vorwirft, das einen militärischen Rückzug antreten will. Die Kronjuristen in Bonn und Washington hüllen sich vorläufig in beredtes Schweigen, denn ihre Weisheit endet hier. Um so lauter dröhnen die Versicherungen unverbrüchlicher Bundestreue und unerschütterlicher Entschlossenheit. Als ob es um Divisionen ginge! Diesmal wurde die politische Vernunft in die Schranken gefordert, nicht die „schimmernde Wehr". Mao Tse Tung hat die Vertreter von Washington und Formosa mit dem Bombardement auf Quemoy an den Verhandlungstisch geschossen, damit endlich eine friedensgefährdende Anomalie ein Ende nimmt. Nun sollen die westlichen Unterhändler an den Verhandlungstisch — geprügelt werden, da sie freiwillig nicht kommen wollen. Sie sollten nicht warten, bis sie geprügelt werden!

Ja, die Generale und die Juristen sind mit ihrer Weisheit am Ende. Jetzt ist die Stunde der Politiker gekommen. Eine günstige Stunde. Die Bildung einer Vier-Mächte-Kommission zur Behandlung der Deutschen Frage unter Zuziehung von Delegierten der beiden deutschen Teilstaaten ist im Gespräch. Sie wird zustande kommen, wenn Bonn und Washington sie nicht sabotieren. Was soll der Streit um Namen und Tagesordnungen, da doch beide Parteien wissen, daß sich Friedensvertrag und Wiedervereinigung verhandlungsmäßig nicht säuberlich scheiden lassen. Freilich gehört guter Wille zu solchem stillschweigenden Einvernehmen, und Bonn hat bei früheren Konferenzen keinen guten Willen gezeigt. Die Verständigung in der Deutschen Frage hat man mehr als einmal an Formalitäten scheitern lassen, weil man die wahren Gründe verschweigen wollte. Heute gibt es in Bonn wohl niemanden mehr, der noch von einer weiteren westlichen Politik der Stärke irgendeinen Erfolg in der Deutschen Frage erwartete. Man mußte — vielleicht zu spät? — erkennen, daß es nur noch drei Wege gibt: verzichten, verhandeln oder — schießen.

In dieser Lage gewinnt der Vorschlag Bedeutung, den Bundesminister Schäffer seinen östlichen Gesprächspartnern schon vor zwei Jahren unterbreitet hat: Die Bildung einer Konföderation als Übergangslösung. Alle Einsichtigen in beiden Lagern sind sich heute darüber einig, daß die Reintegration der gespaltenen deutschen Hälften einen langwierigen Prozeß darstellen wird. Dazu bedarf es einer rechtlichen und organisatorischen Konstruktion, welche die Kontinuität der Anstrengungen gewährleistet und diesen Prozeß gegen äußere Störungen abschirmt. Ebenso unentbehrlich wird diese Konstruktion sein, um endlich auf internationaler Ebene die Friedensverhandlungen in Gang zu bringen. Es ist einfach unzumutbar, ja unwürdig, daß am Tisch der Vier Mächte zwei deutsche Delegationen erscheinen sollen, denen jeder Kontakt untereinander fehlt und die sich

nicht einmal über die leitenden Grundsätze eines Friedensvertrages abgestimmt haben. Das sonst unvermeidliche Intrigenspiel zwischen den beiden „Lagern" würde jede Verständigung von vornherein blockieren. Eine Konföderation erlaubt die vorläufige Wahrung der teilstaatlichen Eigenständigkeit, sichert aber als Repräsentativorgan nach außen und als Integrationsorgan nach innen ein sinnvolles Arbeiten. Es ist zu bedauern, daß Schäffers Vorschlag von 1956 in Bonn nicht weiter verfolgt, ja bald sogar als „kommunistisches Projekt" scharf bekämpft worden ist. Welch unehrliches, welch heuchlerisches Verfahren! Die Stunde ist überreif, um den Gedanken wieder aufzugreifen und in den Mittelpunkt der unvermeidlich gewordenen gesamtdeutschen Gespräche zu stellen.

Es ist kein Zufall, daß eben jetzt der unermüdliche polnische Außenminister Rapacki eine erweiterte und verbesserte Fassung seines Planes einer atomwaffenfreien Zone vorgelegt hat. Nachdem Rapacki bereits bei früheren Gelegenheiten auf Einwendungen und Bedenken bereitwillig eingegangen war, berücksichtigt der neue Entwurf auch den westlichen Einwand, daß nach einem Atomwaffen-Verzicht Polens, der CSR, DDR und BRD ein konventionelles Übergewicht der Mächte des Warschauer Paktes entstehen würde. Er schlägt die Durchführung des Planes in zwei Etappen vor: In der ersten Etappe das Verbot der Herstellung von Atomwaffen und ihre Neuanschaffung durch die vier nationalen Wehrmachten, also das „Einfrieren" der atomaren Rüstung in dieser Zone unter internationaler Kontrolle; in der zweiten Etappe eine Angleichung der konventionellen Rüstungen untereinander und die völlige Befreiung der Zone von allen Atomwaffen, gleichfalls unter einer ständigen internationalen Kontrolle. Wie der frühere englische Staatsminister Anthony Nutting behauptet, bedeutet dieser neue Plan eine Rückkehr zu dem ursprünglichen Entwurf, mit dem Rapacki seinerzeit noch nicht die Zustimmung des Kreml gefunden hatte. Jedenfalls ist bei dem Besuch Rapackis in Oslo erneut deutlich geworden, daß dieser Plan eindeutig auf die Initiative Warschaus zurückgeht, das durch ihn eine größere außenpolitische Bewegungsfreiheit zu gewinnen hofft. Nur politischen Dilettanten konnte dies bisher verborgen bleiben.

Auch der neue Plan hat weithin Zustimmung gefunden, außer in Skandinavien auch bei den Oppositionsparteien Englands und der USA. Leider beeilte sich Herr Adenauer, den Plan als ein „totgeborenes Kind" kennzeichnen zu lassen, und das amtliche Bulletin rechtfertigte die Ablehnung damit, daß ein Plan unannehmbar sei, durch den nicht auch „die unnatürliche Zweiteilung Deutschlands und ähnliche politische Grundfragen" bereinigt würden. Das ist die Sprache jener alten Politiker der Stärke, die nicht zufrieden sind, ehe ihnen nicht das Haupt des Besiegten auf silbernem Tablett kniend überreicht wird. Dieser Bonner Größenwahn erregt seit geraumer Zeit nicht nur in Europas Hauptstädten Kopfschütteln, sondern selbst in den Reihen der Regierungsanhänger, soweit ihnen eine Ahnung darüber aufgegangen ist, was eine Ablehnung dieses Planes für den europäischen Frieden bedeutet. Es spricht sich allmählich herum, daß ohne einen fairen Verzicht auf atomare Rüstungen weder Friedensvertrag noch Wiedervereinigung jemals möglich sein werden. Aber selbst manche „Abendländer", welche die „Zone" insgeheim längst abgeschrieben haben, beginnen zu begreifen, daß der Bonner Griff nach dem Atom tiefes Mißtrauen unter den westeuropäischen Bündnisgenossen erzeugt hat und daß die Gefahr eines atomaren Krieges mit jeder neuen Raketenbatterie ständig wächst.

Zu den billigen Einwänden gegen den Rapackiplan gehört auch die Behauptung, daß er viel zu begrenzt sei, um eine echte Sicherheit Europas gegen jeden atomaren Überraschungsangriff zu gewährleisten. Schon wiederholt hat Rapacki darauf hingewiesen, daß er absichtlich einen übersehbaren Minimalplan vorgelegt

habe, um überhaupt erst einmal einen Teilfortschritt zu erzielen. Wenn es freilich gelänge, auf der breiteren Ebene eine allgemeine atomare und konventionelle Abrüstung zu erreichen, dann bedürfte es eines Rapackiplanes nicht mehr. Nach den Vorschlägen der Sowjetunion würden die Genfer Delegierten der großen Mächte sehr bald unterschriftsreife Verträge mit nach Hause bringen. Es ist eine Tatsache, daß die Sowjetunion seit Jahren ständig ein totales Verbot der Herstellung und Anwendung von Kernwaffen fordert. Die Westmächte haben diesen Vorschlägen stets entgegengehalten, daß nur eine Ausdehnung der Abrüstung auf die konventionellen Waffen und eine wirksame Kontrolle die sowjetischen Vorschläge annehmbar machen würden. Es war für diese Mächte offensichtlich eine peinliche Überraschung, daß der Sowjetvertreter vor der UN-Vollversammlung eine umfassende, wirksame Rüstungskontrolle und eine internationale Angleichung auch der konventionellen Rüstungen vorschlug: die USA und die UdSSR sollen ihre Mannschaftsstärke auf je 2½ Millionen, England und Frankreich auf 1,75 Millionen reduzieren. Anstatt Moskau auf diese Vorschläge festzunageln, die den westlichen Einwänden so weit entgegenkommen, sucht man sie als Propagandamanöver abzutun, würde doch ihre Durchführung das Rüstungskonzept des Pentagon und Nato-Hauptquartiers verderben und das Rüstungsgeschäft der westlichen Schwerindustrie stark beeinträchtigen. Vorläufig will man nur über den Atomstop mit sich reden lassen, und auch das nur für einen begrenzten Zeitraum; wie die Sowjets behaupten, gerade so lange, bis neue Versuchsserien vorbereitet sind. Leider unterrichtet die westliche Presse ihre Leser nur sehr einseitig und lückenhaft über die Konferenzlage. Um so aufmerksamer verfolgen die Neutralen und die mit Moskau verbündeten Staaten dieses unwürdige Vexierspiel der Nato-Mächte.

Das Washingtoner Unbehagen wird vermehrt durch die Konflikte im Nato-Lager. Der griechisch-türkische Zypernkonflikt, die Verärgerung der Skandinavier über neue Nato-Zumutungen, das Scheitern des gaullistischen Direktoriumsplanes, das Scheitern des europäischen Marktes und manches andere zeigt, daß die Nato-Mächte politisch weniger denn je einig sind. Chruschtschows milder außenpolitischer Kurs erscheint auch wenig geeignet, wenigstens das militärische Bündnis fester zu schweißen, und westliche Kommentatoren sprechen bereits davon, daß die Tage der Nato gezählt seien. Dazu hat der Sieg der Demokraten in den USA nicht wenig beigetragen, denn nach allen Erfahrungen wird sich der Erdrutsch der Zwischenwahlen auch auf die Außenpolitik des State Department auswirken. Die starren Fronten haben sich gelockert, alte Tabus sind gefallen, und auch in Washington beginnt nüchterne Einsicht allmählich den antikommunistischen Dogmatismus zu verdrängen.

Der Wind hat sich gedreht. Nur im Bundesdorf am Rhein weht er noch steif gen Osten, in der Richtung der reisigen Kreuzfahrer aller Schattierungen. Aber es war noch immer so, daß die Großwetterlage schließlich auch entlegene Regionen erreichte. Schon blickt die mit Absatzsorgen belastete westdeutsche Wirtschaft nach Osten, wo die deutsche Kreuzfahrerpolitik alle Tore verrammelt hat, und nach dem neutralen Südosten, den der deutsche Wirtschaftsminister mit hohen Krediten zu gewinnen sucht. Heute spürt man in Bonn deutlicher den kühlen Hauch westlicher Skepsis gegenüber der lärmenden Aufrüstungsfreudigkeit des Herrn Strauß. Selbst in der Bevölkerung, die seit Jahren dem antikommunistischen Propagandatrommelfeuer ausgeliefert ist, mehren sich die Zweifel an der Adenauerschen Wehr- und Deutschlandpolitik. Über 60 % der Bevölkerung sprachen sich für die Neutralität aus, 56 % wünschen den baldigen Abzug der beiderseitigen Besatzungstruppen. Aber nur 4 % der Westdeutschen glauben auf Grund der Rückschläge der letzten Jahre noch an eine Wiedervereinigung, obwohl über

80 % sie weiterhin wünschen. Bei einer Meinungsumfrage haben sich vor 3 Monaten 26 % der Bevölkerung für direkte Verhandlungen mit der DDR ausgesprochen. Das repräsentiert einen Bevölkerungsanteil von über 13 Millionen. Nach den „Fällen" Hagemann, Lemmer und Schäffer — letzterer ist zugleich ein „Fall Adenauer" — dürfte dieser Anteil stark gestiegen sein.

Die Zeit ist reif für eine entschiedene Revision des Bonner außenpolitischen Kurses. Die Schleier sind gefallen, welche die wirkliche Lage künstlich verdeckten. Die Öffentlichkeit wartet auf Persönlichkeiten, welche die Gunst der Stunde erkennen und das Steuer entschieden herumwerfen. Diese Männer werden sehr schnell erkennen, daß die Mehrheit des Volkes ihnen bereitwillig folgt, denn das Unbehagen über den bisherigen gefährlichen und erfolglosen Kurs greift weiter um sich. Angst vor dem Rufmord brauchen diese Männer heute nicht mehr zu haben, nachdem selbst Bundesminister öffentlich rehabilitiert worden sind. Allerdings müssen diese Leute gegen die Lockungen und Drohungen gefeit sein, die in der Bonner Atmosphäre an der Tagesordnung sind und die so manchen einsichtigen Mann zum Schweigen oder zum Lügen gebracht haben. Uns kann in dieser Lage nur noch die Wahrheit helfen, die erkannte und die öffentlich bekannte Wahrheit.

Politik muß man machen mit heißem Herzen und kühlem Verstand. Wem der antikommunistische Hexenwahn noch das Hirn vernebelt, wer vor selbst geschaffenen Tabus zurückscheut, wer Propaganda mit Politik verwechselt oder glaubt, daß die Stromlinienexistenz die beste politische Karriere verspricht, der sollte ehrlicherweise den Beruf eines Politikers aufgeben. Politik ist keine Geheimwissenschaft, sondern eine Frage des Charakters und des gesunden Menschenverstandes, kontrolliert durch jenen Sinn, der Veränderungen erkennt, die sich atmosphärisch und machtpolitisch vollziehen. Meist geschehen solche Änderungen im hellsten Tageslicht, aber viel zu viele Menschen tragen eine Zerrbrille, in der das Grade krumm und das Nahe fern erscheint. In Deutschland trägt das offiziöse Weltbild von je her schizophrene Züge. Dieses Weltbild hat unsere Nachbarn schon erschreckt unter Wilhelm II. und unter Adolf Hitler. Es hat uns zweimal blind in unser Unheil rennen lassen. Heute behandeln uns schon wieder kluge Politiker der westlichen Welt wie einen unheilbaren Kranken, den man nicht reizen darf. Heute erschrecken unsere Nachbarn schon wieder vor unbegreiflichen manisch-depressiven Exzessen unserer politischen Führungsschicht, die einmal als typisch deutsches Gemisch von Machtrausch und Minderwertigkeitskomplexen definiert worden sind.

Herr Strauß ist ein Freund dröhnender Schlagworte. Meist sind es nur hohle Phrasen; aber schon Wilhelm II. und Adolf Hitler haben mit solchen hohlen Phrasen eine Drachensaat gesät. Kürzlich hat Herr Strauß jene Deutschen, die den westdeutschen Rüstungskurs bekämpfen, potentielle Kriegsverbrecher genannt. In jedem anderen Lande Westeuropas wäre diese Phrase zum politischen Todesurteil für ihren Träger geworden. Spürt dieser Mann nicht, welche Gespenster trüber deutscher Vergangenheit er damit aus den Särgen aufschreckt? Spürt er nicht, daß das ein Bumerang ist, der auf ihn und seine Parteigänger furchtbar zurückschlagen muß?

Herr Strauß! Vor den Kriegsverbrechertribunalen eines dritten Weltkrieges werden nicht die deutschen Friedensfreunde stehen; sie werden seine ersten schutzlosen Opfer sein. Vor jenes Tribunal könnte man einmal jene Atomstrategen befehlen, die mit ihren theologischen, ideologischen und mamonistischen Parteigängern geistig und militärisch die atomare Katastrophe vorbereiten, indem sie sich mit ihren Waffen ausrüsten. Es gibt für Sie, Herr Strauß, nur ein Mittel,

um dieses schauerliche Wort auszulöschen, das sonst mit Ihrem Namen untrennbar verbunden bleibt: Treten Sie ein für eine aktive Entspannungspolitik, für den Rapackiplan und für Verhandlungen mit dem Osten.

Ein altes Sprichwort sagt: Wer nicht verhandeln will, will schießen.

Dr. Achim von Borries

Das Ende einer Politik

Militärische Gefährlichkeit und politische Isolierung oder Friedensvertrag und Konföderation

Bonn: Die Total-Krise

Es ist ein bitterer Herbst für die Bundesrepublik. Der Zusammenbruch nahezu aller bisherigen politischen und wirtschaftlichen Grundpositionen der westdeutschen Bundesregierung läßt sich nicht mehr verschleiern. Im Ruhrgebiet werden die Kohlenhalden immer größer, und die Zahl der Feierschichten steigt weiter. Der bedrohliche Engpaß der westdeutschen Textil-Industrie ist nicht mehr zu übersehen. Die Vorgänge im Mannesmann-Konzern (Rekonzentration der Unternehmensverwaltung auf Kosten der Mitbestimmung) und das harte Karlsruher Urteil gegen die IG Metall haben schlagartig offenbar gemacht, wie wenig in der restaurativ-bürgerlichen Ordnung Westdeutschlands die sozialen Gegensätze geschlichtet, geschweige überwunden sind. Die nicht abreißenden Bestechungsskandale in Bonn beleuchten die fragwürdige Kehrseite des „Wirtschaftswunders" in einem Augenblick, da dieses selbst den letzten Rest seines ehemals scheinbar unzerstörbaren mythischen Glanzes einbüßt. Die Fälle Blankenhorn, Kilb etc. haben zur Aufdeckung dunkler Machenschaften in Bonn geführt. Die Korruptionskrise läßt sich sowenig wie die soziale Krise vertuschen.

Aber nicht genug damit: die Fortsetzung der Bonner Aufrüstungspolitik und ihre Forcierung durch die Vorbereitung der atomaren Bewaffnung und der psychologischen Kriegführung hat Westdeutschland auf den Weg zum autoritären Wehrstaat geführt. Die Pläne der Minister Schröder, Strauß und Schäffer bedrohen die bisherige demokratische Ordnung und haben schon jetzt eine Krise der Demokratie selbst heraufbeschworen. Aber in demselben Maße, als diese vielfältigen fundamentalen Krisenerscheinungen deutlich werden, nehmen auch der Zweifel, die Ernüchterung, das Unbehagen und das Mißtrauen angesichts der politischen Gesamtkonzeption der Bundesregierung rapide zu. Gegen diese wachsende öffentliche Kritik wiederum wird ein neuer Apparat der autoritären Meinungslenkung aufgeboten, der Proteste gegen die Beschneidung der demokratischen Freiheiten hervorruft.

Die SPD hat es seit Jahren an heftigen Angriffen vor allem gegen die Außenpolitik der Bundesregierung nicht fehlen lassen; und außerhalb ihrer Reihen gab es eine nicht geringe Anzahl noch weit entschiedenerer Warner und Kritiker. In diesem Herbst aber hat zum erstenmal der radikale Zweifel an der Effektivität der Adenauerschen Außenpolitik in den Reihen der Regierungskoalition selbst um sich gegriffen und zu einer tiefen Vertrauenskrise innerhalb der CDU geführt; ihr erstes Symptom war vor Monaten die außenpolitische Initiative

des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier zugunsten eines Friedensvertrages; der in diesen November-Wochen Bonn aufscheuchende „Fall Schäffer" bedeutet in dieser Hinsicht nur noch das fällige klassische Exempel. Die Einigkeitsfassaden in Bonn sind zusammengebrochen. Neue und grundsätzlichere Diskussionen haben in allen Parteien begonnen, da die Sackgasse offenbar geworden ist, in die der Kanzler die westdeutsche Außenpolitik hineingesteuert hat. Die Sackgasse nicht allein der Ost- und Wiedervereinigungspolitik, sondern auch der bisher mit soviel (allzuviel) Selbstbewußtsein vorangetriebenen Nato-Aufrüstungs-Politik selbst. Das Fiasko der Verhandlungen über die Freihandelszone weist auf die tiefen wirtschaftspolitischen Gegensätze innerhalb der Nato hin. Der französische Vorschlag eines Dreier-Direktoriums — bestehend aus den USA, Frankreich und England — läßt erkennen, welches Mißtrauen man Deutschland nach wie vor auch im Westen entgegenbringt. Bedurfte es dafür noch anderer Beweise, so haben sie die überaus unfreundlichen britischen Reaktionen auf den Besuch von Bundespräsident Heuss und den kurz darauf erfolgenden ersten Besuch eines Unterseebootes der neuen Bundesmarine in England geliefert. Die von Admiral Ruge, im Einverständnis mit Verteidigungsminister Strauß, geforderte Neugliederung der Nato-Befehlsbereiche rief in Dänemark und Norwegen einen Sturm der Entrüstung hervor. Dies alles aber sind nur Symptome dafür, daß im Westen selbst das Unbehagen zunimmt angesichts der ständig wachsenden militärpolitischen Ambitionen der Bundesrepublik, die mehr und mehr als ein auch für den Westen unberechenbarer Unruhefaktor im Augenblick eines zunehmenden westlichen Interesses am schrittweisen Abbau der Positionen des Kalten Krieges erscheint.

In Bonn aber setzt sich weit über die Opposition hinaus die Einsicht durch, daß die bisherige Ost-West-Politik der Bundesregierung Westdeutschland in eine überaus exponierte und darum gefährliche Position gebracht hat, ohne eines ihrer kundgegebenen Hauptziele zu erreichen. Denn die forcierte Nato-Aufrüstung hat die „Sicherheit" der Bundesrepublik nicht nur nicht gewährleistet, sondern gefährdet diese aufs äußerste. Die Wiedervereinigung aber liegt ferner denn je in den letzten neun Jahren, solange Bonn auf dem bisher eingeschlagenen Wege weitergeht.

Die Westmächte sind, über bloße Deklamationen hinaus, nicht in der Lage, der bisherigen Bonner Wiedervereinigungspolitik, die auf eine Liquidation der DDR hinausläuft, zum Erfolge zu verhelfen. Der westdeutsche Druck hat einen verstärkten sowjetischen Gegendruck hervorgerufen. Das wirtschaftliche System in Westdeutschland aber garantiert keineswegs so unzweideutig „Wohlstand" und „Sicherheit", wie seine Propagandisten in den Zeiten der Konjunktur verhießen.

So ist es zu Ende mit den zahllosen Illusionen der westdeutschen Politik. Die Gefahren sind gewachsen, während sich der Bundesbürger in einem Ruhebett wähnte. Die Relativität der bundesrepublikanischen Staats- und Gesellschaftsordnung ist unversehens offenbar geworden. Die Bundesrepublik hat allzu lange an satter Selbstzufriedenheit und einer politisch-moralischen Anmaßung ohnegleichen gelitten. Sie hat sich insbesondere zu einer lebensgefährlichen Fehleinschätzung der sowjetrussischen Deutschland-Politik verführen lassen und ist dabei, für diese nationalpolitische Fahrlässigkeit schon jetzt einen sehr hohen Preis zu bezahlen. Denn ihre anti-sowjetische Haltung war bisher der Eckstein ihrer gesamten Außenpolitik.

Atomwaffen oder Friedensvertrag?

Nicht von heut auf morgen ist die Bundesrepublik in eine außenpolitische Sackgasse geraten, die der Besonnenheit und Weitsicht der Verantwortlichen

ein vernichtendes Zeugnis ausstellt. Ihre von selbstgefälligen Deklamationen begleitete Nato-Aufrüstungs-Politik ist seit Jahren von der Sowjetunion immer wieder mit entschiedenen Warnungen beantwortet worden. Bonn aber wurde nicht müde, diese Warnungen als „bloße Propaganda" abzutun und der Bevölkerung der Bundesrepublik zu suggerieren, „eines Tages" werde bei einer konsequenten Fortsetzung dieser Politik des militärischen Druckes die Sowjetunion bereit sein, „die Ostzone" freizugeben und sich aus Mitteleuropa — wohin sie der Hitler-Krieg geführt hat — zurückzuziehen.

Die Forcierung dieser Aufrüstungspolitik durch die Drohung mit der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr hat indes Moskau nicht nur nicht bestimmt, dem westdeutschen Anspruch auf Gesamtdeutschland (und die Forderung nach „Freien Wahlen" als erstem Schritt zur Wiedervereinigung ist nur der Ausdruck dieses Verlangens) in irgendeiner Weise nachzugeben: sie hat ganz im Gegenteil zu einer ständigen Verhärtung des sowjetischen Standpunktes geführt. Gerade die zunehmende ideologisch-politische Aggressivität des westdeutschen Teilstaates muß es der Sowjetunion dringend nahelegen, ihre bisherigen mitteleuropäischen Positionen mehr denn je zu sichern und damit ihre eigene westliche Flanke abzudecken. Anders gesagt: in dem Maße, als Bonn mehr oder minder offen auf einer Angliederung der DDR unter den Vorzeichen der Adenauerschen Nato-Politik bestand, gewann gerade die DDR für die Sowjetunion an politischem und militärischem Wert.

Das politisch und strategisch nur allzu natürliche Interesse der Sowjetunion an einer Ausschaltung des Gefahrenherdes, den für sie die westdeutsche Atombewaffnung darstellt, liegt dem Drängen Moskaus nach einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zugrunde. Ein solcher Friedensvertrag, der den militärpolitischen und bündnispolitischen Status beider deutscher Staaten eindeutig fixieren würde, ist heute zweifellos das Primärziel der sowjetrussischen Deutschland-Politik. Es liegt ihr daran, den mitteleuropäischen Raum nicht abermals zum Aufmarschfeld von Kräften werden zu lassen, die, wie die Vormächte der Nato, seit 1917 nur auf das leiseste Anzeichen einer sowjetischen Schwäche warten, um deren Gesellschaftssystem zu zerstören. Und deren gesamte Außenpolitik noch immer auf der trügerischen Hoffnung auf einen politischen oder wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion aufgebaut ist.

Die westdeutsche Bundesrepublik hat unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers eine aktive Rolle in dieser anti-sowjetischen Politik übernommen; sie hat damit den stärksten Argwohn Moskaus gegen ihre Absichten geradezu provoziert. Die Erwartungen irgendeines Zusammenbruchs des Sowjetsystems haben sich nicht erfüllt; militärisch längst nicht mehr zu überwinden, ist der „Ostblock" heute auch in der Weltwirtschaft in der Offensive und versucht, die größere Leistungsfähigkeit einer planvoll geordneten sozialistischen Wirtschaft unter Beweis zu stellen. Die Bonner Trümpfe haben nicht gestochen. Das Dilemma der westdeutschen Militärpolitik, die an die Stelle jeder konstruktiven Außenpolitik getreten ist, läßt sich nicht mehr verheimlichen. Eine Respektierung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses ist nicht mehr zu umgehen, will die Bundesregierung aus der Sackgasse heraus. Unter dem Druck der Öffentlichkeit beginnt sie, ihren Kurs ein wenig zu modifizieren. Aber die Vorgänge gerade der letzten Wochen zeigen auch, daß es eines noch weit stärkeren Druckes jener Öffentlichkeit bedarf, um Bonn auf den Weg einer Sicherheit, Freiheit und Frieden gewährleistenden, die Wiedervereinigung zumindest vorbereitenden Politik zu zwingen.

Mehrmals ist die Bundesregierung in diesen letzten Monaten dem unwiderruflichen sowjetischen Standpunkt in der Deutschland-Frage konfrontiert worden.

Bezeichnend dafür, wie unfreiwillig und zögernd nur sie jetzt endlich diesen Standpunkt ernst zu nehmen gewillt ist, war das wochenlange Tauziehen um die erst Mitte November in Moskau überreichte Antwort auf die sowjetische Note von Mitte September, in der die Sowjetregierung deutlich zu verstehen gegeben hatte, daß die seinerzeit von Bonn vorgeschlagene Viermächte-Kommission zum Studium der deutschen Frage sich zunächst mit dem Problem des Friedensvertrages befassen und zu ihren Beratungen auch Vertreter der beiden deutschen Staaten hinzuziehen sollte. Moskau bestand also einmal mehr darauf, daß die P r o z e d u r der Wiedervereinigung Sache der beiden deutschen Staaten selbst, der Bundesrepublik und der DDR sei. Die Auseinandersetzung in Bonn, in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen, ging darum, wieweit die westdeutsche Antwort diesem nicht mehr übersehbaren sowjetischen Primärinteresse an einem Friedensvertrag endlich wenigstens teilweise Rechnung tragen sollte. Denn nur damit, also indirekt, kann heute noch der Sache der Wiedervereinigung ein Dienst geleistet werden. Diesbezügliche Mahnungen an die Adresse der Bundesregierung ergingen nicht nur vom größeren Teil der Öffentlichkeit und von der SPD, sondern kamen bereits auch aus den Reihen der Regierungskoalition. Die Mahner wurden von dem westdeutschen Botschafter in Moskau, K r o l l , unterstützt, der auf Grund seiner Erfahrungen in der sowjetischen Hauptstadt kaum noch Illusionen über die politische Effektivität der bisherigen westdeutschen Wiedervereinigungs-Postulate haben dürfte. In dem Augenblick aber, da die deutsche Note, nach langen Beratungen im Auswärtigen Amt und mehreren Ausweichmanövern des Bundesaußenministers, endlich in relativ konzilianter Form konzipiert werden sollte, in diesem Augenblick zeigte sich schlagartig, in welch fataler Weise die bisherige Bonner Politik Westdeutschland an die Dulles-Politik gebunden hat, ohne bei den westlichen Verbündeten in irgendeiner Weise für eine Lösung des besonderen Problems der deutschen Wiedervereinigung unter realistischen Bedingungen geworben zu haben. Deutscher Selbständigkeitsregungen ungewohnt und nur bereit, das Thema Wiedervereinigung zum Gegenstand anti-sowjetischer Propaganda zu machen, interessiert vorerst nur an der unbeschränkten Aufrechterhaltung der Nato-Bastion Westdeutschland, griff die amerikanische Regierung ein und ließ durch ihren Bonner Botschafter, B r u c e , i h r e Wünsche hinsichtlich der westdeutschen Antwort an die Sowjetunion vortragen. Sie verlangte, die geplante Viermächtekommission solle ausdrücklich auf Verhandlungen über das Thema Wiedervereinigung festgelegt werden; nicht etwa wegen eines besonderen amerikanischen Wiedervereinigungsinteresses, sondern weil mit dieser Forderung das Wiedervereinigungsgespräch selbst sofort torpediert, die Nato-Politik mit dem Vorposten Bundesrepublik weiter fortgesetzt werden könnte.

Diese Aktion machte in einer für Bonn schon peinlichen Weise die selbstgewählte Abhängigkeit der Regierung Adenauer von den USA deutlich. Die „Neue Zürcher Zeitung" wußte am 5. 11. von einer wachsenden Unzufriedenheit darüber auch im Lager der Koalitionsparteien zu berichten: „Auch in CDU-Kreisen ist heute bereits Kritik an den Alliierten zu hören, die auf das neue Spiel nicht eingehen wollen und, wie man vorwurfsvoll sagt, bei ihren alten starren Formeln bleiben." Und die schweizerische Zeitung „Die Tat" bemerkte am 7. 11.: „Die Bundesregierung steckt hier zweifellos in einer Zwangslage. Spricht sie von Wiedervereinigung, ist Moskau taub, zeigt sie sich einem vorausgehenden Abschluß eines Friedensvertrages aufgeschlossen, wird der Westen mißtrauisch." Der realpolitische „Wert" der Wiedervereinigungs-Deklamation der Nato-Partner Westdeutschlands konnte kaum drastischer ad absurdum geführt werden.

Es entsprach dem Vorgehen der Amerikaner, daß der Bundeskanzler seinen eigenen Botschafter in Moskau desavouierte, indem er ihn, der sich vom 28. 10.

bis zum 3. 11. in Bonn aufhielt, erst wenige Stunden vor seinem Rückflug zu einem kurzen Gespräch empfing. Herr von Brentano aber hatte vorher eine Hinzuziehung Krolls zu den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses ausdrücklich abgelehnt und ließ den Botschafter schließlich ohne die Antwortnote abfliegen. Mit solchen Winkelzügen versucht die Bundesregierung noch immer, die katastrophale Bilanz ihrer bisherigen Wiedervereinigungspolitik zu verdecken. Der sowjetische Standpunkt aber wurde ihr nicht allein in der erwähnten September-Note vorgetragen, sondern auch schon in einem am 14. Oktober von Herrn Smirnow überreichten Aide-Memoire, in dem die russische Regierung vor allem über die ständige anti-sowjetische Propaganda in Westdeutschland Klage führt und ihr Bedauern darüber erkennen läßt, daß Bonn nichts zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen tue, deren Verschlechterung aber indirekt fördere. In dieser Stellungnahme heißt es unter anderem: „Wie zahlreiche Tatsachen beweisen, aktivieren sich in der Bundesrepublik jene Kräfte, die es darauf abgesehen haben, in der westdeutschen Bevölkerung feindselige Gefühle gegenüber der Sowjetunion hervorzurufen und die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu verhindern."

Es entsprach dem vermessen-arroganten Stil der bisherigen Bonner Ostpolitik, wenn die Bundesregierung abermals nur von „Unterstellungen" sprach — während ihre eigenen Maßnahmen zur Forcierung der anti-sowjetischen Propaganda, genannt „Psychologische Verteidigung", bereits angelaufen waren! Als wollte sie die Vorwürfe Moskaus bestätigen, ließ sie es sehr bald an einer neuen Brüskierung des sowjetischen Botschafters nicht fehlen. Am 5. 11. hielt Herr Smirnow einen Vortrag im Bayerischen Rundfunk, und zwar in der Sendereihe „Politik aus erster Hand", in dem er noch einmal, in so nachdrücklicher wie sachlicher Form, die Ziele und Motive der Politik seiner Regierung in der Deutschlandfrage präzisierte und vor allem noch einmal den sowjetischen Wunsch nach einem Friedensvertrag, als Minimalvoraussetzung einer Wiedervereinigung, erläuterte. Diese Ausführungen mußten die westdeutsche Öffentlichkeit veranlassen, sich abermals über die Illusionen der offiziellen Bonner Politik Gedanken zu machen. Der Bundeskanzler aber sprach sofort dem Intendanten des Münchener Senders seine Mißbilligung aus — weil dieser dem russischen Botschafter die Gelegenheit gegeben hatte, den für ganz Deutschland außerordentlich wichtigen Standpunkt seiner Regierung darzulegen. Nicht genug, der stellvertretende Präsident des Bundestages, Dr. Jäger von der CSU, verstieg sich in Bonn vor der Presse zu der unglaublichen Bemerkung, Herr Smirnow sei für die Bundesrepublik „Staatsfeind Nr. 1", und zu der aufschlußreichen Drohung, die Bundesregierung werde den Bayerischen Rundfunk und andere Sender unter Staatsaufsicht stellen: „Jetzt haben wir die Handhabe dazu, und jetzt wird es Zeit." Diese Reaktionen bestätigen, was wir oben ausgeführt haben: das Dilemma der Bonner Außenpolitik soll durch verstärkte Gleichschaltungsbestrebungen möglichst lange vertuscht werden. Die Scharfmacher im Lager der CDU/CSU sind ihrer Sache so unsicher geworden, daß sie heute schon die bloße sachliche Erörterung außenpolitischer Fragen fürchten müssen. Die fanatische antisowjetische Propaganda wurde am 7. November mit einer heftigen Polemik des „Rheinischen Merkur" gegen das kürzlich abgeschlossene Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion fortgesetzt.

Denselben Geist eines verzweifelten und vermessenen Illusionismus und der Entschlossenheit, an der Atomwaffen-Politik festzuhalten, lassen die ersten Bonner Reaktionen auf die neuen Entspannungsvorschläge des polnischen Außenministers Rapacki erkennen. Rapacki machte Anfang November zuerst in Oslo die westliche Öffentlichkeit mit einer Modifizierung seines früheren Planes einer

atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bekannt und erläuterte am 4. 11. in Warschau auf einer Pressekonferenz dieses neue Projekt, das den westlichen Einwänden gegen die erste Fassung des Rapacki-Planes Rechnung trägt. Der polnische Außenminister schlägt nunmehr vor, zunächst sollten Polen, die Tschechoslowakei, die DDR und die Bundesrepublik auf eine Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen verzichten; im Anschluß daran sollten dann die beiden Super-Großmächte USA und UdSSR in Verhandlungen über einen Abbau ihrer bereits vorhandenen atomaren Streitkräfte u n d gleichzeitig eine Reduktion der konventionellen Bewaffnung eintreten.

Rapackis neue Anregungen zu einer Politik des „ersten Schrittes" widerlegen gerade die früheren Bonner Behauptungen über den „bloßen Propagandacharakter" des Rapacki-Planes. In der westlichen Öffentlichkeit wurde dessen Modifikation denn auch durchweg sehr beachtet als ernsthafte Diskussionsgrundlage. Die „Times" brachten sie in Zusammenhang mit dem Problem der deutschen Wiedervereinigung und erklärten am 7. 11.: „Vielleicht liegt nicht viel Hoffnung in dem Versuch, den Plan direkt mit einem Fortschritt in der Frage der deutschen Wiedervereinigung zu verbinden. Aber schließlich wirft er die Frage auf, ob diese Einheit durch immer tödlichere Rüstungen auf beiden Seiten oder durch Maßnahmen einer Teilabrüstung und Entspannung zustande gebracht werden kann." Das große englische Blatt ließ damit einen bemerkenswerten Realismus und Verantwortungssinn erkennen, der gerade den deutschen Belangen weit mehr Rechnung trug als die intransigente Haltung der westdeutschen Regierung selbst. Die „Times" anerkannten die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit eines ersten Schrittes zu Abrüstung und Entspannung als V o r a u s s e t z u n g der Wiedervereinigung. Die „Diplomatische Korrespondenz" der CDU aber wußte nichts besseres, als sich zu beschweren, der neue Plan gebe keine Antwort auf die „politischen Kernfragen". Militärische Abrüstungsmaßnahmen seien nur denkbar im Zusammenhang mit politischen Lösungen. Eine vollständige Beseitigung der Spannungen werde erst möglich, wenn die Teilung Deutschlands aufgehoben sei. Diese Teilung aufzuheben, sei Sache der Großmächte. Das Auswärtige Amt erklärte, Rapackis neue Vorschläge liefen nur auf eine Bestätigung des Status quo hinaus und seien darum unannehmbar. Kurz und gut: das offizielle Bonn zog sich noch einmal auf seine unhaltbare Forderung nach einem Zugleich von Wiedervereinigung und Abrüstung zurück, einer Wiedervereinigung unter einseitig westlichen Bedingungen überdies. Das bedeutet nichts anderes als eine Fortsetzung der längst ad absurdum geführten Politik der militärischen Erpressung.

Den Gipfel dieser Denunziation des Rapacki-Planes und seiner Motive erreichte am 9. 11. Verteidigungsminister Strauß, der auf einer CSU-Wahlversammlung in Regensburg lospolterte: „Wer das westliche Potential schwächt, ist ein potentieller Kriegsverbrecher. . . . Rapacki kann nicht aus seiner Haut heraus. Er ist und bleibt ein polnischer Kommunist und vertritt die Ziele Moskaus, die darauf hinauslaufen, die Bundesrepublik wehrlos zu machen." Das Bestehen auf den Atomwaffen als Mittel zur Erzwingung der Wiedervereinigung gilt also weiterhin als der westdeutschen politischen Weisheit letzter Schluß! Diese beinahe ultimative Reaktion in Bonn veranlaßte schon am 9. 11. die Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy" zu einem für die Bundesrepublik peinlichen bitteren Kommentar: „Das Taktgefühl oder das Gefühl des guten Tons sollte den westdeutschen Stellen eine größere Zurückhaltung bei der Torpedierung der friedlichen Initiative diktieren. Diese Initiative bezieht sich auf Gebiete, auf denen durch Verschulden der deutschen Militaristen zweimal in diesem Jahrhundert reichlich viel Blut vergossen wurde." Und am nächsten Tage bedauerte der in der Sowjetunion weilende polnische Parteisekretär G o m u l k a die Bonner Weigerung, diplomatische Be-

ziehungen zu Polen aufzunehmen; sie wurde von ihm, leider mit Recht, als Symptom der noch immer anhaltenden absoluten diplomatischen Intransigenz der Bundesregierung gegenüber dem Osten verstanden: „Wir waren für die Herstellung normaler Beziehungen mit der Bundesrepublik nicht nur unter dem Aspekt eines unmittelbaren Interesses an solchen Beziehungen, sondern auch unter dem Aspekt unseres allgemeinen Bemühens um friedliche Zusammenarbeit mit allen Staaten." Es war nicht zuletzt eine Folge der Bonner Atomwaffen-Drohungen, wenn Gomulkas Besuch in der Sowjetunion mit einem demonstrativen Bekenntnis zur Bindung Polens an die Sowjetunion abschloß.

Einmal mehr zeigt sich in diesen Monaten, daß das aggressive Bestehen der Bundesregierung auf der Atomrüstung, auf den militärpolitischen Erpressungsversuchen in Sachen Wiedervereinigung — daß diese Reduktion der deutschen Ost-Politik auf reine Nato-Militärpolitik nicht nur ihr Ziel keinesfalls erreicht, sondern der deutschen Sache schwersten Schaden zufügt. Die westdeutsche atomare Bewaffnung kann die Ostblock-Staaten nicht mehr einschüchtern; aber sie wird sie mehr denn je argwöhnisch machen und zu höchster militärischer Wachsamkeit veranlassen; sie wird das leider nur allzu begründete Mißtrauen dieser Völker gegenüber Deutschland abermals steigern. Der nun schon Jahre dauernde, in der Ära Strauß aber besonders krasse Mangel an jeder Berücksichtigung der politisch-psychologischen Gegebenheiten im deutsch-sowjetischen wie auch im deutsch-polnischen Verhältnis zerstört fortgesetzt gerade die elementaren Voraussetzungen einer deutschen Wiedervereinigungspolitik im Zeitalter der Atomwaffen. Die Sowjetunion läßt sich heute weniger denn je die Wiedervereinigung durch deutsche Atomwaffen abzwingen; sie wird auf westdeutschen Druck weiterhin mit ständig wachsendem Gegendruck antworten. Sie wird zur Verhinderung oder, gegebenenfalls, zur Paralysierung der westdeutschen atomaren Bewaffnung ihr ständig zunehmendes politisches und militärisches Potential einsetzen, eine weitere aggressiv antisowjetische militärische Machtkonzentration mit schärfsten Gegenmaßnahmen beantworten. Erst kürzlich hat Walter Lippman in der Darstellung seiner Gespräche mit Chruschtschow auf ihr elementares Sicherheitsverlangen hingewiesen (vgl. „Die Welt", 12./13. 11.), das zu respektieren für jede deutsche Rußland-Politik ein Gebot der Klugheit ist, will diese Politik nicht ein großmannssüchtiges Spiel mit dem Feuer sein.

Alle sowjetischen Verlautbarungen und Maßnahmen der letzten Monate haben eines mit allerletzter Deutlichkeit gezeigt: eine einseitig „westdeutsche" Lösung des Wiedervereinigungsproblems wird es nicht geben. Die westdeutschen Maximalforderungen und der „gesamtdeutsche Anspruch" der Bundesrepublik sind von der politischen Wirklichkeit endgültig ad absurdum geführt worden. Das Ergebnis von acht Jahren Bonner Aufrüstungspolitik ist eine anhaltende Unnachgiebigkeit der UdSSR in der Wiedervereinigung. Weiterhin auf der unbedingten Entscheidungsfreiheit einer künftigen gesamtdeutschen Regierung und auf das Zustandekommen einer solchen durch vorangehende „Freie Wahlen" bestehen, heißt nunmehr, die Wiedervereinigung absolut unmöglich machen und immer massivere sowjetische Reaktionen provozieren. Der Weg zur Wiedervereinigung führt über eine schrittweise Entspannung und einen Atomrüstungs-Stop. Aber er führt nunmehr auch unwiderruflich über das Gespräch Bonn-Ostberlin. Die Wiedervereinigung kann nicht mehr durch Verhandlungen der Großmächte oder etwa ein Gespräch Bonn-Moskau zustandekommen. So hybrid und illusionistisch die westdeutsche Politik gegenüber der Sowjetunion im allgemeinen in diesen Jahren gewesen ist, so wirklichkeitsfremd und vermessen in dieser Prozedur-Frage (die für die Sowjetunion von größter Bedeutung ist) im besonderen. Seit Jahr und Tag verweist die sowje-

tische Regierung die Bundesregierung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und erklärt, die beiden deutschen Staaten müßten sich über die Wiedervereinigung selbst verständigen. Bonn hat auf diese Feststellungen bis in den Herbst 1958 hinein immer wieder mit leeren Deklamationen geantwortet und infolgedessen eine bittere Belehrung nach der anderen einstecken müssen. Wenn das Primärziel der sowjetischen Deutschlandpolitik heute ein Friedensvertrag ist, der den Status des späteren Gesamtdeutschland festlegt, so ist die Existenz zweier deutscher Staaten der Ausgangspunkt dieser sowjetischen Deutschlandpolitik. Moskau hat niemals eine „ostdeutsche" Lösung des Wiedervereinigungsproblems verlangt, sondern einzig die Anerkennung seines eigenen Sicherheitsverlangens durch den Friedensvertrag und des Faktums dieser beiden deutschen Staaten. Die absolute Fehleinschätzung der sowjetischen Haltung in dieser Frage hat zu dem heute offenbaren Fiasko der Bonner Wiedervereinigungspolitik geführt.

Partner DDR

Seit Jahren hat die Sowjetunion alles getan, die Position der DDR zu konsolidieren. Ihrer politisch-wirtschaftlich-militärischen Integration in den Ostblock ging der Einbau der Bundesrepublik in den Westblock voraus. Als Moskau die DDR zum „souveränen Staat" erklärte, sprach man in Bonn und Washington einmal wieder von „Propaganda" und hielt weiter an der Politik fest, die Existenz eines ostdeutschen Staates zu ignorieren. Die Bundesregierung ließ sich wiederholt ihre realpolitisch längst substanzlos gewordenen „gesamtdeutschen Ansprüche" von den Westmächten bescheinigen und glaubte, die DDR für alle Zeit als quantité negligeable behandeln zu können. Sie erlebte eine peinliche Abfuhr, als vor wenigen Wochen der Bundeskanzler dem sowjetischen Botschafter eine Unterhaltung über Probleme der DDR aufdringen wollte und von Herrn Smirnow mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht wurde, für diese Angelegenheiten sei die Regierung in Pankow allein zuständig. Diese aber hat bekanntlich schon vor Monaten der Bundesregierung Verhandlungen über eine Konföderation angeboten, die einen ersten Schritt zur Wiedervereinigung bedeuten würden.

Die jüngsten Erklärungen Chruschtschows, die Sowjetunion denke an eine Aufkündigung des Viermächte-Status Berlins im Sinne einer Berücksichtigung der Souveränität der DDR, konnte darum nur für diejenigen Bonner Kreise überraschend kommen (und hat bei ihnen denn auch Betroffenheit ausgelöst), die sich selbstgefällig bisher geweigert hatten, den sowjetischen Standpunkt ernstzunehmen. Das Spiel mit fiktiven Größen ist heute ein für allemal zu Ende. Dabei ist das Problem einer formellen „Anerkennung" der DDR durch Bonn durchaus zweitrangig; denn eine de-facto-Anerkennung kann die Bundesregierung heute nicht mehr umgehen, will sie nicht völlig unglaubwürdig werden; so wenig, wie die westlichen Großmächte von der deutschen Wirklichkeit länger absehen können, wollen sie nicht das Abenteuer eines heißen Krieges riskieren. Es ist nicht zuletzt Sache der Deutschen, sie davon abzuhalten.

Die Sowjetunion ist heute durchaus imstande, die Westmächte zu dieser de-facto-Anerkennung der DDR zu zwingen, sofern sie nicht von sich aus zu einer Revision ihrer Deutschland-Politik bereit sind. Einer solchen Revision kommen freilich im Westen heute auch schon andere um sich greifende Erwägungen entgegen. Die Stimmen mehren sich, die mit der (längst illusorischen) Erreichbarkeit auch die bloße Wünschbarkeit einer einseitig westdeutschen Lösung des Wiedervereinigungsproblems in Frage stellen. Die Bildung einer neuen gesamtdeutschen Großmacht etwa im Geiste der heutigen Bonner Regierung, unter dem Szepter des Atomwaffen-Ministers Strauß, erscheint diesen Kreisen als ernste Gefahr

für den Frieden in Europa. Man erkennt, in welchem für ganz Europa verhängnisvollen Maße die revisionistische Mentalität und der militärpolitische Ehrgeiz der heute in Bonn herrschenden Kreise eine weltpolitische Entspannung blockieren. Man ahnt heute auch im Westen allmählich, was man von einer militanten deutschen Kontinentalmacht zu erwarten hätte, welch unberechenbarer politischer Faktor sie jeweils sein würde. Dasselbe gilt seit langem für die Sowjetunion; für sie ist es keineswegs gleichgültig, von welchen gesellschaftlichen Kräften ein künftiges Gesamtdeutschland beherrscht würde; schon aus diesem Grunde wird sie einer Liquidation des Regimes in der DDR niemals zustimmen können, das heute einen Gegenpol zu dem bürgerlich-restaurativen und, wie sich zeigt, latent antisowjetischen Westdeutschland darstellt, der für Moskau, auch noch unabhängig von der Übereinstimmung im Gesellschaftssystem selbst, außenpolitisch einen unersetzlichen Sicherheitsfaktor darstellt. So tut sie weiterhin alles, um die wirtschaftliche, politische und auch die militärische Position der DDR zu stärken. Und diese Konsolidierung des ostdeutschen Staates schreitet fort. Allzu lange hat sich die Bundesrepublik auch in dieser Hinsicht im Gespinst ihrer eigenen restaurativen Wunschvorstellungen aufgehalten. Die DDR hat ihre wirtschaftlichen Anfangsschwierigkeiten längst überwunden, die nicht zuletzt auf das Fehlen einer — wie in Westdeutschland — ausgedehnten Grundstoff-Basis zurückzuführen waren, keineswegs aber schon ein endgültiges Urteil über die Leistungsfähigkeit ihres Wirtschaftssystems selbst erlaubten. Innerhalb des Ostblocks und weit darüber hinaus ist sie heute ein anerkannter leistungsfähiger Partner. Ihr wirtschaftliches Wachstum ist auch neutralen Beobachtern nicht verborgen geblieben, denen man keineswegs eine besondere Sympathie für den Kommunismus nachsagen kann.

So ließ sich etwa die „Neue Zürcher Zeitung" am 27. Oktober von ihrem Berliner Korrespondenz melden: „In bezug auf die Bedeutung der industriellen Produktion steht die deutsche Sowjetzone wahrscheinlich heute schon an der Spitze der europäischen Satellitenstaaten des Sowjetblocks." Und am 7. November berichtete dieselbe Zeitung aus Berlin, die DDR gewinne ständig an außenpolitischer Geltung: „Die DDR hat in der letzten Zeit ihre handelspolitische und diplomatische Aktivität in den Staaten des Mittleren Ostens, in Indien und in Finnland intensiviert. Der stellvertretende Handelsminister der DDR, Gerhard W e i ß , und der irakische Wirtschaftsminister K u b b a h unterzeichneten vor einigen Tagen in Bagdad ein Handelsabkommen und ein Protokoll über die Errichtung von offiziellen Handelsvertretungen. Die ostdeutsche Regierungsdelegation wurde zweimal von General K a s s e m empfangen und mit Ehrungen überhäuft . . . Am vergangenen Montag wurde in Ostberlin ein Zusatzvertrag zum Handelsabkommen zwischen der DDR und Indien unterzeichnet, der eine Steigerung des Warenaustausches und die Errichtung eines Clearingkontos vorsieht . . . Die DDR pflegt den kulturellen Austausch mit den arabischen Ländern in besonderem Maße. Im Oktober fand in Ostberlin eine Konferenz zwischen ostdeutschen und arabischen Staatsfunktionären statt, die mit der Gründung einer ‚Deutsch-Arabischen Gesellschaft in der DDR' endete. . . . Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht ein Minister der Vereinigten Arabischen Republik in Ostberlin auftaucht und von der SED demonstrativ gefeiert wird . . . Der Austausch von Wissenschaftlern, Gastprofessoren, Technikern und Studenten zwischen der DDR und den arabischen Staaten soll in Zukunft verstärkt werden . . . Finnische Kommunalpolitiker, Wirtschaftsleute, Gewerkschafter und Journalisten bereisen in steigender Zahl die Sowjetzone . . . Kürzlich wurde der Präsident des Reichstages, S u k s e l a i n e n , von Johannes D i e c k m a n n , dem Präsidenten der ostdeutschen Volkskammer, empfangen. Die DDR veröffentlichte in den letzten Jahren in größerem Umfange finnische Literatur und führte in Finnland verschiedene Ausstellungen durch . . ."

Diese sehr sachlichen Ausführungen des großen schweizerischen Blattes sind hier so ausführlich zitiert worden, weil sie eine Entwicklung dokumentieren, die man in Westdeutschland noch immer allzu gern verschweigen möchte. Nicht mehr nur innerhalb des Ostblocks, sondern auch von den weltpolitisch neutralen Staaten, wie der Vereinigten Arabischen Republik, Indien, Irak, Finnland etc. wird die DDR heute als politische und wirtschaftliche Realität akzeptiert. Und wenn die offizielle westliche Deutschland-Politik auch noch immer an der Position der formellen Nichtkenntnisnahme festhält, so wird doch der Widerspruch zwischen dieser offiziellen Fassade und der faktischen Politik der westlichen Regierungen immer größer, nicht weniger als die Diskrepanz zwischen der letzteren und den freimütigen Erwägungen in der westlichen Öffentlichkeit. Englische und auch amerikanische Delegationen nicht-kommunistischen Charakters besuchen die DDR. Die US-Regierung selbst hat sich vor einigen Wochen in der Angelegenheit der auf dem Territorium der DDR notgelandeten amerikanischen Flieger zu Verhandlungen mit ostdeutschen Regierungsstellen bequemen müssen. Der angesehene demokratische Senator Mansfield empfahl kürzlich dringend Kontakte zwischen west- und ostdeutschen Gewerkschaftlern.

Die Diskussion über eine de-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte ist aber nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch hinter den Kulissen, im Schoß der Regierungen selbst im Gange. — Und Bonn? Die offizielle Propaganda nährt noch immer den westdeutschen politischen Selbstbetrug, auf dem die Konzeption der Regierung Adenauer in den letzten Jahren aufgebaut war: die Bundesrepublik habe irgendeine Aussicht oder auch nur ein politisch-moralisches Recht, sich als Kern eines wiedervereinigten „Gesamtdeutschland" zu etablieren. Hinter dieser Propagandafassade aber sieht es längst anders aus, und gerade in diesen Novembertagen ist Bonn zum erstenmal beinahe kleinlaut geworden. Allzu unmißverständlich sind die Warnungen und die Maßnahmen der Sowjetunion in der deutschen Frage. Schon am 27. 10. hieß es in einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" aus Bonn: „In amerikanischen Kreisen werden gespannt und mit einigen Anzeichen des Mißbehagens die Diskussionen verfolgt, in denen da und dort Symptome einer Aufweichung der westdeutschen Haltung gegenüber Pankow sichtbar werden."

Das groteske Versteckspiel der Bundesregierung im Falle Schäffer bezeugt ebenso wie das nun enthüllte Gespräch des Bundesministers in Ostberlin die ausweglose Verlegenheit der herrschenden Kreise in Bonn. Schon vor zwei Jahren also war ein Minister sich darüber im klaren, daß der Weg zur Wiedervereinigung nur über das Gespräch mit Ostberlin führen kann! Bis heute aber hat man die Konsequenzen aus dieser Einsicht nicht nur nicht gezogen, sondern alle die Kritiker der Bundesregierung, die seit Jahr und Tag eine realistische westdeutsche Politik in eben diesem Sinne gefordert haben, denunziert. Auf der anderen Seite aber muß Schäffers Alleingang und seine Verheimlichung aber auch das Mißtrauen der westlichen Partner der Bundesrepublik erwecken, die ein deutsches Doppelspiel wittern müssen. Es wird der Bundesregierung auch aus diesem Grunde nichts anderes mehr übrig bleiben, als ihr Konzept gründlich zu ändern und ihre Verbündeten in beharrlichem diplomatischen Ringen für eine Berücksichtigung der deutschen Belange zu gewinnen.

Es ist eine groteske Situation, daß heute einerseits die Regierung in Washington mit Argwohn den Durchbruch des Realismus in Bonn verfolgt und andererseits Bonn selbst mit wachsendem Mißtrauen die Überlegungen in der amerikanischen Öffentlichkeit, und auch in Regierungskreisen, hinsichtlich einer Aufgabe der Politik des Kalten Krieges in Europa zur Kenntnis nimmt. Der gewaltige Wahlsieg der Demokraten in den November-Wahlen setzt in dieser Hinsicht die

1 DM 53 Pf.
für Konto
Nr. 6514
PSchA Köln

Eingezahlt am
Absender
(Name, Wohnort, Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk):

Betrifft:

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

1 DM 53 Pf. f. Kto Nr. 6514

Absender:

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Zum Aufkleben der Freimarken durch den Absender (Gebührensätze umseitig)

Zahlkarte

auf 1 DM 53 Pf. eine

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen) Deutsche Mark

für

M. Pahl-Rugenstein
Buch- u. Zeitschriften-Verlag

in **Köln**

Konto Nr. 6514
Postscheckamt **Köln**

Postvermerk Nr.

Eingetragen durch:

am

Eingangs-Nr.

PW + S 1

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Kto Nr. 6514 PSchA **Köln**

Einlieferungsschein - Sorgfältig aufbewahren

1 (in Ziffern) Deutsche Mark 53 Pf.

für

M. Pahl-Rugenstein
Buch- u. Zeitschriften-Verlag

Köln
In **Barbarossaplatz 7**

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme

Abschnitt für Mitteilungen an den Empfänger

Lohnt sich ein Postscheckkonto?

Überweisungen von Konto zu Konto sowie — bei Benutzung besonderer Formblätter — Einzahlungen auf das eigene Konto sind **gebührenfrei.**

Für Zahlkarten werden folgende Gebühren erhoben:

bis	10	ℳ	15	₰	bis 1000	ℳ	60 ₰
„	25	„	20	„	„ 1250	„	70 „
„	100	„	25	„	„ 1500	„	80 „
„	250	„	30	„	„ 2000	„	90 „
„	500	„	40	„	über 2000	„	
„	750	„	50	„	(unbeschränkt) 1	ℳ	

Also lohnt es sich!

Anmeldungen bei Ihrem Postamt

Bitte
diesen für
postdienstliche
Zwecke bestimmten
Raum
nicht
mit Freimarken
zu bekleben

Einlieferungsschein
(nicht zu Mitteilungen für den Empfänger zu benutzen)

Porto
zahlt
Empfänger

PAHL-RUGENSTEIN-VERLAG

Köln

Barbarossaplatz 7

Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft an folgende Anschriften:

1. .....

2. .....

3. .....

Name und Titel, Ort und Straße

Ich bestelle hiermit

bis auf weiteres die Monatszeitschrift

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

zum Preise von DM 1,50 zuzüglich DM 0,03 Postzustellgebühr. Ich bitte, das Bezugsgeld durch den Postboten jeweils zwischen dem 15. und 23. jeden Monats bei mir einzuziehen. Eine Beendigung des Abonnements ist stets zum Vierteljahresschluß möglich.

Name: .....

(Bitte in Block- oder Maschinenschrift ausfüllen)

Wohnort: .....

Straße: .....

.....

Unterschrift

Akzente neu. Und wenn der Chefredakteur der weltberühmten „New York Times" sich vor wenigen Tagen in einem Vortrag in Columbia öffentlich für eine grundsätzliche Änderung der amerikanischen China-Politik aussprach, so ist der Tag nicht fern, an dem ähnliche Stimmen auch einen Kurswechsel in der Deutschland-Frage fordern werden, weil nur unter Voraussetzung dieser Anerkennung der Realitäten eine konsequente Entspannungspolitik möglich sein wird. Gerade die neueste Entwicklung in der Berlin-Frage zwingt die USA, ihre Politik des Als-Ob zu überprüfen; längst ist es nicht mehr die Frage, ob Washington und Bonn das Faktum DDR anerkennen w o l l e n, sondern wer von beiden es zuerst wird anerkennen m ü s s e n.

Bleibt die Bundesregierung bei ihren bisherigen zweideutigen Improvisationen in dieser nicht mehr verdeckbaren Kernfrage des Verhältnisses zur DDR, so wird eine weitere Zunahme des politisch keineswegs wünschenswerten Mißtrauens im Westen die Folge sein, ohne daß der neue Aufschub einer klaren Grundsatzentscheidung an der Sachlage selbst das mindeste ändern könnte. Man darf geradezu sagen: je länger Bonn Verhandlungen mit Ostberlin heute noch hinauszögert, desto schwächer wird seine Position, desto demütigender wird eines Tages dann die unvermeidliche Aufnahme solcher Verhandlungen sein. Die Bundesregierung mag sich sträuben, wie sie will: an der Entscheidung kommt sie nicht mehr vorbei; es sei denn, sie will ernsteste politische Entwicklungen, militärische Abenteuer und eine weitere Verschlechterung der westdeutschen Wirtschaftslage heraufbeschwören. Ihr eine solche für ganz Europa tödliche Flucht nach vorn endgültig unmöglich zu machen, ist die Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit. Das gesamtdeutsche Gespräch, der einzige Ausweg aus der Sackgasse, i s t im Gange. Und wenn das offizielle Bonn sich weigert, es seinerseits zu führen, so wird es über Bonns Köpfe hinweg geführt werden, nicht ohne daß es in wachsendem Maße auf Bonn zurückwirken wird. Die Rede von Professor H a g e m a n n am 18. Oktober vor dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR bedeutet einen wegbereitenden Anfang. In seiner Antwort auf Hagemanns Ausführungen hat Walter U l b r i c h t erneut an die Bereitschaft der DDR-Regierung erinnert, über alle innerdeutschen Probleme mit Bonn zu verhandeln und ein Übereinkommen über eine K o n f ö d e r a t i o n in die Wege zu leiten. Konföderation bedeutet z e i t g e m ä ß e W i e d e r v e r e i n i g u n g, bedeutet e r s t e n Schritt zur staatlichen Einheit, bedeutet N a c h b a r s c h a f t und W e t t b e w e r b beider Teile Deutschlands, n i c h t aber Unterwerfung des einen Teiles unter den anderen. Es bedeutet aber auch w i r t s c h a f t l i c h e K o o p e r a t i o n bei politischer Koexistenz. Und der Augenblick ist gekommen, wo auch um dieser wirtschaftlichen Partnerschaft willen das Gespräch mit der DDR für die Bundesrepublik zur Lebensfrage geworden ist. Die DDR kann es sich heute leisten, Bonn wirtschaftspolitische Angebote zu machen, die sich nicht einfach als „Propaganda" beiseiteschieben lassen, weil sie die Lebensinteressen von Millionen westdeutscher Arbeiter betreffen. So schlug Ostberlin schon Mitte Oktober vor, im Rahmen eines Sonderabkommens mit der Bundesrepublik 4 Millionen Tonnen Kohlen von den ständig wachsenden westdeutschen Halden zu übernehmen, desgleichen 20 000 t Walzstahl, sowie Chemikalien, Schuhe und Textilien für insgesamt 80 bis 90 Millionen DM. Ein anderes Angebot betraf die Lieferung von Lebensmitteln aus der DDR nach Westberlin. Die politische, vor allem aber die bedrohliche wirtschaftliche Lage zwang die Bundesregierung, in beiden Fällen — mehr oder weniger verschwiegen — wenigstens teilweise auf die DDR-Vorschläge einzugehen.

So steht die Bundesrepublik in diesem Herbst wie noch nie seit 1950 am Grabe vieler Illusionen, aber auch am Scheideweg. Die westdeutsche Politik kann erst

dann wieder eine relative Bewegungsfreiheit gewinnen, wenn sie sich endlich auf den Boden der politischen und militärpolitischen Tatsachen stellt. Die Bundesregierung kann ihre Friedensbereitschaft und ihren Wiedervereinigungswillen zunächst nur beweisen, indem sie den hybriden und lebensgefährlichen Plan aufgibt, die Bundesrepublik zur Nato-Atommacht zu machen. Sie kann die Wiedervereinigung nur v o r b e r e i t e n, indem sie das deutsche und das sowjetische Interesse an einem Friedensvertrag und das heißt an einer militärpolitischen Neutralisierung des mitteleuropäischen Raumes endlich wirklich ernst nimmt u n d bei ihren westlichen Partnern Verständnis für einen solchen Friedensvertrag zu erwecken sich geduldig bemüht. Und sie kann schließlich die Wiedervereinigung nur e i n l e i t e n, indem sie sich zu umfassenden Verhandlungen mit der Regierung der DDR bequemt und die Westmächte von der Unvermeidlichkeit solcher Gespräche in Kenntnis setzt. Das Schicksal beider Teile Deutschlands hängt nicht zuletzt von der Vertrauenswürdigkeit der Politik der Bundesrepublik in Ost und West ab. Diese Vertrauenswürdigkeit aber beruht von nun an vor allem darauf, daß man in Bonn endlich mit Umsicht und Konsequenz zur Neuorientierung der eigenen Politik schreitet. Wir haben jetzt die Wahl, wahrscheinlich die letzte: e n t w e d e r beschreiten wir ein drittes Mal den Weg der militärischen Gefährlichkeit, des politischen Abenteuers und damit der Isolierung auch vom Westen, o d e r wir gehen den Weg der Vernunft, der Freundschaft mit Ost und West, des Friedensvertrages, der Wiedervereinigung durch Konföderation, der Entspannung durch eine atomwaffenfreie Zone, wie er unseren nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen entspricht.

Prof. Dr. R e n a t e R i e m e c k

Die Sache der Deutschen

E i n m u t i g e r S c h r i t t

„Was auch immer der Bundestag aus wohlerwogenen Gründen sagen mag, der Staatsbürger jedenfalls müßte prüfen, ob nicht eines Tages, wenn die vorbereitenden Gespräche mit der Sowjetunion weit genug gediehen sind, auch Gespräche mit Ostberliner Stellen geführt werden müssen." Zu dieser Feststellung kam der bekannte Publizist Paul S e t h e schon Anfang dieses Jahres, als er seine wohlabgewogenen Überlegungen zur deutschen Situation der Öffentlichkeit in Buchform vorlegte[1]). Sethe gehört zu den vielen Menschen in der Bundesrepublik, die längst „der Leere in unserer Wiedervereinigungspolitik überdrüssig geworden sind", und er hat zudem den Vorzug, als naher Freund Karl Georg P f l e i d e r e r s zu gelten, der schon vor Jahren vergeblich warnend auf die Unstimmigkeit der Bonner Formeln für die Lösung unserer nationalen Schicksalsfrage hingewiesen hat. Für Sethe war es deshalb selbstverständlich, daß er jetzt in nobler Weise seine Feder in den Dienst der Rechtfertigung jenes Bundesministers stellte, der schon 1956 insgeheim — wenn auch mit Wissen des Kanzlers — in Ostberlin Gespräche in Sachen Deutschland geführt hat[2]). Entscheidend an diesem Vorgang erscheint Sethe, „daß überhaupt jemand den Entschluß faßte, den eisernen Ring zu durchbrechen, der um das Streben nach Wiedervereinigung geschmie-

det ist," und er nennt den betreffenden Minister einen „mutigen Mann". Das Lob, das hier Herrn Schäffer gezollt wird, trifft aber in gleicher Weise, ja vielleicht noch mehr, den Münsteraner Professor Dr. Walter Hagemann, der nicht im Schutze der Mitwisserschaft des Regierungschefs, sondern allein auf sich selbst gestellt, allein aus staatsbürgerlicher Verantwortung handelte.

Hagemann fuhr bekanntlich nach Ostberlin, um anläßlich einer Tagung des „Nationalrats" am 18. Oktober den Politikern der Deutschen Demokratischen Republik fünf Fragen vorzulegen und auf diese Weise die Voraussetzungen für ein gesamtdeutsches Gespräch zu klären. Hagemanns ungewöhnlicher Schritt erregte beträchtliches Aufsehen, nicht nur weil die politische Initiative eines einzelnen Staatsbürgers in Bonn höchst befremdlich wirkt, sondern auch, weil durch seinen Vorstoß plötzlich Licht in einige interessante Vorkommnisse der Vergangenheit gefallen ist. In seiner Erwiderung auf die fünf Fragen Hagemanns präzisierte der Erste Sekretär der SED die Vorstellungen Ostberlins über die möglichen Gegenstände von Verhandlungen zwischen Vertretern aus beiden Teilen Deutschlands. Er machte aber außerdem die sensationelle Mitteilung, daß die Idee der Konföderation, von der Hagemann ausging, bereits schon von einem Bonner Minister mit Regierungsbeauftragten der DDR erörtert worden ist. Ulbricht äußerte sogar, daß der Vorschlag einer Konföderation in Bonn und nicht in Ostberlin entstanden sei. Er erklärte wörtlich: „Herr Professor Hagemann, ich sage das deshalb, damit, wenn Sie nach Westdeutschland zurückkommen, nicht etwa gesagt wird, Sie hätten einen marxistischen Vorschlag unterstützt."

Die Eröffnungen Ulbrichts klangen geradezu unglaubhaft. Nachdem jahrelang jeder, der sich in der Sorge um die Entwicklung der deutschen Frage für direkte Verhandlungen mit Ostberliner Behörden eingesetzt hatte, beinahe des Hochverrats bezichtigt wurde, mußte es unvorstellbar erscheinen, daß ein Minister der Bundesrepublik Kontakte zu amtlichen Vertretern der sogenannten „Sowjetzone" gesucht haben sollte. Das Rätselraten um die mysteriöse Angelegenheit und die betreffende Person des Kabinetts hielt fast vier Wochen an. Doch dann sickerten einige Daten über den fraglichen Besuch durch, und bald ließ es sich nicht mehr verbergen, daß es Schäffer war, der in den Jahren 1955 und 1956 zweimal in die Höhle des Löwen gegangen war.

Die Verblüffung war groß, zumal man obendrein noch gewahr wurde, daß Schäffer nicht der einzige Abtrünnige der offiziellen Bonner Politik war. Ein zweites Kabinettsmitglied hatte sich inzwischen ebenfalls gemeldet und bekannt, eine Unterredung mit einem DDR-Minister geführt zu haben. Herr Lemmer — denn um ihn handelt es sich — erklärte zwar, daß sein Gespräch mit Nuschke eine „olle Kamelle" sei, von der jeder wisse, aber nicht wenige Bürger der Bundesrepublik nahmen sie dennoch erstmals zur Kenntnis. Man entsann sich nun auch wieder der Pressemeldung, daß anläßlich der letzten Bundestagssitzung in Berlin Abgeordnete verschiedener Parteien „drüben" waren. Auf dem Hintergrund der neuerlichen Enthüllungen bekam diese Nachricht noch nachträglich ein besonderes Gewicht.

Hagemanns Schritt kann demnach nicht mehr als isolierter Vorstoß gewertet werden. Er ist nur einer unter anderen, die nach neuen Wegen suchen, um das Problem der deutschen Wiedervereinigung aus dem Ghetto der Bonner Außenpolitik hinauszuführen. In einem Punkt aber unterscheidet sich sein Einsatz von den Versuchen der meisten anderen: er handelte im hellen Tageslicht, in aller Öffentlichkeit und ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile. Die Londoner „Times" widmete seinem Erscheinen vor dem Nationalrat — nicht ohne Grund! — besondere Aufmerksamkeit und nannte ihn einen Propheten der deutschen Wiedervereinigung.

Der richtige Zeitpunkt?

Nach dem Bekanntwerden der Schäfferschen Initiative wurden sofort Stimmen laut, die seinen Rücktritt forderten. Aber wer sich heute noch gegen die Einsicht sperrt, daß man auf den eingefahrenen Geleisen der westlichen Wiedervereinigungspolitik nicht mehr weiterkommt, kann als Tadler kaum noch ernst genommen werden. Bezeichnenderweise kommen die Verurteilungen Schäffers aus Kreisen, die auch in anderer Hinsicht den Blick für die realpolitischen Gegebenheiten verloren haben. Gewichtiger sind dagegen solche Kritiker Schäffers und Hagemanns, die danach fragen, ob der Zeitpunkt für Gespräche mit den Deutschen in der anderen Hälfte unseres Landes schon gekommen ist. Sie machen geltend, daß erst die diplomatischen Bemühungen um eine Änderung der sowjetischen Haltung intensiviert werden müssen, um günstigere Voraussetzungen für Besprechungen mit den Ostberlinern zu schaffen. Daß man solchen Gesprächen grundsätzlich aus dem Wege gehen und die Lösung des Deutschlandproblems den vier Besatzungsmächten allein überlassen kann, glauben diese Kritiker so wenig wie große Teile unseres Volkes, die längst der Unfruchtbarkeit der Bonner Wiedervereinigungsappelle müde geworden sind. Nach Schäffers eigenen Angaben erhielt er auf seinen Wahlkundgebungen in Bayern begeisterte Zustimmung, wenn er die Motive für seinen Schritt darlegte. Daraus ersieht man, daß Verhandlungen zwischen den Deutschen durchaus nicht so unpopulär sind, wie es manchen Bonner Kreisen lieb wäre. Wenn der Hamburger Hafendirektor Plate heute seine Vorschläge für gesamtdeutsche Beratungen auf Länderebene der Öffentlichkeit unterbreitet hätte, würde er wohl auf mehr Verständnis stoßen als vor gut einem Jahr. Denn inzwischen hat sich sehr vieles auf der Welt verändert, und dieser Wandel ist an der Bundesrepublik nicht spurlos vorüber gegangen. Als Plate seine Ideen entwickelte, war zwar in Wahrheit die „Politik der Stärke" samt den ihr innewohnenden Vorstellungen Adenauers über die „Befreiung" der osteuropäischen Gebiete[3]) längst schon zusammengebrochen, aber erst der 4. Oktober 1957 hat auch der Bevölkerung Westdeutschlands die Augen über das tatsächliche Kräfteverhältnis auf der Welt geöffnet. Man glaubt heute nicht mehr daran, daß die Wiedervereinigung durch geduldiges Warten auf das Weichen der Sowjets vor der geballten militärischen und wirtschaftlichen Macht des Westens zu erreichen ist. Man weiß auch, daß die Bindung an die Nato — entgegen den Verheißungen des Kanzlers vom Februar 1955 — die Bundesrepublik weder „außerordentlich gestärkt" noch die Regierung in den Stand versetzt hat, sich „mit ganz anderer Kraft für die Wiedervereinigung und bei Verhandlungen mit der Sowjetunion einzusetzen" [4]). Man hat inzwischen erkannt, daß das ein verhängnisvoller Irrtum war und der Beitritt zur Nato die deutsche Spaltung nur vertieft hat.

Erst nach der Ratifizierung der Pariser Verträge stellte sich die Sowjetunion auf den Standpunkt, daß die Wiedervereinigung Sache der Deutschen selber sei und zwischen den beiden deutschen Staaten ausgehandelt werden müsse. Diese Forderung hat sie vorher nie erhoben. Bis 1955 hat die Sowjetregierung immer die volle Verantwortung der vier Besatzungsmächte für die Wiederherstellung der deutschen Einheit anerkannt. Nach der Einbeziehung der Bundesrepublik in das atlantische Militärsystem gab die Sowjetunion der DDR den Status eines souveränen Staates, und sie kann nun auch konsequenterweise nicht mehr davon abgehen. Eine Souveränitätserklärung ist nicht ein Stück Papier, das man nach Belieben zerreißen kann.

Darauf zu hoffen, daß diplomatische Schritte Bonns in Moskau daran etwas ändern könnten, heißt neue Illusionen an die Stelle der alten zu setzen. „Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht," sagte Chruschtschow schon 1955 zu Adenauer,

als dieser die Wiedervereinigungsfrage in Moskau anschnitt. Seither hat sich die außenpolitische Lage der Bundesrepublik ständig verschlechtert. Die Zugehörigkeit zur Nato hat uns nicht die Wiedervereinigung — sondern Raketenabschußrampen gebracht. Militärisch ist die Bundesrepublik wohl „stärker" geworden, — wir können jedenfalls eine erstaunlich große Zahl von Generälen aufweisen, — aber politisch blieb uns in Fortsetzung des bisherigen Kurses kein anderer Weg als die Flucht in die Atomaufrüstung. Und in demselben Maße, wie in der Bundesrepublik die politischen Gesichtspunkte vor den rein militärischen zurücktreten, wächst das Unbehagen unter der Bevölkerung der uns verbündeten westeuropäischen Länder über die Entwicklung in der Bundesrepublik. Der Empfang des Bundespräsidenten in Großbritannien ist dafür ebenso symptomatisch wie die bewegte Klage der vom Kanzler sonst so sehr geschätzten „Neuen Zürcher Zeitung" über die Haltung Bonns und den Wandel der Zeiten[5]). Gegenseitige Besuche von Nato-Regierungschefs und freundlich-nichtssagende Kommuniques können den Stimmungsumschwung gegenüber der Bundesrepublik verhüllen, ihn aber nicht aus der Welt schaffen. Man beginnt uns für gefährlich zu halten und erkennt immer mehr, welche Belastung eine atomar bewaffnete Bundesrepublik für die internationale Lage darstellen kann. In diesem Zusammenhang bekommt die deutsche Spaltung, die Mitteleuropa zu einem ständigen Krisenherd der Weltpolitik macht, eine neue Aktualität. Zwar möchten die amerikanischen Militärs den Ring ihrer Raketenstützpunkte rund um die Sowjetunion immer mehr verdichten, aber diesem einseitig strategischen Denken steht die Einsicht politischer Kreise des Westens gegenüber, daß die Entwicklung auf ein deutsches Quemoy mit der Gefahr eines Atomkrieges zutreiben könnte. Das ist nur zu vermeiden, wenn man Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag und eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa fordert. Beide Probleme werden die vier ehemaligen Besatzungsmächte auf einer Konferenz zu lösen haben. Aber diese Konferenz wird nicht ohne Hinzuziehung Bonner und Ostberliner Regierungsvertreter vor sich gehen. In welche Bedrängnis kommen wir jedoch, wenn die Westmächte mit der DDR verhandeln und wir nicht? Der Vorstoß der Sowjetunion in der Frage des Viermächtestatuts für Berlin liegt bereits in dieser Richtung. Er kam als erste Antwort auf die neue Note der Bundesregierung über das Deutschlandproblem und ist zweifellos so zu verstehen, daß man in Moskau nicht bereit ist, einer Lösung näherzutreten, ohne zuvor die DDR ins Spiel gebracht zu haben. Diplomatische Bemühungen der Bundesregierung in Moskau und Washington sind jetzt mehr denn je ein Gebot der politischen Notwendigkeit. Aber erfolgversprechend können sie nur sein, wenn wir Mittel und Wege finden, um aus der Unfruchtbarkeit der bisherigen Wiedervereinigungspolitik herauszukommen.

Der Zeitpunkt, wo Einzelpersönlichkeiten wie Professor Hagemann den Versuch machen, die Voraussetzungen für Verhandlungen mit Ostberliner Behörden zu klären, dürfte deshalb keineswegs „zu früh" sein. Im Gegenteil, es bleibt uns nicht mehr viel Zeit, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen.

Die Not der Note

Auch die Abgeordneten des Bundestages haben erkannt, daß wir mit der Wiedervereinigungspolitik in Zeitnot geraten. Sie haben die Bundesregierung zu einer neuen Initiative gedrängt, die in der Note an die Sowjetunion ihren Niederschlag fand. In dieser Note kommt das ganze Dilemma unserer verfahrenen Situation zum Ausdruck. Die Bundesregierung unterbreitet darin nämlich einen merkwürdigen Doppelvorschlag. Sie bringt sowohl den Abschluß eines Friedensvertrages als auch das durch den Bundestag gebilligte Projekt der Bildung einer Viermächtekommission zur Beratung der „deutschen Frage" zur Sprache. Gerade dieser Doppelvor-

schlag zeigt nun deutlich, daß die Bundesregierung auf den wachsenden Widerstand parlamentarischer Kreise stößt und ihren alten Kurs nicht mehr halten kann. Noch im Sommer dieses Jahres gelang es der CDU/CSU-Fraktion, einem Antrag der FDP in Sachen Friedensvertrag den Boden zu entziehen. Damals noch haben bestimmte Kräfte in der CDU den Antrag der FDP völlig verbiegen und seinen Sinn verwässern können, wenn nicht sogar verfälschen können. Die Freien Demokraten wollten beschließen lassen, daß die Regierung die Bildung einer Viermächtekommission zwecks Beratung eines deutschen Friedensvertrages anregen solle. Die CDU/CSU strich das Wort Friedensvertrag und ersetzte es durch den unverbindlichen Begriff „deutsche Frage". Es gelang zwar, einen einmütigen Beschluß des Bundestages herbeizuführen und alle Parteien auf die Formel zu einigen, daß eine Viermächtekommission über die „deutsche Frage" (statt über den Friedensvertrag) verhandeln möge. Aber damit war man eigentlich wieder genau da angelangt, wo seit Jahren die Wiederherstellung der deutschen Einheit stecken geblieben ist.

Der ursprüngliche Antrag der FDP schloß einen konkreten Auftrag ein. Beratungen über den Friedensvertrag müssen völker- und staatsrechtliche Fragen klären, die bislang immer ungeklärt geblieben sind. Sie können auch ohne Aussprachen zwischen Vertretern aus beiden Teilen Deutschlands nicht gelöst werden. Dadurch aber würde ein neues Moment in die politische Situation Mitteleuropas hineingetragen werden und endlich Bewegung in die erstarrte Deutschlandpolitik der großen Mächte kommen. Allgemeine Erörterungen der „deutschen Frage" zu fordern, bedeutet aber lediglich, daß die Westmächte und die Sowjetunion ihre bekannten Standpunkte nur noch einmal zu formulieren brauchten, um schon dem Verlangen der Bundesregierung Genüge getan zu haben.

Im Sommer war also das Auswärtige Amt wieder einmal billig davon gekommen. Der FDP-Antrag fiel unter den Tisch. Interessant daran war freilich, daß dieser Antrag auf Gedanken zurückgriff, die im Lager der CDU entstanden waren. Kein geringerer als der Bundestagspräsident hatte den Friedensvertrag in die Debatte geworfen. Aber er war nicht zum Zuge gekommen und hatte sich außerdem den Zorn des Kanzlers zugezogen. Gerstenmaiers Vorschlag, man solle über den Abschluß eines Friedensvertrags der Wiederherstellung der deutschen Einheit näherkommen, enthielt allerdings eine deutliche Abweichung von der Linie der Bonner Politik. Zum ersten Male wurden nämlich nicht mehr die „freien Wahlen" an den Anfang der Maßnahmen für die Wiedervereinigung gesetzt. Damit war aber gerade mit der entscheidenden Bedingung gebrochen worden, die jahrelang die westliche Politik bestimmt hatte. Die Forderung, durch gesamtdeutsche „freie Wahlen" die Wiedervereinigung einzuleiten, hat stets den Weg zu Verhandlungen blockiert. Sie beruhte entweder auf der Verkennung der politischen Möglichkeiten, oder sie wurde geradezu dafür benutzt, um die Wiedervereinigung zu verhindern und die „Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion auszuspielen. Gerstenmaiers Vorschlag, erst über den Friedensvertrag und dann über alle andern Probleme zu beraten, war nach dem Zusammenbruch der „Politik der Stärke" nur die folgerichtige Überlegung eines Mannes, der Konsequenzen aus einem entstandenen Sachverhalt zu ziehen weiß. Aber ungeklärt blieb dabei noch, welche deutsche Instanz zum Abschluß des Friedensvertrages für Gesamtdeutschland zuständig sein sollte. Man kann zwar der DDR die staatsrechtliche Anerkennung verweigern, aber das ändert nichts daran, daß sie existiert. Schließlich hat auch der Vatikan dem 1701 entstandenen Königreich Preußen mehr als siebzig Jahre die Anerkennung verweigert und dennoch nicht verhindern können, daß der für Rom nicht existente Staat im System der europäischen Mächte eine große Rolle spielte. Daß auf deutschem Boden nach 1945 zwei

Staatsgebilde sehr verschiedener Art entstanden sind, wird vom Ausland, wenn nicht de jure, dann doch de facto, längst eingerechnet. Auch beim Abschluß eines Friedensvertrags kann nicht die Existenz der DDR übersehen werden. Wer unter den gegebenen Verhältnissen vom Friedensvertrag spricht, der setzt unausgesprochen voraus, daß Gesamtdeutschland auf längere Sicht nicht als Einheitsstaat betrachtet werden kann. Man muß also zu anderen Lösungen der staatsrechtlichen Verhältnisse Gesamtdeutschlands kommen. Das wird Gerstenmaier genau so gewußt haben wie die Minister Schäffer und Lemmer, die auf ihre Weise den Umständen Rechnung trugen. Man darf mit guten Gründen annehmen, daß dem Bundestagspräsidenten die Vorstellungen des Bischofs Dibelius nicht fremd gewesen sind, der ebenfalls Vorschläge zur Lösung des Deutschlandproblems gemacht hat. Dibelius sprach schon vor längerer Zeit davon, daß Gesamtdeutschland bestenfalls als ein Bundesstaat mit zwei verschiedenen Sozialverwaltungen und verschiedenen Formen des Besitzrechtes betrachtet werden könne [6]).

Diese oder ähnliche Vorstellungen müßten bei Beratungen über den Abschluß eines Friedensvertrages erörtert werden. Aber das kann selbstverständlich nur geschehen, wenn die Deutschen untereinander eine bestimmte Übereinstimmung erzielt haben. Um dieser Notwendigkeit auszuweichen, wurde im Sommer der FDP-Antrag beiseitegeschoben. Aber es hat sich gezeigt, daß der Zwang der Verhältnisse stärker ist, als man wohl angenommen hatte. Jedenfalls haben sich nach langem Tauziehen im Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages diejenigen Parlamentarier durchgesetzt, die den Friedensvertrag als vordringlich ansehen. Nach Lage der Dinge kann das nur dadurch möglich gewesen sein, daß auch CDU-Mitglieder seit dem Sommer eine Schwenkung vollzogen haben. So mußte der Friedensvertrag nolens-volens in die Note der Bundesregierung aufgenommen werden. Bei genauer Prüfung dieser Note kann man jedoch nur der Auffassung der Londoner „Times" beipflichten, die in ihrer Ausgabe vom 20. November zu dem Urteil kommt: „In der Substanz geht die Note sehr wenig weiter als die berühmte (und fruchtlose) Direktive der Genfer Gipfelkonferenz von 1955. Schon damals wurde gesagt, daß zu den Viermächtebesprechungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ‚andere interessierte Parteien' hinzugezogen werden könnten, womit offensichtlich Vertreter der beiden Teile Deutschlands gemeint waren. Tatsächlich ist ihre Anwesenheit logisch und unvermeidbar" [7]). Gerade das Logische und Unvermeidbare aber macht der Bundesregierung Not. Ihre an die Sowjetunion gerichteten Vorschläge gehen deshalb an dem Kern der Sache vorbei. Denn „logisch und unvermeidbar" ist es, die Frage der Atomrüstung aufzuwerfen, wenn man von einem Friedensvertrag redet.

Konföderation und Rapackiplan

Die Fortdauer des Zustandes, wie er sich seit 1945 herausgebildet hat, kann nicht mehr akzeptiert werden. Schon immer barg dieser Zustand die latente Gefahr politischer und militärischer Verwicklungen in sich. Sie hat sich aber jetzt unermeßlich vergrößert, weil die Bundesregierung die Atomrüstung vorantreibt. Wenn jetzt in der Note an die UdSSR der Friedensvertrag Erwähnung findet, so beweist das nur, wie wenig man in Bonn wirklich bereit ist, sich mit den Voraussetzungen für einen solchen Schritt der Entspannung zu befassen. Ein Friedensvertrag kann nur zustande kommen, wenn bei den Verhandlungen der militärische Status Gesamtdeutschlands geklärt wird. Auf dieser Klärung muß die Sowjetunion im eigensten Interesse bestehen; denn nur mit einem kernwaffenfreien Deutschland könnten sich unsere östlichen Nachbarn einverstanden erklären. Friedensvertrag und Atombewaffnung der Bundesrepublik schließen einander aus. Die Bereitschaft zur ernsthaften Prüfung der Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki

würde der Wiedervereinigung dienlicher sein als ein Notenwechsel über Projekte, deren Voraussetzungen man stillschweigend übergeht. Ein Friedensvertrag kann von dem Plan einer militärisch verdünnten Zone in Europa nicht getrennt werden. Das hat Karl Georg Pfleiderer schon vor vielen Jahren erkannt, und das hat sich bis heute nicht geändert. Die Bundesregierung behauptet, daß ein Eingehen auf die Vorschläge Rapackis das Ende der „Sicherheit" für die Bundesrepublik wäre, und der Verteidigungsminister hat sogar jeden für einen „potentiellen Kriegsverbrecher" erklärt, der Pläne unterstützt, die die militärische Position des Westens schwächen könnten. Daß eine gute Außenpolitik größere Sicherheiten garantiert, als Militärs und Armeen sie jemals bieten konnten, scheint man in Bonn nicht mehr sagen zu dürfen, ohne in den Geruch der Staatsfeindschaft zu kommen. Aber das offenbart ja im Grunde nur die Schwäche derjenigen, die aus Mangel an politischer Vorstellungskraft sich der Atomrüstung verschreiben mußten.

Die Vorschläge Rapackis machen die Bundesrepublik nicht wehrlos, ebensowenig, wie dies bei den Plänen des Westens (G a i t s k e l l , K e n n a n u. a.) für eine militärisch verdünnte Zone der Fall war. Aber Rapackis Ideen haben den Vorzug, sich schneller realisieren zu lassen. Der Verzicht von drei östlichen Ländern (Polen, CSR und DDR) und der Bundesrepublik auf die Atomrüstung sowie der Abzug fremder Truppen aus diesen Gebieten wurde neuerdings in detaillierter und modifizierter Form von Rapacki noch einmal vorgeschlagen. Eine solche „entspannte Zone" ist der einzige Weg, der uns auch der Wiederherstellung der deutschen Einheit näher bringen würde. Aber es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß die deutsche Spaltung rasch zu überwinden wäre. Wir haben die Chancen einer Wiedervereinigung beider Hälften Deutschlands zwischen 1952 und 1955 verspielt, und sie werden sich uns in dieser Form nie wieder bieten. Die Geschichte ist unbarmherzig. Wer die Gunst der Stunde nicht nützt, hat sie für immer verpaßt. Wir wollen nicht die Frage aufwerfen, wer als erster erkannt hat, daß das Versäumnis von 1952 nicht wieder gutzumachen ist. Aber die Warner jener Zeit haben recht behalten. An die Schaffung eines einheitlichen gesamtdeutschen Staates ist vorerst nicht zu denken. Wenn schon ein so prominentes CDU-Mitglied wie Bischof Dibelius staatsrechtliche Defferenzierungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten für unumgänglich hält, dann wird man die Verschmelzung dieser Teile zu einem Ganzen wohl nur als allmählichen Prozeß begreifen dürfen. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Unterschiede, die sich in den vergangenen dreizehn Jahren entwickelt haben, müssen als Tatsachen anerkannt werden. Ihnen muß man auf beiden Seiten Rechnung tragen. Wie auch immer eine Verbindung der beiden deutschen Teilstaaten genannt werden mag, ob „Konföderation" oder „Deutscher Staatenbund", wir werden sie nur durch gemeinsame Beratungen herstellen können. Die Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates liegt jedenfalls — nicht ohne unsre Schuld — in weiter Ferne. Sie wird sich in einer sich wandelnden Welt vollziehen und durch diesen Wandel mitbestimmt werden.

Die Konföderation aber ist ein Schritt auf dem Wege zur Befriedung Mitteleuropas. Es bleibt Hagemanns Verdienst, in Berlin einige wichtige Grundfragen angeschnitten zu haben, über die man mit Ostberlin diskutieren muß. Zu diesen Grundfragen gehört die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone. Die atomare Neutralität ganz Deutschlands aber ist die conditio sine qua non sowohl für den Abschluß eines Friedensvertrages als auch für die Aufnahme von Beratungen zur Wiedervereinigung. Alle andern Fragen müssen diesem Problem untergeordnet werden. Über Währungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsfragen kann man dann, wie Hagemann festgestellt hat, im Einzelnen verhandeln.

Hoffen wir, daß die Auffassung der „Times", die Anwesenheit von Deutschen aus Ost und West bei Viermächteverhandlungen sei „logisch und unvermeidbar", von den verantwortlichen Politikern des Westens geteilt wird. Dann werden wir wahrscheinlich aus der Sackgasse herauskommen, in die wir geraten sind.

[1]) „Die großen Entscheidungen", Frankfurt 1958, S. 109
[2]) Leitartikel in „Die Welt" Nr. 267, 15. Nov. 1958
[3]) Vgl. hierzu P. Sethe, „Zwischen Bonn und Moskau", Frankfurt 1956, S. 79 ff.
[4]) Vgl. H. Siegler, „Deutschlands Weg 1945—55", Köln 1955, S. 178, und „Kelzings Archiv der Gegenwart", Bd. 1955, 5041; A.
[5]) Neue Zürcher Zeitung, 9. Nov. 1958
[6]) Sethe, „Die großen Entscheidungen", S. 102
[7]) Zitiert nach „Die Welt" Nr. 271, vom 21. 11. 58.

Prof. Dr. Manfred von Ardenne

Atomare Neutralität

Seit dem Aufkommen von Fernraketen mit nuklearer Ladung kann die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Gebiet nicht mehr waffentechnisch begründet werden, denn die Abschußbasen könnten — waffentechnisch gesehen — ebenso gut in völlig unbewohnten Bereichen aufgebaut werden. Durch die Stationierung von Atomwaffen im Raum der Bundesrepublik wird daher im Ernstfall die Atommunition des anderen Lagers, ohne daß eine militärische Begründung hierfür gegeben werden kann, auf den dichtbesiedelten Boden unserer Heimat fokussiert. Als der Schweizer Winkelried die Speere der feindlichen Phalanx in die eigene Brust lenkte, tat er dies für sein eigenes Volk, und sein Handeln war damals — im Jahre 1386, militärisch gesehen — sinnvoll. Aber nach dem Gesagten kann die Regierung der Bundesrepublik diese beiden Argumente zur Motivierung ihrer atomaren Aufrüstung nicht anführen und handelt daher in Widerspruch zu den elementarsten deutschen Interessen.

Die Größe der Gefahr, welche Westdeutschland als Folge seiner atomaren Aufrüstung und als Folge seiner Ablehnung des Rapacki-Planes bedroht, ergibt sich aus der folgenden Abschätzung zur waffentechnischen Situation:

Eine Reihe Anzeichen deuten darauf hin, daß gegenwärtig bereits beide Seiten über genügend Atommunition verfügen, um alle militärisch wichtigen Zentren, sowie alle größeren und mittleren Städte des Gegners zu vernichten. Bei einer solchen Lage wird die militärische Stärke nicht mehr durch die Größe der Vorräte an Atommunition bestimmt, sondern durch die Möglichkeiten zum Heranbringen der Atommunition an die gegnerischen Ziele, d. h. vor allen Dingen durch die vorhandene Menge an zielgesteuerten Fernraketen ausreichend hoher Tragfähigkeit. Diese Geschoßart, deren Anfänge bei den deutschen V 2-Raketen des zweiten Weltkrieges liegen, besitzt bekanntlich dadurch überragende militärische Bedeutung, weil bei ihr die Raketen mit fast kosmischer Geschwindigkeit in den Zielraum einfallen und mit den Mitteln der Technik unserer Tage praktisch kaum abwehrbar sind.

Der heutige hohe Entwicklungsstand der Fernraketentechnik in der Sowjetunion, welcher 1957 durch das Erscheinen der Sputniks und der interkontinenta-

len ballistischen Raketen der Weltöffentlichkeit enthüllt wurde, ist u. a. auf folgende zwei Gründe zurückzuführen:

1. In der Sowjetunion wurden sowohl die großen wissenschaftlichen Möglichkeiten der vielstufigen Raketen (Sputniks, Weltraumschiffahrt) als auch die außerordentlichen militärischen Perspektiven dieser Geschoßart und ihrer Kombinationen mit nuklearen Ladungen sehr frühzeitig erkannt.
2. Beide Erkenntnisse führten schon bald nach Beendigung des Krieges zur Organisation eines überaus leistungsfähigen Forschungsschwerpunktes.

Eine der entscheidenden Größen für den Ablauf von Entwicklungen jeder Art, besonders auch auf waffentechnischem Gebiet, ist der Zeitpunkt, wann die Lawine ausgelöst wurde. Daher ist es historisch bedeutsam, daß schon seit mindestens 1946, d. h. jetzt seit über zwölf Jahren, der Regierung der Sowjetunion die außergewöhnlich großen politischen und militärischen Folgen einer Kombination von Fernraketen mit nuklearer Ladung bewußt gewesen sind. Dieses kann ich aus eigenem Erleben behaupten, weil ich mich noch an eine Ende 1946 mit einem späteren stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion über die Perspektiven dieser Kombination geführte Unterhaltung erinnere. Aus diesem Gespräch, das die Möglichkeiten der Abwehr eines westlichen atomaren Angriffs berührte, klingen noch heute die aus der damaligen Situation formulierten Worte in mir nach, „daß England aufhören würde eine Insel zu sein und sich aus dem Schlepptau amerikanischer Politik herauslösen müsse, sobald die Kombination von Fernraketen mit nuklearen Sprengladungen in größeren Stückzahlen auf sowjetischer Seite zur Verfügung ständen". — Ebenfalls Ende 1946, also zur gleichen Zeit, wurde von den auf östlicher Seite befindlichen Fernraketen-Spezialisten bereits ernsthaft an Projekten über die Kombination mit nuklearen Ladungen gearbeitet.

Warum rücke ich diese Vorgänge aus einer so weit zurückliegenden Vergangenheit in Ihr Blickfeld? Ich handle so, weil ich verständlich machen will, daß eine zwölfjährige Entwicklung mit massiertem Einsatz von Menschen und Material nicht kurzfristig aufzuholen ist, zumal bei dem Heranwachsen einer neuen Technik kein Überspringen von Entwicklungsstufen möglich ist, sondern jeder Fortschritt sich solide aufbauen muß auf den Ergebnissen der vorausgegangenen Stufe. Jeder Versuch, Entwicklungsstufen zu überspringen, muß zu Mißerfolgen führen. Hier liegt überdies wohl eine der Ursachen für die vielen Fehlstarts von Raketen, die im letzten Jahre aus den USA gemeldet wurden.

Nach dem Gesagten wird die im folgenden gebrachte Abschätzung über das Stärkeverhältnis Ost—West auf dem Gebiet der interkontinentalen Überwaffen mit mehr Aufmerksamkeit und mehr Vertrauen zu ihrer Realität zur Kenntnis genommen werden. Diese Schätzung, die auf amerikanische Quellen zurückgeht, findet sich in dem Aufsatz „Die Atom-Lücke", erschienen am 20. August dieses Jahres in der westdeutschen Zeitschrift „Der Spiegel", referiert. Wir zitieren aus dem „Spiegel" wörtlich:

„Nach den gegenwärtigen Plänen und Spekulationen spiegelt sich die Konkurrenz der interkontinentalen Überwaffen in folgenden Zahlen:

	Sowjetunion	Amerika
1959:	100 Raketen	— Raketen
1960:	500 Raketen	30 Raketen
1961:	1000 Raketen	70 Raketen
1962:	1500 Raketen	130 Raketen
1963:	2000 Raketen	200 Raketen

Erst nach 1963 werden die Vereinigten Staaten den sowjetischen Vorsprung allmählich aufholen können. Berichtete der amerikanische Star-Journalist Joseph

Alsop: Im Pentagon schaudert es sie, wenn sie von der „Lücke" sprechen, womit sie die Jahre 1960, 1961, 1962 und 1963 meinen."

Soweit das Referat im „Spiegel". — Diese amerikanische Schätzung bzw. Gegenüberstellung ist geeignet, um die Tiefe des Abgrundes zu zeigen, an welchen Westdeutschland durch seine atomare Aufrüstung herangeführt wird. Mit mehr geistiger Beweglichkeit, mit mehr Fingerspitzengefühl für Tempo, Ergebnisse und Auswirkungen der in der Welt vorgenommenen waffentechnischen Entwicklungen hätte gerade Bonn den Rapacki-Plan als Mittel zum Schutz Deutschlands vor dem atomaren Inferno und als Mittel zur gegenseitigen Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten freudig begrüßen müssen. Möge man endlich auch auf der anderen Seite unseres geteilten Landes die Konsequenzen aus den waffentechnischen Entwicklungen unserer Zeit ziehen, die wahren militärischen Realitäten erkennen und die Chancen wahrnehmen, die gerade für uns Deutsche in der unveränderten Friedenspolitik der Sowjetunion enthalten sind. Möge man die so gewonnenen Einsichten dann zum Fundament einer neuen politischen Linie werden lassen.

Wir alle möchten Deutschland stark sehen; aber nicht durch die gefährliche Scheinblüte atomarer Bewaffnung, sondern stark durch seine Industrie, durch seine Wissenschaft, durch seinen fortschrittlichen Geist und stark durch politisch kluges, auf Erhaltung des Friedens gerichtetes Handeln.

Solange die ersehnte allgemeine Abrüstung noch nicht Wirklichkeit geworden ist, bleibt die Durchsetzung atomarer Neutralität in Gesamtdeutschland die Schicksalsfrage aller Deutschen und darüber hinaus aller Mitteleuropäer, denn die atomare Neutralität in Gesamtdeutschland würde auch das Tor zur Durchführung des Rapacki-Planes öffnen. Die Durchsetzung atomarer Neutralität in Gesamtdeutschland ist aber auch noch in einem weiteren Sinne Schicksalsfrage aller Deutschen, weil sie der erste reale Schritt sein würde auf dem Wege zum Abschluß eines Friedensvertrages und auf dem Wege zur Wiedervereinigung.

Arno Behrisch, MdB

Im Kielwasser des Panzerkreuzers

Die Wahl zum vierten Reichstag am 20. Mai 1928 brachte der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Alle bürgerlichen Parteien, ja selbst die Nazis, mußten Verluste an Stimmen und Mandaten einstecken. Der SPD aber gelang es, trotz einem Absinken der Wahlbeteiligung von 78,8 Prozent (1924) auf 75,6 Prozent, ihre Stimmen von 7 880 963 auf 9 152 979 zu steigern. Sie eroberte 22 neue Mandate und zog mit 153 Abgeordneten (von 491) in den Reichstag ein. Es war ihr ein tiefer Einbruch in die bürgerliche Wählerfront gelungen. Und der Schlüssel zu diesem Erfolg? Die bürgerlichen Parteien hatten sich zu einer Flottenpolitik entschlossen und wollten Panzerkreuzer bauen. Die SPD konterte mit der Forderung nach Kinderspeisung. Mit der Losung: „Gegen Panzerkreuzer, für Kinderspeisung!" errang die SPD einen ihrer größten Wahlerfolge.

Der Sozialdemokrat Hermann Müller (Franken) bildete daraufhin die 15. Reichsregierung. Die Vertreter der Demokraten im Koalitionskabinett gaben zu erken-

nen, daß sie sich in der Panzerkreuzerfrage der Haltung der SPD-Minister anschließen würden. Und da passierte es: Mit der Begründung, die Beschäftigungslage auf den Werften verlange eine positive Entscheidung, brach die Sozialdemokratie ihr Wahlversprechen und stimmte für den Bau des Panzerkreuzers A. Die Begründung für den Umfall war nicht unehrenhaft, doch war sie vollkommen unpolitisch. Der Beschluß kam einer politischen Selbstkastration gleich. Die Wirkung in der Wählerschaft war verheerend. Den so verschuldeten Vertrauensschwund hat die SPD in den folgenden Jahren nicht wettzumachen vermocht. Mit moralisch gebrochenem Rückgrat taumelte sie in die Wirtschaftskrise mit ihren politischen Wirren und Belastungen.

Dieser kleine Rückblick war nötig, weil die Märchenerzähler innerhalb und außerhalb der SPD derzeit das Geschichtchen kolportieren, SPD-Wehrminister N o s k e (15. 2. 1919—26. 3. 1920) habe aus der Reichswehr deshalb kein zuverlässiges Instrument der Demokratie machen können, weil die Arbeitersöhne nicht in die Reichswehr eingetreten seien. Dieses Versäumnis, so sagen die Geschichtsklitterer, habe dazu geführt, „daß die Reichswehr nicht bereit war, die Weimarer Republik gegen die andrängende Diktatur zu verteidigen". Welch gelehrige Schüler hat doch der große Vereinfacher A d e n a u e r gefunden! Sie sollten ein wenig in Kurt S t e c h e r t s „Wie war das möglich?" nachlesen. Die Haltung der Reichswehr ist überhaupt nicht auf die Probe gestellt worden, weil die rote Polizei im roten Preußen der Herren B r a u n und S e v e r i n g vorher kapitulierte. Mit ihr hatte man jahrelang geprahlt. Und es war ja auch in der Tat vorab eine Aufgabe der Polizei, den Nazis den Schneid abzukaufen. Aber die, die den Einsatzbefehl zu geben hatten, wichen der Gewalt. Die sozialdemokratische Politik des „kleineren Übels", H i n d e n b u r g s Wort- und Treuebruch, die Zuhälterrolle des deutschen Großbürgertums und politische Hanswurstiaden der Kommunisten säumen den Weg der nazistischen Machtergreifung.

Es ist haarsträubend, was jetzt mit der Noskelegende alles verdeckt werden soll: Die völlig verkehrte Politik der Arbeiterbewegung und die ewige Schande der herrschenden Schichten des Bürgertums, die dem braunen Pöbel die Macht überantwortet haben. Vielleicht ist es ratsam, an die Tatsache zu erinnern, daß in der ersten Regierung H i t l e r neben zwölf bürgerlichen Ministern nur drei Nazis saßen! Auch sollten die Hausierer der Noskelegende am Artikel der Süddeutschen Zeitung „Hier irrt Herr Strauß" die wahren Zusammenhänge studieren. Vielleicht würden sie dann begreifen, wie unappetitlich es ist, Noske quasi als Vorbild hinzustellen, der immerhin, während unzählige Sozialisten in den Konzentrationslagern schmachteten, die ihm von Hitler bewilligte Leibrente verzehrte.

Doch das Geschwafel um Noske soll ja zum Teil den völlig überflüssigen Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion vom 14. Oktober schmackhaft machen. Was zu seiner Begründung besagt wird, ist genau so hausbacken redlich, wie es damals beim Panzerkreuzer der Fall war. Dabei ist es leicht, sozialdemokratischen Funktionären solche „Politik", die keine ist, schmackhaft zu machen. Denn die Sozialdemokratie ist eine Partei der Reformen, der Evolution, der täglichen Praxis, der liebevollen Millimeterarbeit, die auch wichtig ist. Denn Theorie ohne Praxis ist wirkungslos. Eine Partei von der Größe der SPD kann ihre Anhänger nicht allein mit Zukunftsbildern zufriedenstellen. Längst ist für sie der Kampf gegen den Staat zu einem Kampf um den Staat geworden, den man mit einem neuen, sozialen Inhalt erfüllen will. Natürlich ist diese Politik stets der Gefahr ausgesetzt, Praxis ohne Theorie und damit richtungslos zu werden. Der Beschluß vom 14. Oktober beweist das. Die in ihm versteckte politische Instinktlosigkeit ist geradezu verhängnisvoll.

Ganz im Stile der erwähnten hausbackenen Redlichkeit sagte Fritz Erler: „Die Bundeswehr ist eine Realität, zu der die SPD in ein vernünftiges Verhältnis kommen muß". Darüber hinaus ist sie ihm ein „verfassungsmäßig verankerter Faktor". Als ob die CDU/CSU nicht oft genug gezeigt hätte, wie kurzlebig verfassungsmäßig verankerte Faktoren sein können, wenn man den politischen Willen hat, sie abzuschaffen. In einem Gespräch mit Ludwig von Danwitz sagte Fritz Erler: „Eine so große Kraft — wir verkörpern immerhin rund 10 Millionen Wähler — muß überall in den Bereichen der staatlichen Exekutive vertreten sein, weil sonst diese Exekutive Schlagseite nach einer bestimmten Seite bekommt. Sie muß ein Spiegelbild der Nation sein. Das gilt auch für die Bundeswehr." Wie wenig deckt sich dieses fromme Wunschbild des Fritz Erler mit der Wirklichkeit. Wilhelm Mellies hat die Formulierung von der „restaurativen Bundesrepublik" in die Debatte gebracht. Wo sind denn in den Bereichen der Bundesexekutive die Sozialdemokraten vertreten? Wo ist diese Exekutive, die Adenauer aufbaute, ein Spiegelbild der Nation? Sie ist ein grauenhaftes Zerrbild. Gustav Heinemann traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte: die CDU/CSU habe ihre Politik auf drei Punkte reduziert: „Viel verdienen — Soldaten, die es verteidigen — und Kirchen, die beides segnen."

Hier ist vorbildlich der Unterschied zwischen Grund und Vorwand erkennbar. Ein Mann von der hohen Intelligenz und dem politischen Weg Fritz Erlers müßte das bei der Art, wie die Bundeswehr ins Leben trat, erkannt haben. Wir wissen ja aus amerikanischen Publikationen, daß der Koreakonflikt im Süden des Landes ausgelöst wurde, wodurch die den Alliierten vom Bundeskanzler angebotenen Divisionen viel deutlicher als bisher den Charakter des Gendarmen der deutschen und europäischen Restauration bekommen. Und weil das so ist, weil in diesem Lande schonungslos von oben der Klassenkampf geführt wird, ist die Bundeswehr von ihrem Schöpfer ganz bewußt als Spiegelbild der restaurativen Ordnung gedacht. Darum muß der Bundeskanzler jeden Versuch einer politischen Gemeinsamkeit als „Gerede und faulen Landtagswahlzauber" abtun.

Es gibt genug Beispiele, wie sich demokratische Staatsmänner und Völker bei einem nationalen Notstand verhalten. Das Kriegskabinett Churchills, Schweden unter Per Albin Hanson und unsere österreichischen Nachbarn bieten überzeugenden Anschauungsunterricht. Wäre nur ein Bruchteil der Gefahren existent, die Konrad Adenauer unermüdlich an die Wand malt, seine einseitige Konstruktion der Exekutive und die Art und Weise, wie die neue Wehrmacht ins Leben gerufen und aufgebaut wurde, müßte als sträflich angesehen werden. Aber da seine Wandzeichnungen nur Vorwand, der Grund aber der Schutz der restaurativen Ordnung ist, ist der Kanzler als obrigkeitsstaatlicher Klassenkämpfer mit seinem feinen Gespür für Macht vor der Sache, die er vertritt, durchaus hinreichend legitimiert. Daß seine Sache mit der deutschen Demokratie nicht identisch ist, haben nur Naivlinge noch nicht gemerkt. Wenn nun Fritz Erler meditiert: „Entscheidend für den richtigen Einbau der bewaffneten Macht in das demokratische Staatsgefüge ist nicht die Gesinnung der Rekruten, sondern die der Vorgesetzten", bleibt nur die Frage offen: „Wo lebt der Mann eigentlich?"

Wie durchdringend ist dagegen der Blick des Klaus v. Bismarck, der „nach dem Wortlaut des Gesetzes (GG Art. 45 b) wie nach der Auslegung ... durch die Mehrheit des Parlaments" nur eine „geringe Chance" sah, „das Amt des Wehrbeauftragten konstruktiv wahrzunehmen." Und welche Hoffnungen haben die Illusionisten an dieses Amt geknüpft, stammte die Form doch, wie auch im Falle der psychologischen Verteidigung, aus Schweden. Doch ach, wie grundverschieden kann der Inhalt in der gleichen Form sein! Trotz aller Träume der Illusionisten ist der Wehrbeauftragte für die Mehrheit des Parlaments — und

die entscheidet! — nur ein schöner Briefkasten für Bittschriften und Beschwerden. Was SPD-Wehrexperte B e e r m a n n im Zuge der von der Fraktion beschlossenen Kontaktaufnahme den Abgeordneten zugedacht hat, sich um gute Verpflegung, gute Kleidung und vernünftige und tadellose Bewaffnung der Truppe zu kümmern, wäre ja u. a. Aufgabe des Wehrbeauftragten. Aber obgleich im Grundgesetz verankert, schüttet die Mehrheit in die schöne Form nur elende Brühe. Warum wohl? Weil sie unter Mißachtung demokratischer Gemeinsamkeit sich von der Minderheit, die nach der Definition des Bundeskanzlers „nicht das Recht" hat, „als gleichberechtigter und gleichwertiger Faktor gegenüber der Mehrheit angesehen zu werden", nicht den Charakter ihrer „Kreuzzugsarmee" und Parteitruppe, wie Hellmuth S c h m i d t das richtig ausdrückte, beeinflussen läßt.

Wehrexperte Beermann von der SPD sprach sich für eine „vernünftige und tadellose" Bewaffnung der Bundeswehr aus. Was er darunter versteht, ist nur seinen Mitexperten bekannt. Doch entscheidet auf alle Fälle die Bundestagsmehrheit darüber, wie eine vernünftige und tadellose Bewaffnung auszusehen hat. Diese Mehrheit läßt sich von Empfehlungen des Kanzlers und des Ressortministers und dessen Generalsexperten leiten. Auch die Nato-Spitze redet mit hinein. A d e n a u e r , S t r a u ß und die Mehrheit, das ist völlig klar, verstehen unter vernünftiger und tadelloser Bewaffnung die atomare Ausrüstung.

Das ist im Hinblick auf alle Äußerungen der Nato-Spitze durchaus logisch. Was Stabschef S c h u y l e r neulich sagte, haben vor ihm G r ü n t e r , N o r s t a d und M o n t g o m e r y nicht weniger klar ausgedrückt: „Wir werden in unser Atomarsenal greifen, selbst wenn die Rote Armee zunächst nur mit konservativen Waffen vorgehen sollte." Und da meint Erler, daß man für den Atomkrieg SPD-Freiwillige sucht und verwendet, die sich aus Treue zu den Stuttgarter Beschlüssen nicht an Atomwaffen ausbilden ließen? Die Neigung der SPD-Wehrexperten zur schrittweisen Kapitulation richtig einschätzend, hat Strauß verlangt, die SPD solle sich zur modernen Luftverteidigung bekennen! Norstad hatte ja schon vorher deutlich gemacht, daß sich die Nato hinsichtlich der tadellosen und vernünftigen Bewaffnung der Bundeswehr nicht an die Stuttgarter Beschlüsse der SPD halten wird. Und da die Nato und die ihr angeschlossenen Verbände auf Befehl und Gehorsam aufgebaut sind und nach den Beschlüssen atomwaffenfreudiger Mehrheiten funktionieren, ist der Beschluß vom 14. Oktober entweder ein verfrühter Karnevalsscherz oder so zu verstehen, wie Strauß ihn gedeutet hat: „Eine Art Truppenbetreuung auf Kompanie-Ebene".

Welche Rolle müssen die SPD-Freiwilligen nach Lage der Dinge eigentlich spielen. Nach den Stuttgarter Beschlüssen gegen die Atomgefahr, um deren „praktische Schlußfolgerungen" sich Fritz Erler leider weniger energisch bemüht, und nach den sehr deutlichen Reden des Parteivorsitzenden gegen den „atomaren Amokläufer" Strauß, wird die SPD auch weiterhin „mit allen Kräften" gegen die Atombewaffnung kämpfen. Bei dieser Lage der Dinge kann man den SPD-Freiwilligen nur ein Goethewort mit in die Kaserne geben: „Ihr führt ins (Soldaten-) Leben uns hinein, ihr laßt den Armen (atom-)schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein; denn alle Schuld rächt sich (im Kasernenhof) auf Erden." So bleibt den bemitleidenswerten SPD-Freiwilligen nur die Erinnerung an eine Rede des Bischofs D i b e l i u s , wie man sich mit solchen Bissen am Gewissen praktisch zu verhalten hat. Der völlig konfuse Beschluß vom 14. Oktober macht die Leute ja zu Witzblattfiguren. Dem Beschluß der Fraktion fehlt nur noch als logischer Schluß die Aufforderung an die Jungsozialisten, in die Fremdenlegion einzutreten, um so die Beschlüsse der Internationale über Algerien wirksam werden zu lassen.

Wie wird sich Fritz Erler verhalten, wenn der Verteidigungshaushalt zur Abstimmung kommt, aus dem ja seine Freiwilligen leben müssen? Was Erler hier eingefädelt hat, gleicht der Rolle des Hans-im-Glück. Durch diese Politik der Sprüche und Widersprüche führt kein Ariadnefaden. Um die Gunst einiger Glücksritter, Querulanten und übergangener Karrieremacher buhlend, die sich nach dem Vorbild der meisten 131er an die Wohltaten der SPD nie erinnern können, verscherzt man sich das Vertrauen der Vielen, auf die in kritischen Situationen allein Verlaß ist. Das Beispiel, das Senator Wolters gab, ist für die SPD ungleich werbewirksamer als die Operettenrolle von SPD-Abgeordneten bei der Bundeswehr. Ein Beschluß, der Mandatsträger und Funktionäre der SPD in die Betriebe führen würde, um ihnen die Wirklichkeit und die Quellen ihrer politischen Kraft zu zeigen, wäre angebrachter gewesen. Was am 14. Oktober beschlossen wurde, führt in das verhängnisvolle Kielwasser des Panzerkreuzers. Die Folgen sind allgemein bekannt.

Leider ist es notwendig, diese Kritik zu üben, um den Weg für eine gemeinsame, klare und positive oppositionelle Haltung zu erarbeiten.

Dr. Hans Neumann

Staatsnotstand, Verfassungsschutz, Staatssicherheitsdienst

Nach Pressemeldungen forderte der Bundesinnenminister Dr. Schröder am 30. Oktober 1958 auf dem Delegierten-Kongreß der Polizeigewerkschaft in Stuttgart, durch eine verfassungsergänzende Gesetzgebung Vorkehrungen für den Fall des Staatsnotstandes zu treffen, die Verfassungsschutzämter mit einer Exekutive zu verbinden und den Namen Verfassungsschutz durch den Begriff Staatssicherheit zu ersetzen. Diese Ansprache wurde schon am nächsten Tage im Bulletin der Bundesregierung (Nr. 203 S. 2017) abgedruckt, und am 12. 11. erschien sie im offiziösen „Parlament" der Bundeszentrale für Heimatdienst Nr. 45 S. 11. Auch deshalb kommt ihr über den Rahmen ihres äußeren Anlasses hinaus grundsätzliche Bedeutung zu. Die inner- und außerparlamentarische Opposition muß deshalb sorgfältig prüfen, was der Minister unter Staatsnotstand, Verfassungsschutz und Staatssicherheit versteht.

Staatsnotstand

Zugegeben: „Staatsnotstand" kann sein. Und für ihn Rechtsvorschriften zu erlassen, gebietet der Rechtsstaat. Aber was ist Staatsnotstand? Was ist der Staat, der in der Not steht? Ist es das Volk? Oder sind es die regierenden Personen und Gruppen? Oder ist es die Verfassung? Die Verfassung kann es nicht sein, weil an die Stelle des Verfassungsschutzes nach den Forderungen des Ministers die Staatssicherheit treten soll. Ist es das Volk? Wollte der Bundesinnenminister einen Volksnotstand als Staatsnotstand bewerten? Das wäre aktuell! Denn in einem Volksnotstand, in einem Notstand des Gewissens, lebt das deutsche Volk seit dem Beschluß des Bundestages zur atomaren Aufrüstung vom 25. März 1958. Doch hat der Bundesinnenminister deshalb noch nie von einem Staatsnotstand

gesprochen. Ja, der „Rheinische Merkur" und die sonstige neu-abendländische Presse setzen in jüngster Zeit das Wort Gewissen schon in Anführungszeichen.

Sicher gibt es einen Staatsnotstand bei äußeren Angriffen. Hierfür enthält das Grundgesetz jedoch mit seinen Vorschriften über die Feststellung, Verkündung und Durchführung des „Verteidigungsfalles" bereits die verfassungsgesetzliche Regelung. Was der Bundesinnenminister fordert, kann sich demnach nur auf einen Notstand der regierenden Personen und Gruppen beziehen. So fordert der Bundesinnenminister denn auch von den Beamten des Staats- und Verfassungsschutzes „eine Haltung, die es ermöglicht, jedem verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt mit unwandelbarer Gewissenhaftigkeit bei der Verwirklichung jener politischen Ziele zu helfen, die in den allgemeinen Wahlen die Billigung der Mehrheit gefunden haben" (Bulletin S. 2020/21 „Kampf mit dem Staatsfeind"). Welche doppelt bemerkenswerte Äußerung! Die Beamten des Staats- und Verfassungsschutzes als gewissenhafte Diener bei der Verwirklichung der Ziele der politischen Mehrheit! Die Billigung dieser Ziele in den allgemeinen Wahlen! Welch innerer Widerspruch, den wie auch immer erlangten Wahlerfolg als Billigung der politischen Ziele, also als eine verfassungskräftige Sachentscheidung zu qualifizieren, bei drohender Mißbilligung eines besonders schwerwiegenden politischen Zieles durch die weit überwiegende Mehrheit des Volkes aber dessen Mehrheitswillen als eine Gefahr für die Verfassung zu diffamieren und die Ablehnung einer Volksbefragung damit zu begründen, die Wahlen hätten nicht die Aufgabe einer Sachentscheidung, sondern nur die Aufgabe, „personales Vertrauen zu bilden"! Welch innerer Widerspruch, von den Beamten des Staats- und Verfassungsschutzes den Dienst an den Zielen der politischen Mehrheit zu fordern, im gleichen Atemzuge aber eine parteipolitisch bestimmte Personalpolitik als verfassungswidrig zu bezeichnen! Denn die Forderung des Bundesinnenministers bedeutet doch, daß der Beamte „unpolitisch" sein oder als oppositionell eingestellter Beamter jedenfalls den Mund halten soll, hat also den gleichen Erfolg, als ob dem Beamten das Parteibuch der regierenden Mehrheit oktroyiert würde.

Das Hauptproblem des unpolitischen Beamtengehorsams wird freilich vom Bundesinnenminister geflissentlich übersehen: Auf welchem Wege entsteht die regierende Mehrheit? Wie kommt sie zur Macht, wie erhält sie sich an der Macht? Mit anderen Worten: Wie ist es mit dem Staatsnotstand nicht durch eine Revolution von unten, sondern durch einen Staatsstreich von oben? Wie ist es weiter dann, wenn auf einen Staatsnotstand, der durch einen Staatsstreich herbeigeführt wurde, eine Volksbewegung gegen diesen Staatsstreich entsteht? Ist nicht heute in der Bundesrepublik die Gefahr des Staatsstreichs viel größer? Denn von den Wogen des Wirtschaftswunders sind die Regierten träge geschaukelt, die Regierenden dagegen zu ungeahnter politischer und propagandistischer Aktivität emporgetragen worden. Zu einer Aktivität, die mit ihrer raffiniert-verlogenen Psychotechnik, den modernen publizistischen Massenmedien und ungeheuren finanziellen Mitteln die wirklichen Tatsachen der Politik (zuletzt: der Umwälzungen in Nordafrika und im Nahen Osten, der atomaren Aufrüstung, des Rapacki-Plans) immer wieder verleugnet, entstellt und verfälscht, also die Voraussetzungen des demokratischen Wahlrechts paralysiert? Ist dieses wahrhaft bestürzende Phänomen unseres bundesrepublikanischen politischen Lebens noch eine „Prämie auf den legalen Machtbesitz"? Oder nicht schon der Versuch eines permanenten kalten Staatsstreichs gegen die Grundlagen des Grundgesetzes und seiner Demokratie? Löst es nicht diesen Staatstyp bereits in eine Oligarchie gewisser Gruppen auf der Regierungsseite und ihrer Hintermänner auf?

Der Bundesinnenminister ist anscheinend der Meinung, diese Auflösung trete erst dann ein, wenn die Grundgesetz-Demokratie offen und für jeden sichtbar

beseitigt würde, etwa à la Kapp-Putsch oder durch eine manipulierte und oktroyierte Einheitsliste. Kamen jedoch nicht gerade die gefährlichsten modernen Tyrannen dadurch zur Macht, daß sie zunächst die Meinungsbildung korrumpierten, dann einen Meineid auf die Verfassung schworen, danach die Meinungsfreiheit beschränkten und erst zum bösen Ende zum offenen Terror übergingen? Ist nicht deshalb die gegenwärtige raffinierte Forschungsarbeit ehrenwerter Psychologen und Techniker pervertierende bundesrepublikanische Regierungspropaganda innerhalb und außerhalb von Wahlkämpfen, weitaus gefährlicher für die geistigen Grundlagen der Demokratie als jenes offen-plumpe Vorgehen? Dieses fordert ebenso offen zum Widerstand heraus. Dagegen stellt das schleichende Gift der modernen Massenpropaganda das menschliche Trägheitsprinzip und die Wirkung vollendeter Tatsachen weit besser in Rechnung. Es ist deshalb viel gefährlicher für die allgemeine Lebens- und Staats-Mentalität des Volkes und vor allem seiner Jugend. Wo sind die Abwehrmaßnahmen des Bundesinnenministers gegen den sich hier deutlich abzeichnenden Staatsnotstand?

Verfassungsschutz

Zweifelsohne: „Verfassungsschutz" tut not. Wo aber ist bisher der organisierte Verfassungsschutz gegen diesen verfassungshöhlenden Staatsnotstand tätig geworden? Hier wäre eine lohnende Aufgabe für ihn. Das Bundesverfassungsgericht hilft der Verfassung hier nicht. Ebenso wie die formalistische deutsche Jurisprudenz, sieht es als Rechtsverletzung nur an, was mit den formalistischen Kategorien der deutschen juristischen Tradition zu fassen ist. Alles andere, wie offene und versteckte, kurz- und langfristige Irreführung der Wähler, verfassungsrechtswidrige und völkerrechtswidrige militärische Planungen, betrachtet es als nur „politische" Fragen. Selbst dort, wo die traditionellen juristischen Kategorien vielfältige Ansatzpunkte gaben, hat es sie nicht ergriffen. In seinen Volksbefragungs-Urteilen hat es sich in ein und demselben Satz in einem offenen Widerspruch sowohl auf Zeitmangel als auch darauf berufen, daß es nicht mehr auf diese Punkte ankomme. Die Gefahr, die der Demokratie von oben droht, bedarf überdies vorbeugender Maßnahmen gegen Propaganda-Institute wie Awista, ADK, Aktion 1957, Aktion NRW, Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung usw. sowie gegen Propaganda-Organe wie das auf „Stürmer"-Niveau arbeitende, trotzdem sogar von Arbeitsgemeinschaften angeblich „katholischer" Verbände an katholische Priester empfohlene „Kurz und aktuell".

Hat sich der bundesrepublikanische Verfassungsschutz jemals hierum gekümmert? Was tat er gegen die Nichtwiedervereinigungs-Konstruktionen und damit verfassungsfeindlichen Pläne der von vielen prominenten Angehörigen der Regierungsseite unterstützten Gruppe Wenger? Wo ist der Verfassungsschutz gegen die Diffamierungspraxis des Verfassungsschutzministers selbst auf den Plan getreten? Dieser hat in seiner Anti-Volksbefragungsrede vom 13. Juni 1958 einer großen Zahl von Organisationen sowie dem von den Oppositionsparteien im Bundestag eingebrachten Volksbefragungsgesetzentwurf kommunistische Steuerung, Beeinflussung bzw. Vorgeschichte vorgeworfen. Die Achtung vor den geistigen Grundlagen des Grundgesetzes, der Menschenwürde und den Menschenrechten, und die Wahrung des allgemeinen und freien Wahlrechts gebieten, derartige Vorwürfe nicht unbegründet zu erheben, ganz abgesehen davon, daß sie den strafrechtlichen Tatbestand der üblen Nachrede oder gar der Verleumdung erfüllen. Der Verfassungsschutzminister hat also mit seinen Vorwürfen vom 13. Juni entweder den Artikel 9 II oder die geistigen Grundlagen des Grundgesetzes und das Strafgesetzbuch verletzt. Wo bleibt hier der Verfassungsschutz?

Glaubt man schließlich an einen Verfassungsschutz gegen den Kommunismus durch Atomrüstung, durch Ablehnung aber auch jedes Verhandlungsangebots, durch ausdrückliche Billigung fragwürdiger militärischer Hilfeleistungen unter Benutzung deutschen Bodens, durch Zulassen weiterer Werbung für die Fremdenlegion, durch Stillschweigen zu den Rechtsbrüchen von Port Said und Sakiet Sidi Jussef, durch wachsende Kohlenhalden, durch Kurzarbeit und beginnende Entlassungen, durch Zulassen des Spesen-, Schmiergeld- und Gefälligkeitsrittertums, ja durch Begünstigen der politischen Verleumdung?

Diese gefährlichen wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Prozesse wären eines positiven Verfassungsschutzes wert. Der Verfassungsschutz gegen geistige und moralische Prozesse, den der Bundesinnenminister angekündigt hat (Bulletin S. 2017) dürfte mit diesen Tatbeständen jedoch nichts zu tun haben. Er wird sich mit und ohne Exekutive vielmehr darauf beschränken, außer wirklichen Gegnern des Grundgesetzes (mit Ausnahme derjenigen im Regierungslager, besonders der Gruppe um Wenger und um die Abendländische Akademie) die gesamte politische Opposition zu registrieren und der Regierungsseite nicht nur Grundlagen für notwendige Abwehrmaßnahmen, sondern auch Material für ihre politischen Diffamierungskampagnen gegen alle ihre politischen Gegner zu liefern.

S t a a t s s i c h e r h e i t

Selbstverständlich! „Staatssicherheit" braucht das Volk. Unter den vorliegenden Umständen aber ist es nicht nur fatal, sondern auch symptomatisch, daß der Bundesinnenminister den Namen Verfassungsschutz durch den Namen Staatssicherheit ersetzen will. Denn wer dächte bei diesem Namen nicht an die Staatsorgane, die in Deutschland als erste den Namen „Staatssicherheit" führten, an das Ministerium für Staatssicherheit Wilhelm Z a i s s e r s. Da dieser Vergleich sich förmlich aufdrängt, da ferner dem Bundesinnenminister in einer solchen grundlegenden und sicher wohlüberlegten Rede kaum eine „Fehlleistung" unterlaufen sein dürfte, muß seine Ankündigung als versteckte Drohung gegen seine politischen Gegner wirken.

Wie jede politische Drohung mit Gewalt und jede Politik der Stärke, so entstammt auch diejenige der Bundesregierung und ihres Staatssicherheitsministers einer P o s i t i o n d e r S c h w ä c h e. Weil die Ausweglosigkeit ihrer Wiedervereinigungs- und Atomrüstungspolitik zunehmend neue Kräfte in die bewußte politische Opposition führt, weil die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen den bisher propagierten Wirtschaftswunderwall um die Bonner Bundesburg in ihren eigenen Augen durchlöchert haben, will die Bundesregierung durch ihren Staatssicherheitsminister jetzt „die geistigen und moralischen Prozesse" gleichschalten lassen. Videant tribuni!

Richard E. Sperber, Chikago

„Disengagement" — Voraussetzungen und Konsequenzen

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, Professor Dr. Wilhelm Grewe, hat in der Zeitschrift „Außenpolitik" unter obiger Überschrift einen Artikel veröffentlicht, der im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik abgedruckt wurde und dadurch einen offiziellen Charakter erhielt. Diese Tatsache läßt es erforderlich erscheinen, die Ausführungen des Botschafters einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Prof. Grewe argumentiert richtig, wenn er feststellt, daß der Kommunismus heute mit politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Mitteln Einbrüche in die nicht festgelegten Staaten (non committed nations) zu erzielen versucht. Um so unverständlicher will es erscheinen, wenn er in seinen nachfolgenden Ausführungen dieser kommunistischen Offensive auf nicht-militärischem Gebiet mit der Beibehaltung der bisherigen Politik der Militärblocks begegnen will, denn darauf läuft doch seine Gegnerschaft zu allen Plänen eines militärischen Disengagements hinaus.

Im folgenden wollen wir den Thesen Botschafter Grewes entsprechende Anti-Thesen gegenüberstellen, welche die Unrichtigkeit seiner Auffassungen und Schlußfolgerungen überzeugend demonstrieren dürften:

These 1: „Unter den konkreten Vorschlägen, die zum Zwecke des „disengagement" empfohlen werden, stehen zwei im Vordergrund: der Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan) und der weitergehende Vorschlag eines beiderseitigen Rückzugs der in Mittel- und Ost-Europa auf fremdem Boden stationierten Streitkräfte der Großmächte. Beide Vorschläge sind in der Form, in der sie gegenwärtig zumeist empfohlen werden, höchst gefährlich, wenn sie auch gewisse positive Elemente und richtige Gedanken enthalten, die sich möglicherweise zu gegebener Zeit und in einem weiteren Zusammenhang verwirklichen lassen."

Antithese: Botschafter Grewe bleibt die Begründung dafür schuldig, warum diese beiden Vorschläge angeblich „höchst gefährlich" sind. In Wirklichkeit sind die beiden Vorschläge von verschiedenen Seiten (West und Ost) gemacht worden, um die gefährliche Lage in Mitteleuropa zu entschärfen, die durch zwei sich unmittelbar an der Zonengrenze gegenüberstehende feindliche Heere geschaffen wurde und durch deren Ausrüstung mit Atomwaffen noch verschlimmert würde.

These 2: „Die Politik des Westens, genauer gesagt, die gemeinsame Sicherheitspolitik der Nato-Staaten, geht ... seit Jahren davon aus, daß die Fragen der europäischen Sicherheit untrennbar mit der deutschen Wiedervereinigung verbunden sind und daß es auf dem Boden des politischen Status quo keine bessere Lösung der Sicherheitsfrage gibt als diejenige, die gegenwärtig durch das nordatlantische Bündnis, die Westeuropäische Union und die allgemeinen Grundsätze der Vereinten Nationen hergestellt ist."

Antithese: Mit dieser These („auf dem Boden des politischen Status quo") gibt Grewe indirekt zu, daß es unter der gegenwärtigen Nato-Politik keine Wiedervereinigung Deutschlands geben kann. Damit erledigt sich sein vorher erhobener Vorwurf gegen den Rapacki-Plan, er suche eine neue Lösung der europäischen Sicherheitsfrage auf dem Boden der fortdauernden Teilung Deutschlands, von selbst. Die Nato-Politik hat eben auch keine „bessere Lösung" der Sicherheitsfrage anzubieten als diesen Status quo.

These 3: „Bietet der sogenannte Rapacki-Plan Anlaß, von dieser Politik abzuweichen? Keiner seiner Befürworter im westlichen Lager hat dafür bisher beweis- und überzeugungskräftige Argumente beigebracht."

Antithese: Die Befürworter des Rapacki-Plans im westlichen Lager — dazu gehören der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan, der britische Labour-Oppositionsführer Hugh Gaitskell und der Amerikanische Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands — haben eine ganze Reihe von beweis- und überzeugungskräftigen Argumenten beigebracht, die jedoch anscheinend von Herrn Grewe völlig ignoriert wurden. Dagegen hat er sich nicht einmal der Mühe unterzogen, dem abgelehnten Rapacki-Plan einen eigenen positiven deutschen Regierungsplan für die Lösung der europäischen Sicherheitsfrage einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands auszuarbeiten, obwohl er als deutscher Vertreter der Viermächte-Arbeitsgruppe angehörte, die sich gerade mit diesen Fragen beschäftigen sollte.

These 4: „Die Verpflichtung, atomwaffenfreie Zonen nicht mit Atomwaffen zu beschießen, ist utopisch. Sie wird nach allen Erfahrungen der Vergangenheit nach Kriegsausbruch mißachtet werden, da es keine wirksamen Garantien gibt, um ihre Erfüllung zu erzwingen."

Antithese: Es gibt auch keine Garantien dafür, daß die Genfer Konvention zum Schutz des Roten Kreuzes und die Haager Landkriegsordnung von kriegführenden Mächten eingehalten werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen jedoch dafür, daß das Rote Kreuz im allgemeinen respektiert wurde, wie es auch während des ganzen zweiten Weltkrieges nicht zur Anwendung von Giftgas kam. Ebenso wurden große Städte — wie Paris 1940 — zur „offenen Stadt" erklärt und daraufhin von der Angriffsmacht nicht beschossen. Ist deshalb die Verpflichtung in der Haager Landkriegsordnung, offene Städte nicht zu beschießen, „utopisch" gewesen, wie Prof. Grewe meint? Die Wahrscheinlichkeit spricht daher dafür, daß atomwaffenfreie Zonen im Kriegsfall im beiderseitigen Interesse respektiert würden.

Recht hat Professor Grewe ausnahmsweise mit der Erklärung, der Rapacki-Plan lasse sich tatsächlich nur als ein Auftakt zur „großen Lösung", zum Truppenrückzug, zum „disengagement" im weitesten Sinne des Wortes verstehen. Trotzdem fährt er anschließend mit schweren Bedenken gegen die bisher diskutierten Pläne fort.

These 5: „Es ist nicht richtig, daß der Rückzug der Roten Armee hinter die Grenzen der Sowjetunion und der Rückzug der Anglo-Amerikaner vom europäischen Kontinent auch nur annähernd ein machtpolitisches Gleichgewicht wiederherstellen könnte, wie es vor dem Kriege bestanden hat."

Antithese: Das ist eine militärische Binsenwahrheit, die von keinem ernstzunehmenden Menschen bestritten wird.

These 6: „Im Falle der Räumung deutschen Gebiets und der Unmöglichkeit, weiterhin überseeische Streitkräfte der atlantischen Allianz in Europa zu halten, würde die Frage etwaiger Sicherheitsgarantien noch problematischer werden. Man muß dann der geographischen Tatsache ... Rechnung tragen, daß die überseeischen Streitkräfte des Westens künftig durch einen Ozean von ihren Verbündeten getrennt sind, während die Roten Armeen in Königsberg ... stehenbleiben."

Antithese: Woher weiß Professor Grewe, daß im Falle der Räumung deutschen Gebiets die Beibehaltung überseeischer Streitkräfte der atlantischen Allianz in Europa unmöglich ist? Diese Behauptung entbehrt jeder tatsachengemäßen Grundlage. Die USA sind als Mitglied der Nato berechtigt, in jedem anderen Nato-Mitgliedsstaat Truppen zu stationieren, wenn dieser damit einverstanden ist.

Selbst wenn man unterstellt, daß Frankreich, Belgien und die Niederlande die Stationierung amerikanischer Landstreitkräfte nach deren Rückzug aus Deutschland auf ihrem Gebiet ablehnen würden (was keineswegs sicher ist), bliebe immer noch die Möglichkeit einer Verlegung von US-Truppen nach der Iberischen Halbinsel. Portugal ist Mitglied der Nato, und Spanien ist mit den USA durch ein zweiseitiges Militärabkommen verbunden, welches die Stationierung amerikanischer See- und Luftstreitkräfte auf spanischem Territorium gestattet. Es sind keinerlei Schwierigkeiten vorauszusehen, warum dieses Abkommen nicht auf Landstreitkräfte ausgedehnt werden könnte. Durch die Aufnahme Spaniens in die Nato — auf die man in Madrid schon lange hofft — würde sich die militärische Lage vollends erleichtern, weil dann gewissermaßen als Ersatz für die nicht mehr verfügbaren zwölf deutschen Divisionen (von denen die Mehrzahl noch immer auf dem Papier steht) rund zwanzig spanische Divisionen der Nato zugeführt werden könnten, die mit amerikanischen Waffen und Geräten modernisiert werden. Auf diese Weise ließen sich auf dem europäischen Kontinent überseeische Eingreif-Reserven bereitstellen, die nicht weiter von Deutschland entfernt wären als die polnisch-russische Grenze.

These 7: „Auf die wichtigste Frage, die der Rückzug der Roten Armee nach Osten aufwirft, hat bis heute noch niemand eine auch nur annähernd befriedigende Antwort gegeben: auf die Frage nach einer effektiven Garantie dafür, daß sie nicht früher oder später in ihr altes Stationierungsgebiet zurückkehrt, d. h. auf den Verzicht auf das von den Sowjets in Anspruch genommene Recht des militärischen Beistands zugunsten solcher Regierungen, die von einer Revolution oder „Gegenrevolution" bedroht werden."

Antithese: Botschafter Grewe läßt völlig offen, was er unter einer „effektiven Garantie" verstanden wissen will; gleichwohl kann man hinzufügen, daß es eine absolute Garantie gegen Vertragsbrüche wahrscheinlich überhaupt nicht gibt, ebensowenig wie eine Garantie gegen Erkrankung. Auf das Beispiel Österreichs angewandt, ist festzustellen, daß die vier früheren Besatzungsmächte Frankreich, Großbritannien, die USA und die UdSSR sich durch ihre Unterschrift unter den österreichischen Staatsvertrag verpflichtet haben, die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs zu achten (Artikel 2 des Staatsvertrages). Außer den vier ursprünglichen Signatarmächten sind bisher Mexiko, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien dem Staatsvertrag beigetreten. Tatsächlich ist festzustellen, daß die Sowjetunion bisher den Vertrag genauestens eingehalten hat, wie auch von österreichischer diplomatischer Seite anerkannt wird. Die immerwährende Neutralität Österreichs — die ihre Grundlage in dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 hat — ist zwar von der überwiegenden Mehrheit der Staaten einschließlich der Großmächte anerkannt, aber von keinem Staat garantiert worden. Österreich bleibt es aber unbenommen, im Falle eines Angriffs auf sein Gebiet, der mit eigenen Mitteln nicht abgewehrt werden kann, andere Staaten um Hilfeleistung zu ersuchen. Ein solches Ersuchen stünde mit den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen, insbesondere mit den Artikeln 5 und 51, im Einklang. Art. 5 sieht beispielsweise vor, daß alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen jede Unterstützung bei jeder beschlossenen Maßnahme zu leisten haben und sich jeder Hilfe an einen Staat enthalten müssen, gegen den die Vereinten Nationen eine vorbeugende oder Zwangsmaßnahme ergreifen. Unter diesem Artikel wäre z. B. im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Österreich gewährleistet, daß die anderen UN-Mitglieder dem angegriffenen Lande zu Hilfe kommen müßten, vorausgesetzt, daß der UN-Sicherheitsrat einen entsprechenden Beschluß faßt und den Tatbestand eines Angriffs feststellt. Das gleiche wäre bei Deutschland der Fall, sobald es Mitglied der

Vereinten Nationen ist, was sowohl von den Westmächten wie auch von der Sowjetunion bei Abschluß eines Friedensvertrages befürwortet wird.

In jedem Falle ist mit jeder vertragsrechtlichen Abmachung ein gewisses Risiko verbunden. Bei Abschluß eines Vertrags über ein militärisches Disengagement aus Deutschland wäre dieses Risiko aber ungleich geringer als das Risiko eines dritten Weltkrieges, der sich an den vorhandenen militärischen Reibungsflächen in Deutschland entzünden könnte.

These 8: „Keines der kommunistischen Regime kann sich ohne den Rückhalt an der sowjetischen Militärmacht halten, am allerwenigsten das Regime Ulbricht-Grotewohl."

Antithese: Diese These ist nur bedingt richtig. Das kommunistische Regime der Tschechoslowakei hat sich beispielsweise seit seiner Machtergreifung im Jahre 1948 — also über 10 Jahre lang — an der Macht gehalten, obwohl sich seitdem keine sowjetischen Truppen mehr in der CSR befinden. Auch das Tito-Regime Jugoslawiens ist kommunistisch, ohne sich auf die sowjetrussische Militärmacht stützen zu können. Es wäre sogar denkbar, daß sich das Ulbricht-Grotewohl-Regime in der Sowjetzone Deutschlands auch nach dem Abzug der russischen Truppen halten kann. Um jedoch den Ausbruch eines Volksaufstandes wie am 17. Juni 1953 oder einen gesamtdeutschen Bürgerkrieg zu verhindern, wäre ein politisches Abkommen der vier Großmächte notwendig, das parallel zum militärischen Disengagement abgeschlossen und den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung einleiten müßte. Wenn Klarheit über den ordnungsgemäßen Vollzug eines internationalen Vertrags zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in absehbarer Zeit nach dem Abzug der ausländischen Truppen herrschen würde, käme es aller Wahrscheinlichkeit nach in der DDR zu keinen Unruhen mehr, da ja diese dann ohnehin — ebenso wie die Bundesrepublik — in einem gesamtdeutschen Staatsverband aufgehen würde.

These 9: „Eben das (die Gefahr einer Kettenreaktion von Aufständen in den kommunistischen Satellitenstaaten, d. Verf.) ist der Grund, der es so unwahrscheinlich und illusionär macht, an eine ernsthafte Absicht der Sowjets zu einem Truppenrückzug unter gleichwertigen Bedingungen für beide Seiten zu glauben."

Antithese: Die Gefahr einer Kettenreaktion von spontanen Volksaufständen in den Satellitenstaaten ist nicht zu leugnen, wenn es zu einer Wiederholung der Vorgänge von 1953 in Deutschland und 1956 in Ungarn kommen sollte. Solange diese Gefahr besteht, ist es für die Sowjetunion freilich schwer, einen Truppenrückzug hinter ihre Grenzen ernsthaft zu erwägen. Der Westen muß daher zu einer politischen Regelung mit den Sowjets bereit sein, welche die Gefahr revolutionärer Ausbrüche in Deutschland und den Satellitenstaaten in evolutionäre Bahnen dämmt, um den sowjetischen Rückzug erst zu ermöglichen. Dies wäre durch ein politisches Abkommen über die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen.

Abschließend möchte ich Herrn Botschafter Grewe und der deutschen Bundesregierung die Vorschläge des „Amerikanischen Rates für die Wiedervereinigung Deutschlands" ins Gedächtnis zurückrufen, die in unserem „Generalplan" niedergelegt sind — der am 7. August 1957 in der CONGRESSIONAL RECORD, dem Sitzungsprotokoll des Amerikanischen Kongresses, erschien — und folgendes besagt:

„Selbstverständlich würde die volle Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems vom Rückzug aller fremden Truppen aus Mittel- und Osteuropa abhängen. Hier liegt der Kern des ganzen Problems.

Die Großmächte wollen verständlicherweise sicher gehen, daß das Gebiet, das sie jetzt in Mitteleuropa in Besitz halten, nicht in den militärischen Bereich ihres Gegners fällt, wenn ihre eigenen Truppen sich zurückziehen. Da weder gegenseitiges Vertrauen noch ein wirksames Kontrollsystem bestanden, sind die Truppen einfach da stehen geblieben, wo sie sich am Ende des 2. Weltkrieges befanden. Auf diese Weise läuft die unglückliche und ungerechte Grenze mitten durch Deutschland und teilt das deutsche Volk in zwei verschiedene militärische Lager.

Die amerikanische Meinung zur Frage der Truppenzurückziehung ist kürzlich von Sprechern beider politischen Parteien in fast identischen Ausdrücken zusammengefaßt worden. Senator Humphrey (D. Minn.), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats, hat am 20. Dezember 1956 ausgeführt:

„Es liegt an uns, ständig nach neuen Mitteln und Wegen zu suchen, um das Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands zu erreichen. Es mag zum Beispiel von Wert sein, ein europäisches Sicherheitsabkommen zu erwägen, von dem ein wichtiger Bestandteil ein Abkommen wäre, nach dem wir unsere Truppen aus Westdeutschland zurückziehen, wenn die Russen ihre aus Ostdeutschland abziehen."

Der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Lawrence H. Smith stimmte dem mit folgender Erklärung zu:

„In Europa ist das Hauptpotential für den Frieden Deutschland. Es sollte jede Anstrengung unternommen werden, um dieses unglückliche Land zu vereinen. Unsere Militärpolitik muß überprüft werden. Das deutsche Volk sollte sein Problem selbst lösen mit Hilfe eines Rückzugsplanes für die US- und sowjetischen Streitkräfte."

Frankreich und Großbritannien haben begonnen, ihre militärischen Streitkräfte in Westdeutschland wesentlich herabzusetzen, ohne eine politische Lösung der deutschen Frage und ohne eine Gegenleistung von Seiten der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten sollten daher, wenn es notwendig ist, ihre Truppen in Deutschland herabsetzen, nicht ihr Recht auf eine politische Gegenleistung der Russen aufgeben, d. h. sie sollten sich des russischen Rückzuges zur selben Zeit unter denselben Bedingungen versichern, unter denen der amerikanische Rückzug stattfindet. In der Zwischenzeit, während die Westmächte ihren Rückzug von deutschem Gebiet vorbereiten, wird kein Machtvakuum entstehen. Die westdeutschen Streitkräfte könnten auf etwa 250 000 Mann gebracht werden, eine Stärke, die von deutschen militärischen Fachleuten als möglich und als genügend angesehen wird. Kein möglicher Angreifer könnte es wagen, Deutschland angesichts solcher Streitkräfte ungestraft anzugreifen, während die Truppen der Großmächte das deutsche Gebiet verlassen.

„In weiteren Verhandlungen, die sich entweder auf die Entmilitarisierung oder auf den Rückzug beziehen", faßt der Senator Humphrey zusammen, „müssen die Vereinigten Staaten auf folgende Faktoren ihr Hauptaugenmerk richten:

1. Keine Umgruppierung der Truppen in der Zone darf die verhältnismäßige militärische Stärke der Nato-Mächte in Europa schwächen, und in keinem Fall sollten amerikanische Truppen aus ganz Europa zurückgezogen werden.
2. Die Sicherheit aller europäischen Staaten gegen eine bewaffnete Aggression von irgendeiner Seite muß gewahrt bleiben.
3. Das Abkommen über eine Zone der begrenzten Rüstung und Streitkräfte muß eine Vorkehrung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit erhalten, und
4. ein Gleichgewicht der Streitkräfte und Bewaffnung zwischen den Seiten innerhalb der Zone muß erhalten bleiben."

Beachtenswert sind auch die Ausführungen des „Göttinger Plans zur Wiedervereinigung", der als Ergebnis eines Seminars der Mitteldeutschen Hochschulgruppe Göttingen mit Prof. Dr. Meder, dem Leiter des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, im Sommer 1957 ausgearbeitet wurde. Darin heißt es wörtlich:

„Es gibt eine Anzahl Hinweise dafür, daß der Sowjetunion an einem Gürtel neutraler Staaten in Mitteleuropa gelegen ist. Sie ist aus diesem Raum heraus durch Landstreitkräfte am ehesten militärisch zu gefährden, d. h. anzugreifen und zu besetzen. Das bestehende atomare Remis zwischen Ost und West ändert daran nichts. Im Gegenteil: Es ist damit zu rechnen, daß die Gewöhnung an dieses Remis und die Ächtung von Atomwaffen die Bedeutung „Klassischer Waffen" erhöhen werden. Dadurch würde sich nach Überzeugung der Sowjetregierung aber auch für sie die Gefahr eines Angriffs des potentiell überlegenen Westens erhöhen. Einzig das Interesse der Sowjetunion, einen solchen Angriff aus dem für sie gefährlichen Bereich Mitteleuropas durch einen neutralen Staatengürtel unmöglich zu machen, bietet eine Chance für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Sowjetunion wird aber nur dann bereit sein, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen und die eigenen militärischen Streitkräfte aus ihrer Besatzungszone in Deutschland abzuziehen, wenn die Westmächte entsprechende Konzessionen machen, also die Bundesrepublik aus der Nato entlassen und ihr Gebiet militärisch räumen. Eine Aussicht, die Wiedervereinigung zu erlangen, besteht demnach für die Regierung der Bundesrepublik nur dann, wenn es ihr gelingt, die hauptsächlich interessierten Mächte zu einem Vertragswerk zusammenzuführen, das den Status bewaffneter Neutralität für Gesamtdeutschland festlegt, ihn garantiert und Einzelheiten der Vereinigung beider deutscher Staaten festsetzt."

Johannes Weidenheim

Kalter Krieg mit doppeltem Boden?

Anmerkungen zum Fall Schäffer

Nach dem zweiten Weltkrieg konnte man verschiedentlich dem für uns als Nation insgesamt wenig schmeichelhaften Wort begegnen, die Deutschen hätten sich zwar auf den Schlachtfeldern als furchteinflößende Soldaten erwiesen, nach der Niederlage aber, als es für sie darauf angekommen wäre, mit politischem Mut und konspirativem Geschick nach allen Seiten hin das Beste für ihr geschlagenes Volk herauszuholen, hätten sie eine Bravheit und Harmlosigkeit an den Tag gelegt, die es den Siegermächten kaum noch verständlich erschienen ließ, daß vor diesen Deutschen einst ganz Europa gezittert hatte.

Solche Äußerungen — in denen deutlich eine gewisse Enttäuschung mitschwang — waren, entweder gesprächsweise oder in literarischer Form, sowohl auf westlicher wie auf östlicher Seite zu registrieren; sie liefen hinaus auf die Formel: Hat man die Deutschen erst einmal militärisch bezwungen, kann man politisch mit ihnen machen, was man will.

Nun, zumindest seit einigen Wochen haben wir einigen Grund, die komplette Gültigkeit dieser tatsächlich auf Erfahrungen gestützten Beobachtung anzuzwei-

feln: Ein westdeutscher, katholischer Bundesminister ist, wie sich herausgestellt hat, vor zwei Jahren in aller Heimlichkeit in Ost-Berlin gewesen, um dort bei einem wohlvorbereiteten Treffen mit Vertretern der tatsächlichen Macht — was bedeutet: auch mit Repräsentanten der DDR selbst — ausgemacht politische Gespräche zu führen.

Was das bedeutet, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß Ost-Berlin bei uns heute immer noch nur „Pankow" heißt und daß dieses „Pankow" offiziell nur da ist, um es zu schmähen, nicht aber, um es zu betreten — nicht einmal bei bloßen Durchfahrten oder Durchflügen nach Osteuropa.

Bundesminister Fritz Schäffer sprach in der Hauptstadt der DDR unter dem gleichen Klima des Kalten Krieges vor, das es etwas später einer Handelsdelegation unserer Regierung als sinnvoll erscheinen ließ, von Bonn nach Warschau über Brüssel und Prag zu reisen, — und lange bevor der unerschrockene Patriot und Katholik Professor Hagemann sich entschloß, dortselbst als Diskussionsredner bei einer Versammlung der „Nationalen Front" aufzutreten, wofür er dann endgültig aus unserer Christlich-demokratischen Union hinausgeworfen wurde; denn offiziell erwartet man von uns, daß wir Christen seien, die gerade mit denen nicht reden, die uns Christus als unsere Gesprächspartner Nummer eins empfohlen hat: mit unseren Gegnern.

Wer immer über den Fall Schäffer in diesen Tagen geschrieben oder nachgedacht hat, konnte es ohne Zweifel nicht tun ohne die Verlockung, einer ganzen Serie von sensationellen Zusammenhängen nachzusinnen, die sich da plötzlich aufgetan oder angedeutet haben. Unsere kleine Metropole am Rhein, deren hauptstädtischer Rang für gewöhnlich in einem umgekehrten Verhältnis zum Umfang ihrer Korruptionsaffären, Intrigen und Durchstechereien steht, hat ihren neuesten Skandal: ein amtierender Bundesminister hat sich vor fünfundzwanzig Monaten über das — von ihm selbst mitgeschaffene — Dogma des Kabinetts hinweggesetzt — und er ist noch immer im Amt!

Jaja, könnte man mit einem anzüglichen Lächeln erwidern, in Bonn fliegt man eben nicht so schnell — wie es sich zum Beispiel eben erst wieder an Herrn Blankenhorn erweist, gegen den seit Jahren eine handfeste gerichtliche Untersuchung läuft, gegen den schließlich doch noch Anklage erhoben wurde — und der nichtsdestotrotz seine Beglaubigung als neuer Botschafter in Paris erhielt ...

Demgegenüber glauben wir, daß dem Fall Schäffer mit Ironie nicht beizukommen ist — ebenso wenig wie mit dem Naserümpfen all derer auf der Rechten, in der Mitte und auf der Linken, die sich in ihrem verteufelt deutschen Geltungsbedürfnis verletzt fühlen, weil der eigenwillige Bayer Fritz Schäffer sich unterstand, seinen Pirschgang ohne ihr Wissen und ohne ihren Segen anzutreten.

Nein, sondern hier liegt endlich einmal ein Bonner Skandal mit positiven Kennzeichen vor; ein Skandalon. Der deutsche Gewissensdrang, der aufrichtige, der echte, der zu Taten bereite, nicht nur zu Deklamationen, lebt also nicht nur in den Köpfen und Herzen derer, die Polizeiminister Schröder vor dem Bundestag von oben herab „die sogenannte Intelligenz" genannt hat, sondern auch, wie Figura schließen läßt, in dem einen oder anderen der höchsten Beamten unseres Teilstaates. Warum sollte, so fragt man sich heute, zum Wagnis eines ernsten Dialogs nur jener Offizielle berufen gewesen sein, der da zum Thema Wiedergutmachung bedenkliche Ansichten geäußert und der die Einführung der Todesstrafe für Landesverrat gefordert hat? Gibt es in Bonn nicht Männer, deren Geisteshaltung von ihnen vielleicht noch eher ein solches Unternehmen hätte erwarten lassen als von Fritz Schäffer?

Solche Erwägungen drängen sich auf — aber im Grunde sind sie zweitrangig; auch die vermutlich auf uns zukommende Enthüllung, daß neben Schäffer zumindest auch sein Kollege L e m m e r schon ähnliche verbotene Gespräche geführt habe — und was wäre er auch für ein „gesamtdeutscher Ernst", wenn er es noch nicht getan hätte —, könnte die Sensation nur dem Umfange nach erweitern, nicht aber in ihrem Wesen vertiefen. Ihr eigentliches Zentrum ist auch so schon interessant genug; es heißt Konrad A d e n a u e r.

Der Bundeskanzler ist, perspektivisch gesehen, die zentrale Figur in dieser Affäre, die trotz mancher Peinlichkeit einen Lichtblick darstellt. Es genügt, sein bisher bekanntgewordenes Verhalten Minister Schäffer gegenüber zu rekonstruieren: Er erfuhr von dessen Reise nach Ost-Berlin zwei Tage vorher, er riet Schäffer zwar davon ab — aber er untersagte ihm die Reise nicht (was er ohne weiteres hätte tun können); Schäffer trat somit die Reise zwar gegen den Willen des Kanzlers an, aber doch mit dessen Duldung; bei einer Lebenserfahrung von mehr als acht Jahrzehnten konnte der Kanzler auf gar keinen Fall damit rechnen, daß Schäffers Extratour niemals publik werden würde — und dennoch hat er der täglich möglichen Enthüllung nicht insofern die Spitze zu kappen versucht, als er den ungehorsamen Minister rechtzeitig nach Hause schickte (wozu er zwei Jahre lang Zeit und zumindest bei der Neubildung des Kabinetts im Herbst 1957 eine unauffällige Gelegenheit gehabt hätte); die Enthüllung hat inzwischen stattgefunden — wenn auch noch nicht vollständig, aber gerade dies erhöht die Spannung, denn was noch folgen kann, wird den hochpolitischen Charakter der Geheimgespräche nur erhärten —, und noch immer ist Minister Schäffer weder entlassen noch beurlaubt, und man kann des Kanzlers Versicherung, nicht nur er, sondern auch die A l l i i e r t e n seien von Schäffers Solo unterrichtet gewesen, deuten, wie man will: eine V e r s c h l e c h t e r u n g seiner Lage kann sie für den Minister nach menschlichem Ermessen nicht bedeuten.

Was ist hier — mitten im Kalten Krieg, aber unter dessen Oberfläche — geschehen? Ist der Bundeskanzler entschlossen, zu dem auf ihn entfallenden Teil der Verantwortung — und es ist der größere — zu stehen? Existiert in diesem starren alten Mann jedem Anschein zum Trotz dennoch irgendwo eine wenn auch noch so dünne Bewußtseinsschicht, in der die nicht zugegebene Erkenntnis wirkt, daß wir mit den Kommunisten reden m ü s s e n, auch und gerade mit denen im anderen Deutschland, und will er so stillschweigend wie möglich, wenn er das Gespräch schon nicht mehr selber führen kann oder nicht mehr führen möchte, wenigstens andere nicht unbedingt daran hindern?

Noch schlägt sich in unseren politischen Entscheidungen nichts davon nieder, und noch gibt es zu viele Ungereimtheiten, als daß man einer solchen verborgenen Möglichkeit vorderhand mehr als Vorsicht entgegenbringen könnte. Aber: so lange Fritz Schäffer Minister im Kabinett Adenauers bleibt, hält dieser es offenbar nicht für nötig, jenen fallen zu lassen für eine Eigenmächtigkeit (oder war es vielleicht gar keine?), wie sie von vergleichbarem Gewicht wohl kaum ein anderer Minister bis jetzt begangen hat.

Gewiß: auch dies könnte nur Taktik sein. Vielleicht wird man Schäffer nur halten, um dem deutschen Gewissensdrang der „sogenannten Intelligenz" ein Ventil zu öffnen, oder auch bloß aus Gründen des Proporzes zwischen CDU und CSU. Vielleicht aber auch nicht. Es könnte sich da auch die Tatsache andeuten, daß der Kalte Krieg einen d o p p e l t e n B o d e n hat und daß die Dinge, die sich auf seiner verborgenen Plattform abspielen, nicht unbedingt ebenso militant und aussichtslos zu sein brauchen wie die augenblicklichen Bewegungen auf seiner offenen Szene.

Stolpert aber Fritz Schäffer doch noch über sein Ost-Berliner Wagnis, dann müßte der Kanzler logischerweise mit ihm gehen: denn er hat davon gewußt, er hat es zugelassen und er hat dazu geschwiegen. Was uns an ihm, soweit der Kern bis jetzt sichtbar geworden ist, einigermaßen überrascht.

Wer auf lange Sicht den westlichen Teil Deutschlands vor dem Kommunismus bewahren will, beginnt mit den Kommunisten in Ost-Berlin zu verhandeln. Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Wird aber nicht verhandelt, steigt wie Grundwasser unter unseren Füßen die Gefahr eines deutschen Bürgerkrieges an. Ein Waffenkonflikt zwischen Bundesrepublik und DDR würde sofort einen allgemeinen Krieg zur Folge haben. Dieser würde von der ersten Stunde an mit Massenvernichtungsmitteln geführt werden. Von den 67 Millionen Deutschen würden vielleicht 20 Millionen übrigbleiben. Der größere Teil von diesen, völlig verelendet und endgültig entsetzt von der bisherigen Art, Geschichte zu machen, würde sehr schnell und absolut aus freien Stücken zu Kommunisten werden, nichts anderes.

Und darum war es gut, daß Fritz Schäffer nach Ost-Berlin gegangen ist und daß Konrad Adenauer ihn hat gehen lassen.

Prof. Dr. Ernst Fraenkel

Geschichtsbewußtsein, Krieg und Wirtschaft

Alle Geschichte, auf welchen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens sie sich abspielt, ist nach einem bekannten Wort Politik in der Vergangenheit. Hinter Recht und Gesetz, Religion und Kirche, Gesellschaft und Staat in ihren historischen Entwicklungen hat seit jeher die Dynamik der erstrebten, geforderten oder zumindestens erhofften Ziele gestanden.

Aber Politik, in gleichem Geiste verstanden, ist ihrerseits Geschichte im Werden. Es mag überspitzt klingen, aber es ist trotzdem nicht weniger wahr: Es gibt kein Heute — es gibt nur ein Gestern und ein Morgen. Auch das scheinbar aktuellste Ereignis ist eine Synthese aus dem Denken, Wollen und Handeln von gestern und wird bereits morgen zur Erfahrung aus der Vergangenheit, zu einem Glied in der nie abreißenden Kette des Geschehens. Alles Seiende im Leben des einzelnen oder der im Staate organisierten Gesellschaft ist gleichzeitig Gewordenes und Werdendes. So richtig das Schiller-Wort sein mag:

„Ach, und in dieselbe Welle steigst Du nicht zum zweiten Mal" — so richtig ist auch ein anderes Wort des Dichters: „Und die Sonne Homers, siehe, sie lächelt auch uns."

Von Sir Winston Churchill, dessen Größe als europäischer Staatsmann vielleicht gerade in seiner tiefen Kenntnis und Erkenntnis der geschichtlichen Verwurzelung der Menschen, Völker und Staaten begründet ist, stammt das Wort: Nur wer tief in die Vergangenheit zu blicken gelernt hat, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft voraussagen.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, mag es erlaubt sein, in diesen Blättern, die sich entsprechend der Aufgaben, die sie sich gestellt haben, oder die ihr vom Zwang der Zeit gestellt worden sind, meist mit den aktuellen Fragen des nationalen und übernationalen politischen Lebens beschäftigen, einmal etwas un-

Schicksalentscheidende Beschlüsse und Handlungen sollen und dürfen, wo und wann immer es auch sein mag, niemals mit dem Blick auf morgen, auf die nächste Wahl, auf die Erfolge für eine Partei getroffen werden. Wenn das „Dictionary of Sociology" „compromise" definiert als „an agrement reached by mutual concessions" (Übereinkommen, das durch beiderseitige Zugeständnisse erreicht wird), dann sollte, ja müßte es notwendig sein, zu einem Kompromiß zwischen West und Ost zu kommen. So wie die Verhältnisse sich nun einmal durch Fehler und verpaßte Gelegenheiten, durch Argwohn, Mißtrauen und Haßpropaganda auf allen Seiten entwickelt haben, gibt es kaum noch ein anderes friedliches Mittel. Dieses Kompromiß darf weder mit dem Stigma der Schwäche, noch mit dem der auftrumpfenden Stärke behaftet sein. Ein solches Kompromiß kann erreicht werden, wenn beide „Gegner" — wie schmerzlich ist es, dieses Wort auf Deutsche von „hüben und drüben" anwenden zu müssen! — sich bewußt sind, daß ohne Bereitschaft zu opfern niemals ein friedlicher Ausgleich, nicht so sehr zwischen Menschen, sondern zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen und ihren Vertretern, erzielt werden kann. Gewiß würde der Versuch zu einem friedlichen Ne b e n einander ein sehr, sehr schweres Opfer bedeuten, ein Opfer, das sich nur lohnen würde, wenn es getragen wird von der Hoffnung, Erwartung und Aussicht, das einmal wieder aus dem Nebeneinander ein M i t einander erwachsen wird, das in gleicher Weise für alle Deutschen, für die das deutsche Geistesleben, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Sozialleben — kurz für die deutsche Kultur und Zivilisation erfolg- und segensreich sein würde.

Ob Gedanken, wie die hier geäußerten, vielleicht als die eines „potentiellen Kriegsverbrechers" oder eines „weltfremden Optimisten" angesehen werden — „was liegt daran, was liegt daran"?

Rudolf Pikola

Der Salto mortale der SPD

Wahrhaftig, das war ein Salto mortale, ein Todessprung, ein tödlicher Sprung, den die Sozialdemokratische Partei gemacht hat! Sie hat ihr Herz für das Militär entdeckt. Der deutsche Militarismus kann wieder einmal die Spitzen seines martialischen Schnurrbarts nach oben zwirbeln und sagen: „Es ist erreicht!" Denn nachdem er wenige Jahre nach der größten Katastrophe, die er über unser Volk gebracht hatte, wieder salonfähig geworden war (salonfähig mit Hilfe des deutschen Bürgertums, das seine Traditionen konservieren will, mit Hilfe vieler deutscher Mütter und Frauen, die wieder Nachschub zu liefern haben, mit Hilfe der Kirchen, die dem General zu geben befehlen, was des Generals ist, mit Hilfe der Industrie, die einige Dividenden winken sieht und mit ihnen winkt) — nachdem dies also geschehen war, nachdem der Militarismus in den Salons etabliert war, macht ihn die SPD nun auch noch stubenrein, auf daß er nicht nur in den Palästen zu Hause sei, sondern auch in den Hütten. Und darüber kann er sich denn auch freuen, denn aus ihnen bezieht er ja eigentlich die Hauptmasse seines — wie sagt man doch so schön? — „Materials"!

„Eben nicht!" ruft der Herr Spitzenfunktionär, „eben nicht! Wir sagen doch nicht zum Militarismus ja, sondern nur zum Militär! Und das ist ein gewaltiger Unterschied!"

Wieder einmal also gilt es, das Kunststück fertigzubringen, zweigleisig zu denken. Vielleicht geht es nicht anders in der Politik. Aber deshalb kommen wir auch nicht weiter, deshalb drehen wir uns hoffnungslos im Kreis und stürzen an der schon im voraus berechneten Stelle immer in den gleichen Abgrund. Politik mit Militär führt zu Völkerkatastrophen — Politik ohne Militär bringen wir nicht fertig — — ergo!

Die SPD beruft sich darauf, daß die Bundeswehr nun einmal eine legale Einrichtung unseres demokratischen Staates sei. Weiß niemand mehr, weiß sie selbst nicht mehr, wie es zustande gekommen ist? Sagt niemand mehr, daß uns das neue Militär von den Amerikanern aufgedrängt, von unseren christlichen Bundestagsabgeordneten aufgeredet, von der interessierten Industrie aufgenötigt, daß es vom tödlichen Traditionalismus unseres Volkes hingenommen wurde? Erst zwingt man die Jugend dieses Volkes zu den Waffen, dann sagt man: „Seht ihr, das sind eure Söhne, sie tragen das Ehrenkleid — seid ihr nicht stolz auf sie? Wer etwas gegen sie sagt, ist gegen euch!" Zweifellos eine plumpe Methode, aber bewährt! Sehr bewährt!

In einer Tageszeitung war kürzlich ein Bericht über einen Tag der offenen Tür in einer Kaserne zu lesen. Dazu ein Bild, das alles sagt: ein Mütterchen beugt sich mit lächelnd verständnislosem Interesse über den Mechanismus eines Geschützes, den ihr der Enkel strahlend zeigt. Das ist also das Geschütz meines Otto! Na also! Die letzte Rentnersfrau hat nun wieder Anteil am nationalen Hochgefühl, wenn das liebe Enkelkind lachend aus dem vorbeifahrenden Panzer winkt! Welcher gute Sozialist dürfte sich da noch gegen die schlichten Freuden des einfachen Volkes stellen?

Sehr bald wird die SPD merken, daß, wer zum Militär A und B sagt, rasch das ganze Alphabet der geistigen Militarisierung des gesamten Volkslebens heruntersagen muß: „unser" Heer, „unsere" schneidigen Jungs, „unsere" besten Waffen. Vor allem aber wird die SPD — nach der inneren Logik einer solchen Gesetzmäßigkeit — bald auch bei der Anerkennung der Atomrüstung gelandet und gestrandet sein, denn wenn schon Militär, dann auch „fortschrittliches" Militär! Daß damit das endgültige Staatsbegräbnis der deutschen Wiedervereinigung unter Beteiligung einer Ehrenkompanie vollzogen wird, kann dann eigentlich nicht mehr fraglich sein.

Überhaupt ist unklar, was der politische Erfolg sein soll. Es ist kaum anzunehmen, daß man bei den Wahlen CSU-Anhänger gewinnen wird. Die haben ihren Militarismus in eigener Regie und glauben sogar an seine gottgewollte Richtigkeit. Sie brauchen nicht SPD zu wählen, um ihr Militär zu haben. Vielleicht rechnet man mit einem Stimmenzuwachs aus dem Unteroffizierskorps — nun ja! Aber in den Reihen der eigenen Wähler und Mitglieder, die die Schizophrenie „Ja zum Militär — Nein zum Militarismus" nicht mitmachen können, was dort? Ein großes Unbehagen, eine tiefe Verlassenheit werden die Folge sein, da nun auch von der Oppositionspartei der traurige Anschauungsunterricht vorexerziert wird (in des Wortes wörtlichstem Sinne), daß unsere großen Weltanschauungsparteien — ob christlich oder sozialistisch — nicht aus einer sittlichen Überzeugung heraus handeln, sondern nur taktisch nach Zweckmäßigkeitserwägungen vorgehen und dabei den Rechenschieber der Wählerarithmetik in der Hand haben.

Schon immer wurden mit realpolitischen Gründen — die man besser Ausreden nennen sollte — die Völkerkatastrophen eingeleitet bzw. nachträglich verbrämt. Auch heute. So wie die christlichen Eltern ihre Söhne dafür bereit machen lassen, auf die Christen anderer Völker zu schießen, so lassen nun auch die sozialistischen Eltern ihre Söhne mit dem parteilichen Placet darauf vorbereiten, die Sozialisten anderer Völker zu töten. Es gibt also wieder nur einen Maßstab, nur

ein Gesetz: die militärische Forderung! Wieder einmal kennen wir wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche — was immer allein dann gilt, wenn man Soldaten braucht! — und wissen eigentlich nicht, wozu das übernationale Christentum und der übernationale Sozialismus gut sein sollen, da die Menschen ja doch, wie in den barbarischen Urzeiten, nur in mehr oder weniger großen Sippen, Völkerschaften oder — welcher Fortschritt! — halben Erdteilen zusammengerottet, einander so massenweise als möglich vernichten! Befehl ist Befehl — und wenn wir als sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter den Soldatenrock anziehen, dann wissen wir, was sich gehört und — was sich aufhört, nicht wahr!

Uber die vordergründigen Erfolge oder Mißerfolge hinaus wird der angerichtete Schaden im Geistigen und Ethischen immer mehr irreparabel. Die Vortäuschung geistiger Prinzipien, die Berufung auf eine sittliche Substanz nämlich, wird in allen Lagern zum Ärgernis für die „Gläubigen", für alle, die es ernst nehmen, denn nirgends wird die Ethik einer Überzeugung durchgehalten und praktiziert. Das Vertrauen in eine Politik, die nicht eine taktische Frage, sondern eine moralische Haltung sein müßte, schwindet zusehends. Die formenden Kräfte unserer Gesellschaft werden immer unglaubwürdiger, je mehr sie um äußerer (und oft sehr fraglicher) Vorteile willen das Kapital ihrer Substanz an den Meistbietenden verkaufen.

Erkennen die Verantwortlichen diesen tiefen Krebsschaden nicht? Nur deshalb nicht, weil er nicht so augenfällig ist wie eine Wirtschaftskrise? Aber er ist viel gefährlicher, weil er den Menschen zerstört und damit in den Bereich der Gefahr gehört, der mit dem Wort vom Untergang des Abendlandes als der Gemeinschaft bewußter Kulturmenschen gemeint ist.

Dr. Ernst Schwarz

Die Philosophen und die Atombombe

1. Jaspers — C. Fr. v. Weizsäcker

C. F. v. Weizsäcker nimmt in seiner Schrift „Mit der Bombe leben?" Bezug auf die Göttinger Erklärung der achtzehn Atomphysiker, die Jaspers einer wohl allzu scharfen Kritik unterzogen hat. Jaspers hält den Zusammenschluß der Physiker zum Zweck einer politischen Erklärung für sinnwidrig. „Autorität der Physiker und Autorität politischer Weisheit geraten irreführend ineinander" („Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" S. 270). Nun ist richtig, daß die Manifestanten als Physiker keinerlei besondere Berufung haben, sich zur Frage der Atomrüstung zu äußern. Von ihnen eine solche autoritative Äußerung zu erwarten — sagt Jaspers offenbar mit Recht — beruhe auf dem modernen Wissenschaftsaberglauben (S. 265). Es konnte ihnen deshalb sogar von einem Fachgenossen (Prof. Flügge, Marburg), der Vorwurf gemacht werden, sie hätten ihre Autorität als Physiker mißbraucht, um politischen Einfluß auszuüben. Aber dies geht ebenso an den eigentlichen Beweggründen der Manifestanten vorbei wie die Meinung von Jaspers, sie hätten, gleichsam „erschrocken vor dem, was sie angerichtet haben", sich dafür unmittelbar verantwortlich gefühlt. Eine solche Verantwortung kann es, darin muß man Jaspers zustimmen, für den Forscher nicht

geben. Das Manifest spricht zwar von einer solchen Verantwortung, aber das ist zweifellos kein genauer Ausdruck für das, was die Wissenschaftler bewegt hat. Denn dies und nichts anderes als die verständliche menschliche Anteilnahme an all dem, was aus ihren Erkenntnissen hervorgegangen ist, die Sorge, die jeden verantwortungsbereiten Menschen erfüllt beim Anblick von Gefahren, die er miteingeleitet hat, ohne daß er sich damit im eigentlichen Sinne verantwortlich zu fühlen braucht. Die Manifestanten sprachen auch nicht ex cathedra ihrer Autorität als Physiker, sondern als Männer, die begreiflicherweise direkteren Anteil auch an den politischen Auswirkungen ihrer Arbeit nehmen als beliebige andere, einfach als Männer von Intelligenz und politischem Interesse, die sich als solche für berechtigt und verpflichtet halten durften, zwar kein autoritatives Urteil, aber immerhin ein Urteil von Gewicht in dieser Sache auszusprechen.

Die Bedeutung ihrer Stellungnahme liegt allerdings weniger in der vielleicht anfechtbaren Begründung, auf die noch einzugehen sein wird, als in ihrer grundsätzlichen Haltung. Diese Haltung ist entschieden verneinend, sie wirkte damit beispielhaft und aufrüttelnd — dem Atomwahnsinn wurde damit Halt geboten, wenn auch mit Gründen, die nicht in gleicher Weise wie das Beispiel selbst überzeugend wirkten. Eine spätere Vertiefung der Argumentation, wie man sie von Wissenschaftlern dieses Ranges erwarten durfte, ist bedauerlicherweise ausgeblieben.

Jaspers verwirft dieses Neinsagen der Manifestanten. In ihm liege eine Tendenz zum Neutralismus, ohne daß dieser selbst vertreten werde (S. 273). Man könne nicht umhin, in diesem Nein eine Schwächung der abendländischen Staatenwelt zu sehen (S. 274). Es scheine „eine verneinende Distanzierung durch das ‚ohne mich'", und es gab auch keine gemeinsame Erwiderung auf die kritischen Angriffe. Trotz allem bleibe das große Verdienst der Erklärung: das große Thema öffentlich fühlbar gemacht zu haben (S. 277).

Diese Kritik ist zwar immer noch maßvoll, sie wird aber dennoch dem Wollen der Manifestanten nicht gerecht, vor allem insofern nicht, als diesem Wollen eine negativ gewertete Tendenz zum „ohne mich", zum „Neutralismus" untergelegt wird. Jaspers macht sich damit eine Wertung zu eigen, die der Bundeskanzler, wie man vermuten darf, im Gespräch mit den Manifestanten ebenfalls vertreten haben könnte. Ist „Neutralismus" tatsächlich, wie Jaspers einmal sagt (S. 138) als „die Freiheit der Schwebe zwischen Ost und West" nur eine „Schaukelpolitik", „die Schläue der Bedenkenlosen", und findet diese Haltung einen Boden etwa besonders bei „Intellektuellen", von denen, nach Jaspers, viele „schwammig und neutralistisch" (S. 141) denken? Merkwürdigerweise spielt auch der bekannte Nationalökonom Prof. W. R ö p k e (Genf) im Rheinischen Merkur vom 25. 7. 58 auf die Intellektuellen an, die er der gleichen „Willenserweichung" bezichtigt. Erinnert dies nicht, trotz ganz entgegengesetzten Beweggründen, an die Vorwürfe, die G o e b b e l s gegenüber den Intellektuellen — den „Meckerern" — erhoben hat, oder auch an W i l h e l m II., der die bürgerlichen Intellektuellen, die „Nörgler", anprangerte? Immer dort, wo — aus welchen Gründen auch immer — Unverbrüchlichkeit und Festigkeit einer Gesinnung gefordert werden, sind es die „Intellektuellen", die man als eine Art von Streikbrechern hinstellt. In diesen Verdacht der „Abweichung" geraten offensichtlich bei Jaspers wie bei Röpke auch die Göttinger Manifestanten, insofern sie an der ideologischen Spaltung der Welt nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit teilzunehmen scheinen. So wenig ich jedoch Jaspers oder Röpke in eine Linie mit Goebbels stellen möchte, so wenig sollte man diejenigen, die heute zwischen Ost und West einen Weg suchen, der Gesinnungslosigkeit verdächtigen.

Diese Denkweise bedeutet keinerlei Bereitschaft für Zugeständnisse an die andere Seite, ja sie verträgt sich sogar mit der Entschlossenheit zu jeglicher Art von Widerstand. Aber sie meidet die sinnlose moralische Aggression einer Macht gegenüber, die dadurch nicht schwächer, sondern, durch die Züchtung von Minderwertigkeitsgefühlen, eher stärker wird. Wohl ist es menschlich, zu hassen, wo man nicht lieben kann, und der Haß ist der natürliche Motor aller Kampffreudigkeit, er scheint deshalb unentbehrlich auch im Austragen des großen Weltgegensatzes, aber für jeden, der sich zur westlichen, christlichen Gesittung bekennt, ist Haß destruktiv und verwerflich. Sieht man in der anderen Seite ganz einfach den schicksalhaft bestimmten Gegner, so braucht die Auseinandersetzung, ohne an Entschiedenheit zu verlieren, weder von Haß getragen zu werden, noch bedarf es dazu irgendeiner Herabsetzung des Gegners.

Von dieser Haltung bis zum Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit ist kein großer Schritt. Wenn Jaspers Gewaltlosigkeit und Pazifismus ablehnt, so kann man dem wohl weitgehend folgen, insbesondere wenn er die politischen Methoden G a n d h i s für die Auseinandersetzung zwischen West und Ost ausschließt. Sie sind praktisch unmöglich und nicht wiederholbar, aber sie sind auch grundsätzlich nicht tragbar, weil Gewaltlosigkeit, die hier schließlich Kapitulation bedeutet, als eine Form des Extremismus angesehen werden müßte. Insofern mögen die Vorwürfe an gewisse „Intellektuelle" eine begrenzte Berechtigung haben, weil sie vielfach — sei es mit überspitzter logischer oder ethischer Konsequenz — extreme Positionen (so besonders auch in der sozialen Frage) beziehen. Wenn umgekehrt Intellektuelle zu wenig Charakter und Grundsatzfestigkeit haben, dann können sie zweifellos das werden, was Jaspers „schwammig" nennt.

Trotz solchen Einwänden stecken jedoch im Prinzip der Gewaltlosigkeit noch unausgeschöpfte Möglichkeiten. Wenn der Westen, wenn die Bundesrepublik auf die Anwendung von Gewalt verzichten wollen, so ist das natürlich nicht Gewaltlosigkeit, aber man kann sich dieser doch, ohne damit Schwäche zu zeigen, in einem viel höheren Maße annähern als bisher, so insbesondere im Verzicht auf die (potentielle) Gewalt, die durch Bündnisse repräsentiert wird. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung und die Bereitschaft zum Frieden, der durch Vorbereitung des Krieges gesichert werden soll („si vis pacem para bellum"), liegen so eng nebeneinander, daß man ein Übriges tun muß, um beide voneinander unterscheidbar zu machen. Der Frieden muß geschaffen werden, er kann nicht allein das Ergebnis eines Zug-um-Zug-Verhandelns sein, bei welchem jeder ängstlich darauf bedacht ist, nicht weiter zu gehen, als der andere auch geht, und wobei immer der andere vorangehen soll. Der gute Wille, von dem im Westen so viel die Rede ist, besteht vor allem für den christlich Denkenden gerade darin, daß man nicht von dem anderen den ersten Beweis des guten Willens fordert. Das Aug-um-Auge-Zahn-um-Zahn-Prinzip ist zwar auch heute noch in der Politik beliebt, aber unter der Drohung der totalen Vernichtung, in der weder Augen noch Zähne mehr gezählt werden können, ist es völlig sinnlos geworden.

Der Atomphysiker O p p e n h e i m e r, der „Vater der Atombombe", hat einmal das Beispiel von den zwei Skorpionen in einer Flasche gebraucht. Wenn nun jeder dieser Skorpione auf die Bewegungen des anderen lauert und in tierischer Einfallslosigkeit nur nachmacht, was der andere tut, dann bleiben wir eben bei der Skorpionenmoral und ihren Folgen. Der verbesserte Machiavellismus dagegen fordert so zu handeln, daß der Gegner zu positiven Reaktionen veranlaßt wird.

Es wäre aber auch ohne dies schon eine Chance, wenn man die Skorpione aus der Flasche befreien würde. Dies ist der Sinn des „disengagements", d. h. einer militärisch verdünnten Zone. Ein solches disengagement hat prophylaktischen

Charakter, und genau dies ist auch der Sinn einer Neutralität, die auf dem disengagement beruht. Die Neutralität, wie sie von allen Gegnern der Mächteblockpolitik gefordert wird, pflegt immer wieder verwechselt zu werden mit der Neutralität im herkömmlichen Sinne, offensichtlich auch von Jaspers. Die Absicht dieser letzteren Neutralität geht dahin, im Kriegsfalle abseits zu bleiben, während die Neutralität, etwa im Rahmen des disengagements, ausschließlich den Sinn hat, durch Abseitsbleiben im kalten Krieg den offenen Konflikt zu verhüten. In völliger Verkennung dieser Haltung sucht man sie, voran die großen und kleinen Scharfmacher des kalten Krieges, zum Neutralismus abzuwerten. Selbst Jaspers, der alles andere als ein solcher Scharfmacher ist, scheint dazu zu neigen; er tut es aus der Kampfansage gegen jeglichen Totalitarismus, erkennt aber nicht, daß, wenn auch schon der Widerstand allein gegen den Totalitarismus eine hohe sittliche Aufgabe ist, doch ein Widerstand vorgezogen werden muß, der zudem befriedigende Kraft hat. Beides läßt sich verbinden — wenigstens für alle, die dem Rigorismus nicht verfallen sind — und aus dieser Verbindung könnte sogar eine fruchtbare, friedliche Auseinandersetzung der entgegengesetzten sozialen Prinzipien hervorgehen.

Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung kann natürlich keine „Synthese" von freier und autoritärer Gesellschaftsordnung sein. Jaspers verneint die Möglichkeit einer solchen Synthese, sie sei nichts anderes als der „Selbstbetrug eines Teils der freien, im Neutralismus verantwortungslos verkommenden Literatenwelt", die sich über die Radikalität des Entweder-Oder von Totalitarismus und Freiheit täusche (S. 377).

Ist Jaspers blind dagegen, daß nicht nur die Unfreiheit menschenunwürdig ist, sondern auch der Krieg in jeglicher Gestalt, auch der kalte Krieg also? Gewiß, Freiheit und Totalitarismus als solche sind unvereinbar, aber schließt etwa die individualistische Gesellschaftsordnung maßvollen und vernünftigen Zwang aus oder die kollektivistische Gesellschaftsordnung eine gewisse Liberalität? Praktisch sind ja beide hier wie dort vorhanden! Wir müssen diesen Gegensatz nicht aus unserer gegenwärtigen Verranntheit, sondern mit den Augen des in die Zukunft blickenden Historikers sehen, der immer wieder feststellen kann: in discordia concors. Geschichtstheologisch gesehen haben beide Sozialordnungen, die individualistische wie die kollektivistische, ihre Funktion, und es gibt auf der einen Seite ebensogut einen Mißbrauch der Freiheit wie auf der anderen Seite einen Mißbrauch des Zwanges; der Mißbrauch sagt aber noch nichts gegen das Prinzip, weder hier noch dort. Jaspers gibt darum auch zu, daß der „Totalitarismus der Stachel ist, der jede Halbheit, Selbstzufriedenheit, Unredlichkeit, Verkehrung innerhalb des Lebens der freien Welt aufdeckt und zur erkannten Wunde macht" (S. 377). Wer aber wollte leugnen, daß das Beispiel der Freiheit für die Menschen des Zwangsregimes auch ein Stachel ist? Wenn Jaspers weiter sagt, die Wandlung könne nicht geschehen zum Totalitarismus hin, nicht so, daß sich Kommunismus und Kapitalismus vereinigen, so wird ihm schwerlich jemand widersprechen können. Das sind ganz gewiß nicht die Wege der Geschichte, sie bildet keine Amalgame, sondern sie formt wie in der geheimnisvollen Vermischung der Geschlechter.

Entscheidend ist deshalb die Haltung, in der sich Ost und West gegenüberstehen. Hüben wie drüben ist eine läuternde und reifende Entwicklung möglich, und es handelt sich darum, sie zu begünstigen und nicht durch verhärtete Fronten zu hemmen. Der Anti-Geist geistiger Unfreiheit, der Selbstüberschätzung, des ideologischen Eiferns ist für jeden unerträglich, dem es wirklich um Freiheit des Geistes, des Lebens und um Humanität geht. Wen die Angst vor der Weltrevolution beunruhigt, der trete dafür ein, daß Verhältnisse geschaffen werden, unter

denen der Same der Weltrevolution nicht aufgehen kann; so schützt man sich jedenfalls besser gegen sie als mit Divisionen, wenn diese auch eine doppelte Sicherung, nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, zu sein scheinen.

Der Anti-Geist müßte von beiden Seiten aufgekündigt werden; da der Westen sich aber moralisch für überlegen hält, so sollte er gerade hierin von seiner Überlegenheit Gebrauch machen. Es ist die große geschichtliche Verantwortung des Westens, die Beziehungen zwischen West und Ost bei aller sachlichen Gegnerschaft mit dem Geist der Menschlichkeit zu erfüllen, und dies sollte ihm um so leichter fallen, als der Weg der Entwicklung nur durch diesen Engpaß geht. Das Machtgefälle, in dem eine Politik der Stärke, ein Kreuzzug im Namen der Freiheit (und des Egoismus!) möglich war, besteht nicht mehr.

Wenn der Westen durch seine (relative) Freiheit und durch die beschwingende Kraft dieses Ideals politisch überlegen sein kann, so besitzt demgegenüber auch der Osten eine Überlegenheit in der Macht des Kollektivs, die ihn zu überwältigenden Leistungen in Wirtschaft und Rüstung befähigt. Ein Wettrüsten mit der Sowjetunion würde vom Westen den wenigstens teilweisen Ersatz seiner Konsumwirtschaft durch eine soldatische Hunger- und Sparwirtschaft fordern, wie sie das Patent autoritärer Staaten ist. Die kapitalistische Wirtschaft ist optimal leistungsfähig in der freien Entfaltung, die Zwangswirtschaft im eisernen Ring eines Belagerungszustandes. Ein Marathonlauf mit dem Osten müßte den Westen den gefährlichsten Erschütterungen aussetzen. Dem Osten droht bei einer Überspannung der Wirtschaft — nur — die Revolution der Menschen, dem Westen die Revolution des Geldes, und diese ist wahrscheinlich schwieriger zu meistern.

Der Aufbau militärischer Macht — wenn es für uns ohne dieses Idol nun einmal nicht geht — im Herzen Europas, in der Bundesrepublik, ist für russische Augen eine Wiederholung der Aufrüstung durch H i t l e r. Demgemäß muß von uns auch das Risiko bewertet werden. Die heutige Lage in Europa ist das fatale Erbe des Nationalsozialismus. Wollen wir, sozusagen mit geschlossenen Augen, den Faden der Entwicklung dort noch einmal aufnehmen? Es hieße dies fast, daß wir das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen — wie Hitler!

Als einzige Lösung bietet sich immer wieder das disengagement an: von einer Demarkationslinie aus müßten strategisch gleichwertige Gebietsteile eine nur begrenzte Rüstung erhalten. Damit entstünde allerdings ein gewisses „Vakuum", der Schrecken des gesunden Machtpolitikerverstandes. Doch gerade die Physik der Atomwaffe liefert uns ein schlagendes Beispiel für den Vorteil eines solchen „Vakuums". Bekanntlich ist die Voraussetzung der Kettenreaktion in der Atombombe und damit ihrer Explosion, daß zwei Teile einander rasch genähert werden, die zusammen die „kritische Größe" ergeben. Wann würden die Bundesrepublik und ein entsprechender Teil des Ostblocks die kritische Größe besitzen, die eine Atomkrieg-Kettenreaktion auslösen könnte? Und was liegt deshalb näher, als die beiden Teile entsprechend voneinander zu entfernen, also ein Vakuum dazwischen zu schaffen?

Man unterscheidet leider zu wenig zwischen der militärischen und der politischen Bedeutung eines solchen Vakuums, oder auch man möchte beiderlei Vorteile zugleich haben. Für das machtpolitische Denken ist es logisch zwingend, daß jedes Vakuum militärisch voll ausgefüllt wird. Die bisherige Haltung der Bundesregierung hat hier ihre feste Grundlage. Was aber rein militärisch gesehen negativ erscheinen muß, kann, politisch betrachtet, positiv sein, nicht nur insofern, als im vorliegenden Falle schon eine verringerte Rüstung eine Verringerung der politischen Spannung bedeuten kann, sondern auch durch den Ausschluß von Paktbindungen, die der jeweiligen Rüstung eine besondere Spitze geben. Damit sind wir nun aber unmittelbar bei dem deutschen Problem.

Eine „Neutralität", d. h. ein Bündnisverzicht der Bundesrepublik scheint möglicherweise geeignet, wenn sie die Bündnisfreiheit der Ostzone usw. im Sinne des disengagements mitbedingen würde, die Vereinigung der beiden Teile zu einem Gesamtdeutschland herbeizuführen. Prof. v. Weizsäcker hält allerdings den Gedanken einer neutralen Zone für „bedenklich, zum mindesten für mißverständlich", da eine „solche politische Neutralität sich als eine Wiederbelebung nationaler Souveränität auch in Westeuropa" auswirken könnte; das aber wäre ein Rückschritt in bezug auf die notwendige Integration der Welt. (Leider ist die Integration der Bundesrepublik in Europa kein Schritt zur Integration der „Welt", sondern nur die Angliederung an einen Machtblock!) Auch an Volksunruhen in solchen Räumen sei zu denken. So erscheint ihm „sowohl das jetzige harte Aneinandergrenzen der beiden Machtblöcke wie auch eine etwaige Trennung beider durch ein von beiden unabhängiges Europa wie zwei verschiedene Erscheinungsformen desselben Fehlers". Nun, dieser „Fehler" ist der Weltgegensatz mit seinem Ausdruck in der Spaltung Deutschlands, und eine neutrale Zone kann diesen „Fehler" natürlich nicht beseitigen, aber dies kann ja auch zunächst nicht die Aufgabe sein; also kann man den Wert einer neutralen Zone auch nicht daran messen.

Was die Möglichkeit der Wiedervereinigung betrifft, so besteht nun einmal die unausweichliche Alternative: entweder ein Gesamtdeutschland mit begrenzter Bewaffnung und außerhalb der Machtblöcke oder gar keins! Mit nichtssagenden Appellen an die vier Großmächte in dieser Hinsicht etwas erreichen wollen, ist der vollkommene Bankerott jeder auf Gesamtdeutschland gerichteten Politik. Einer Politik, die sich einfach von der Entwicklung tragen ließ und den Weg des geringsten Widerstandes gegangen ist, fehlt naturgemäß die Kraft der Selbstverleugnung zur Lösung der Probleme, die den Deutschen heute in der Mitte Europas aufgegeben sind. Mit Recht weist auch Prof. v. Weizsäcker auf die Absurdität einer Politik hin, die „den Kommunismus nicht stürzt und gleichwohl das Zusammenleben mit ihm erschwert, wenn nicht unmöglich macht".

Soviel sollte also klar sein, daß ein gespaltenes Land die geraden Wege der Machtpolitik nicht gehen kann, es sei denn, daß ihm seine Gespaltenheit kein Kopf- und Herzzerbrechen mehr macht. Klar dürfte ferner sein, daß jedes Bündnis nicht nur positive, sondern auch negative Seiten hat, denn der Beschützte wird unweigerlich in die Konflikte seiner Schutzmacht mit hineingezogen (Libanon!). Andererseits hat aber auch das disengagement neben den meist in den Vordergrund gestellten negativen Seiten auch positive, so vor allem die Ausstrahlung, die Ausdehnungstendenz, die von einer solchen Entspannungszone ausgeht, die Rückwirkungen, die ein derartiger Akt der Entspannung auf das gegnerische Lager ausübt, wo er die restaurativen Kräfte zurückdrängt und die liberaleren ermutigt. Konnte man im Westen feststellen, daß — nicht zuletzt auch durch die Haltung des Westens selbst — C h r u s c h t s c h o w Wasser in seinen antistalinistischen Wein tun mußte, so schreit man: seht den Heuchler! Sind wir dann aber keine Pharisäer, da wir die notwendigen Auswirkungen unseres eigenen Verhaltens dabei gar nicht in Rechnung stellen? Nur ein tieferes Verständnis für den Gegner und die Bedingungen, unter denen sein Handeln steht, kann die Voraussetzungen des Friedens schaffen.

Die Bundesrepublik, die gleich allen anderen integren Ländern die letzten Fortschritte der militärischen Technik mitmachen möchte (wozu vor allem die Atomwaffen gehören), vergißt, indem sie sich auf die populären Grundsätze der Machtpolitik stützt, nicht nur, daß sie bloß ein Teil Deutschlands ist, sondern verliert auch die strategisch-geopolitische Situation völlig aus den Augen, in die sie hineingestellt ist. Während sie gleich anderen nach jenen scheinbar höchsten Insig-

nien der Macht greift — einstweilen noch auf taktische Atomwaffen beschränkt — tut sich unter ihren Füßen der Abgrund einer militärisch aussichtslosen, ja verzweifelten Lage auf. Die Blindheit dagegen ist nicht viel geringer als zu der Zeit, da Hitler Europa umzugestalten anfing. Diese Lage vor allem ist es, wegen der die Frage der Atomrüstung so gründlich geprüft werden sollte, und nicht wegen einem „Atompazifismus" oder weil uns die Atom-Angst in die Knochen gefahren ist.

Amerika ist eine atlantische, Rußland eine kontinentale Macht; das ist ein entscheidender Gesichtspunkt. Daraus ergibt sich die Vormacht Rußlands in konventionellen Waffen, daraus ergibt sich, daß Amerika nicht von Rußland erobert werden kann, daß aber umgekehrt Rußland eine Invasion zu fürchten hat. Deswegen vor allem hält Rußland an der Amputation Deutschlands fest, und kein Wiedervereinigungsgeleier kann es dabei beeindrucken. Amerika hat einen Ring von Stützpunkten um die Sowjetunion gelegt, in dem auch die Bundesrepublik ihre Rolle hat, aber durch die interkontinentalen Raketen hat Rußland diese Einkreisung soweit durchbrochen, daß es sich nicht mehr als Gefangener der amerikanischen Strategie empfinden muß.

Eine Möglichkeit, die sich aus all diesen Voraussetzungen (das Bild ist nur skizzenhaft) ergibt, sollte von Bonn besonders sorgfältig erwogen werden — sie ist bisher kaum ins Bewußtsein der Bundesregierung gedrungen —: daß Rußland vorstoßen könnte, ohne daß es zu einem Atomkrieg kommt. Einerseits ist es logisch, daß ein Krieg mit zunächst begrenzten Mitteln zwischen den Weltmächten zum Atomkrieg führen muß, wenn es um eine entscheidende Position geht und durch den Atomkrieg ein positiver Ausgang erzwungen werden kann. Aber die Wucht eines atomaren Angriffs, wie ihn beide Weltmächte voneinander zu gewärtigen haben, ist so ungeheuer, daß ein solcher Einsatz sich eindeutig lohnen muß und nur mit ganz klarer Überlegenheit gewagt werden kann. Lohnen könnte er sich, geopolitisch gesehen, nur für Rußland, das über größere Räume und Regenerationskräfte verfügt und im übrigen etwas zum Okkupieren vorfindet, nämlich Europa. Die Rechnung für die USA ist negativ, für die Bundesrepublik noch negativer. Mit geringer Anstrengung kann man das gewiß auch in Bonn einsehen.

Die Atombombe ist ohnehin wie das blitzende Beil des Scharfrichters, das auf dem Markte zur Schau gestellt ist — aber selbst der Henker scheut sich, es anzufassen. Rußland kann den USA die atomare Neutralität anbieten, den beiderseitigen Verzicht auf Atomwaffen — und dann? Daß dies kein Fantasieprodukt ist, geht aus den Äußerungen des holländischen Vorsitzenden im Auswärtigen Ausschuß der WEU, Fens, hervor oder aus dem Buch „Choice for survival" des amerikanischen Professors Halle (früher Planer im State Department). Oder man lese den Beitrag von P. Worsthorne „Wie die Sowjets es sehen — Rußland und die Atombombe" in Heft 119 des „Monat". Danach rechnen die Sowjets im Ernstfall mit der Ausschaltung der Atombombe (übrigens auch, aus amerikanischer Sicht, der bekannte Journalist J. Alsop in „Die strategische Lage — ein neues Gleichgewicht der Kräfte", ebenfalls im „Monat", Heft 118) und es wäre deshalb „höchst gefährlich, wenn der Westen sich auf die Wirksamkeit der Abschreckung verläßt" (S. 22). Im übrigen möchte „der Kommunismus seine Herrschaft nicht über eine radioaktive Wüste antreten". Tröstlich ist dagegen ein Gesichtspunkt, wonach die Russen nicht an einen Vorstoß nach dem Westen zu denken scheinen: sie halten unverändert an ihrer größeren Gleisbreite fest und tun auch sonst nichts zur Entwicklung der erforderlichen Nachschubwege.

Es ist das verteufelte Dilemma der Bundesrepublik, daß sie heute in eine überkritische Lage geraten ist, sowohl militärisch durch die Entwicklung der Super-

waffen wie politisch durch die Spaltung und als deren Folge die Unterordnung unter eine Weltmacht. Sie versucht, das eine durch das andere aufzuheben, d. h. der Spaltung durch Rüstung entgegenzuwirken, aber es hat den Anschein, als ob sich stattdessen beides multipliziere. Die Atomwaffe jedenfalls kann ihr nicht dazu helfen, sich aus der unglückseligen Lage zu befreien, weder durch die Drohung mit ihr — direkt oder indirekt durch die USA — noch dadurch, daß man den Verzicht auf sie zu einem Kaufpreis zu machen sucht.

Diese Ausführungen über die Paktpolitik der Bundesrepublik und die geopolitische Weltlage stellen nun zwar keine direkte Auseinandersetzung mit dem Buch von Jaspers dar, aber diese kann nur auf dem Boden einer umfassenden Betrachtung der Weltlage wie der deutschen Frage sinnvoll durchgeführt werden. Das gleiche gilt, wenn ich nun noch auf die Rede eingehe, die Jaspers am 28. 9. 58 bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels gehalten hat; sie darf in diesem Zusammenhang nicht übergangen werden, weil seine Beurteilung der deutschen Situation in dieser Rede von seiner Haltung in bezug auf die Atomrüstung nicht getrennt werden kann.

Jaspers hat Vortreffliches über Wahrheit und Freiheit gesagt, er sprach wie ein S a v o n a r o l a , aber er vermied den Scheiterhaufen, und so war er selbst leider kein vollgültiger Zeuge der von ihm so nachdrücklich geforderten Wahrheit, auch nicht der Gesinnung des Christentums, die sonst in so hohem Maße sein Werk geprägt hat. Seine Rede klang radikal und hatte damit einen zweifellos ungewollten politischen Effekt, aber sie war, um der Situation wirklich gerecht zu werden, bei weitem nicht radikal genug.

Sehr zu beherzigen ist, was Jaspers über die Wirtschaftsgesinnung in der freien Welt und über ihre Scheindemokratie gesagt hat. Ebenso ernst zu nehmen ist sein Satz, daß wir nimmermehr wahrhaftig würden, wenn wir nicht vor Augen haben, was getan wurde, von Bismarck über das Deutschland Wilhelms II. und Weimars bis zu Hitler. Er sprach von dem Bismarckstaat, über dem ein Glanz liege, dessen Täuschung N i e t z s c h e und andere einzelne früh erkannten. Mit solchen Augen, welche die deutsche Vergangenheit so kritisch zu sehen vermögen, müßten eigentlich auch die Züge erkannt werden, welche der Gegenwart mit jener Vergangenheit gemeinsam sind. Die herrschende Partei ist auch heute wieder eine sich im Alleinbesitz der richtigen politischen Erkenntnisse wähnende Massenpartei mit einem synkretistischen Universalprogramm, das konservative, soziale und liberale Elemente enthält. Auch diese Partei empfängt eine wesentliche Triebkraft aus dem Antibolschewismus. Viele Anhänger und Förderer dieser Partei sagen Freiheit und meinen Kattun; die alten Grundsätze des Manchestertums werden in eine wunderliche Beziehung zum Christentum gebracht. Völlig anders und doch wieder im Extrem sich berührend ist die außenpolitische Haltung heute gegenüber damals: an die Stelle des arroganten Forderns ist ein bereitwilliges Hinnehmen getreten, an die Stelle des manischen Affektes der depressive. Daß wir demnach die Vergangenheit nicht überwunden haben, daß insbesondere an die Stelle des germanischen Antibolschewismus ein abendländisch-christlicher getreten ist, der zwar an sich sachlich durchaus berechtigt ist, aber wie sein Vorläufer gewaltige Machtinteressen verdeckt und so gewaltige Spannungen mitbedingt, das hat Jaspers verschwiegen. Die Fackel der Wahrheit hätte also noch in mancherlei dunkle Ecken zu leuchten.

Aber mehr noch. Jaspers sagte, an jenen „ephemeren" Bismarckstaat, der fälschlich als „Reich" bezeichnet werde, sei das deutsche Selbstbewußtsein nicht zu binden. Das Wort „Wiedervereinigung", obwohl hier unmittelbar naheliegend, fiel in diesem Zusammenhang merkwürdigerweise nicht. Warum hat Jaspers, der doch wie kein anderer einen Freibrief hatte, diesen Punkt nicht freimütig be-

rührt? Vermag Jaspers nur den heimlichen Machtanspruch zu sehen, der gewiß auch in der Wiedervereinigungsidee steckt, nicht jedoch die einzigartige Chance der Befriedung der Welt, die sich gerade hier bietet? Offensichtlich ist dies der Fall, denn sonst hätte Jaspers wohl nicht, ohne Begründung und ohne erklärenden Hinweis, der SPD ganz unvermittelt angetragen, sie solle sich auf die Außenpolitik des Bundeskanzlers einstellen; damit hat er selbst diese Außenpolitik gedeckt, entsprechend den Ausführungen in seinem Buch über die Atombombe.

Jaspers verband diesen Rat mit einer Kritik der beiden großen Parteien der Bundesrepublik, die bedauerlicherweise nicht mehr dargeboten hat, als was sich diese Parteien ohnehin gegenseitig vorwerfen. Um jedoch klärend zu wirken, hätte diese Analyse tiefgründiger sein müssen. Die Empfehlungen, die Jaspers gab, vertragen sich im übrigen schlecht mit dem von ihm so entschieden vertretenen Prinzip der Wahrhaftigkeit. Die Parteien haben ihre zwar bedingte, aber immerhin geschichtliche Wahrheit in der Verschiedenartigkeit, ihre Fruchtbarkeit im Gegensatz. Ihr Profil wird schon genugsam verschliffen in den Wahlschlachten, wo jede Partei so viel wie möglich bieten möchte. Und wenn schon der Appell der herrschenden Partei an die Opposition, die Außenpolitik des Kanzlers aus gesamtdeutscher Solidarität mitzumachen, auf eine Verschleierung hinausläuft, so gilt das in gleicher Weise für den Rat von Jaspers an die SPD, sie solle sich außenpolitisch dem Bundeskanzler anschließen und damit ihre Aufgabe als Opposition in diesem entscheidenden Punkt in den Wind schlagen. Wohl ist immer wieder überall dort ein Brückenschlag anzustreben, wo echte Gemeinsamkeit heranwächst. Es zeugt aber von mangelndem Verständnis für die folgerichtige Entwicklung der parteipolitischen Standpunkte und ihre Motive, wenn Jaspers die Opposition in einem Zeitpunkt des unvermeidlichen Auseinanderstrebens der Außenpolitik des Kanzlers unterordnen möchte, ohne dafür auch die zwingenden Einsichten zu vermitteln, die eine solche Übereinstimmung wirklich rechtfertigen könnten. Damit aber erwartet Jaspers von der SPD eine innerlich unwahre Haltung, kann dies also jedenfalls nicht im Namen der Wahrheit fordern.

Der CDU hat Jaspers gesagt, eine Partei lasse sich auf den biblischen Glauben nicht gründen. Das ist zweifellos richtig, insofern die CDU vom geistigen Gehalt des Christentums nur wenig erkennen läßt, es vielmehr in der Weise versteht wie der Sachwalter einer Religion, das altjüdische Synhedrium so gut wie der hohe katholische Klerus, wenn sie ihren Glauben machtpolitisch vertreten. Aber unrichtig ist, daß die Haltung einer politischen Partei nicht von dem Geist des Christentums inspiriert sein könnte. Sie müßte davon inspiriert sein, wenn sie schon den Ehrennamen „christlich" für sich in Anspruch nimmt, ja es erscheint dies heute, in einer Weltlage, die mancherlei Ähnlichkeit mit der Zeit Christi hat, sogar als eine Notwendigkeit.

Christus erschien als Friedensbringer in einer Welt, die von den erbarmungslosen Kämpfen zwischen West und Ost, zwischen Rom und Judäa (neben anderen Ostreichen) erschöpft war. In Rom herrschte der schrankenlose Machtwille, in Jerusalem der unerbittliche religiöse Dogmatismus. In diese zerrissene Welt trat die Botschaft Christi. Aber die beiden großen Gegner, Rom und Jerusalem, verkörpert in Pilatus und Kaiphas, waren nur darin einig, den Verkünder dieser Botschaft zu vernichten. Wer möchte leugnen, daß im heutigen kalten Krieg zwischen Ost und West, unter der Drohung der Atombombe, in einer Welt, die von Angst und Haß zerfressen ist, die Friedensbotschaft Christi in die Herzen der politischen Führer dringen müßte, wenn wir aus der tödlichen Verschlingung herausfinden sollen?

Jaspers nimmt einen Friedenspreis entgegen und plädiiert für eine westdeutsche Außenpolitik, die wesentlich zum kalten Krieg beiträgt. Das zwingt zu der Feststellung: Jaspers mag durch seine bedeutende Leistung als Philosoph jeglichen Preis verdienen, aber welches sein Beitrag zum Frieden sein soll, bleibt auch beim besten Willen unerfindlich. Es ist gar kein Zweifel, daß die Haltung von Jaspers auf reinstem Idealismus beruht. Ideale Beweggründe für eine solche Haltung gibt es durchaus: der Kampf für die Freiheit und gegen Unterdrückung, die Abwehr des Atheismus und der Inhumanität. Der Idealismus mag soweit gehen wie bei Hook und Jaspers — als Beispiel für viele andere —: lieber unter Atombomben verbrennen, als unter der Knute leben. Das läßt sich im Prinzip vertreten und kann ein achtunggebietendes persönliches Bekenntnis sein, aber es wird fragwürdig auf politischer Ebene. Gefährlich insbesondere ist es, wenn solcher Idealismus als Schrittmacher sich dem handfesten Machtwillen und dem ideologischen Zwiespalt zur Verfügung stellt. Aus der Zweideutigkeit dieser Verbindung quillt trügerischer Nebel, entspringt die Unwahrheit — genau das, was Jaspers eigentlich bekämpfen will. Weder dem Frieden noch der Wahrheit vermochte er auf diese Weise zu dienen.

Der strahlende Schild der Freiheit und des Glaubens deckt um so sicherer vielfach krassen Materialismus, den Machtwillen des Geldes und der nationalen Ansprüche, den Unfrieden der ideologischen Spaltung; im Osten sind es die gleichen Kräfte, die sich dort mit dem Nimbus des Vorkämpfers für soziale Gerechtigkeit umgeben. Pilatus und Kaiphas haben Christus dem Henker überantwortet, und das geschah im übertragenen Sinne seitdem immer wieder durch die Jahrhunderte hindurch, nur wurde das Komplott zwischen Macht und Dogma oft genug noch dadurch gekrönt, daß man sich ausgerechnet auf Christus berufen hat. Nichts anderes sagt auch die Geschichte Dostojewskijs von Christus und dem Großinquisitor aus. Jaspers hat diese Hintergründe auch der heutigen Wirklichkeit nur zum Teil beschworen, und so kam seine Rede auch nicht auf den Scheiterhaufen, den die Inhaber der Macht sonst oft den mutigen Kündern der ganzen Wahrheit bereiten.

Hätte Jaspers im übrigen mehr Kenntnis davon, wie die bedeutenden westdeutschen Karikaturisten die Lage sehen, so wäre ihm vielleicht eine Binde von den Augen genommen worden. Zwar ist die Wahrheit der Satire eine ganz andere als die der Philosophie, der Narrenspiegel etwas anderes als das Radioteleskop des Denkers, doch hat Aristophanes für die Wahrheit in öffentlichen Dingen kaum weniger getan als Plato oder Aristoteles.

2. Russell — Sidney Hook

Russell hat (wie King Hall) verblüfft durch das Bekenntnis „Lieber rot als tot". Er meint, der Bolschewismus könne sich ändern, das gerettete Leben unter ihm also mit der Zeit erträglich werden; auf Dschingis-Khan sei Kublai-Khan gefolgt. Das hat die heroischen Verteidiger der Freiheit auf den Plan gerufen, in vorderster Linie Sidney Hook (Professor für Philosophie in New York). Er wirft Russell vor, vor Chruschtschow, wenn auch widerstrebend, auf die Knie gesunken zu sein, er habe die Bemühungen um eine Verminderung der Weltspannung psychologisch geschwächt. Hook bezeichnet es als die entscheidende Frage, ob Russells Haltung zum Scheitern solcher Bemühungen oder seine Haltung zu ihrem Erfolg beitrage. Man dürfe den Kreml nicht in dem Glauben bestärken, der Westen wolle sich nicht verteidigen. Hook erinnert dabei mahnend an München, Korea, Ungarn.

Russell entgegnete: es handle sich bei der fraglichen Alternative um eine „akademische Frage", um eine „Frage der theoretischen Ethik", da beide Möglichkeiten, die totale Ausrottung der Menschheit und der totale Sieg des Bolschewismus, mehr oder weniger irreal seien. In Hooks Haltung stecke eine Art von Fanatismus, und Hook denke unhistorisch, weil er jede Möglichkeit einer Änderung des sowjetischen Regimes ausschließe. Die Geschichte zeige, daß Verfinsterungen immer wieder vorübergegangen seien, denn die Anziehungskraft von Humanität, Freiheitsliebe und Kultur sei unwiderstehlich.

Hook räumt daraufhin selbst ein, „daß die Kraft des demokratischen Vorbildes, die Berührung mit den großen demokratischen Traditionen, das totalitäre Regime auflockern werde", aber er vermag nicht einzusehen, daß es sich bei der erwähnten Alternative nur um eine „Frage der theoretischen Ethik" handeln solle; solche Abstraktion ist scheinbar unmöglich, solange man in der Ideologie des kalten Krieges lebt.

Hier stehen sich in höchst charakteristischer Weise zwei Auffassungen gegenüber, wie sie überall in dieser großen Auseinandersetzung vertreten werden. So leidenschaftlich auch Hook für die Freiheit eintritt, so fehlt ihm doch die letzte innere Freiheit, um die Lage so furchtlos wie Russell zu sehen und gleich diesem zu einer Entscheidung bereit zu sein, die zwar einer an sich irrealen, aber die Gesinnung kennzeichnenden Alternative gilt. Zugegeben, diese Alternative ist in hohem Maße irreführend, denn sonst könnte Hook nicht sagen, Russell gehe vor Chruschtschow in die Knie. Der Irrtum von Hook und den vielen anderen, die ebenso denken, liegt in der Annahme, daß die Entscheidung von Russell Kapitulation bedeuten müsse. Diese Vorausentscheidung einer „irrealen Frage" ist jedoch nur sozusagen ein Gedankenexperiment, um einen „Fanatismus", wie er etwa in der Haltung von Hook zum Ausdruck kommt, auf die Probe zu stellen. Sicherlich ist Russell nicht weniger freiheitsbewußt als Hook, und Hook will dies offenbar auch nicht bestreiten. Wenn beide trotzdem zu so gegensätzlichen Auffassungen kommen, so deswegen, weil sie über die Möglichkeiten der Freiheit wie über die Möglichkeiten des Totalitarismus verschieden denken. Russell ist überzeugt, daß die heutige Unfreiheit des Totalitarismus nicht dessen letzte Etappe sei, und wenn er glaubt, daß die Freiheit in ihm zuletzt doch siegen muß, so mußte Hook dem ja auch mindestens bedingt zustimmen. Russell sieht ferner die Gefahr, die darin liegt, daß gerade die heldische Verteidigung der Freiheit den Liberalisierungsprozeß in den totalitären Ländern hemmen muß. Einmal trägt sie dazu bei, daß die Fronten starr bleiben, was die totalitären Länder selbst wieder um so unnachgiebiger machen muß, dann aber dient auch die Parole „Lieber tot als unfrei" zusammen mit der These von der unabänderlichen Bösartigkeit des Gegners dazu, die ideologische Spannung aufrecht zu erhalten und den kalten Krieg bis in die unmittelbare Nähe der Katastrophe zu steigern. Es geht aber gar nicht um Kapitulieren oder mit der Fahne der Freiheit untergehen — das ist eben nur eine „irreale Frage" —, sondern darum, ob der ideologische Gegensatz bis zur Katastrophe zugespitzt werden soll und wie dies verhütet werden kann; dies aber ist eine praktische Frage.

Die Divergenz zwischen Russell und Hook läuft darauf hinaus, daß Russell die ganze Menschheit — das gegnerische Lager eingeschlossen — und die künftigen Generationen im Auge hat, Hook sich aber bezeichnenderweise ausdrücklich auf die gegenwärtigen Generationen beschränkt (Monat, Heft 120, S. 89). Wer aber vermöchte rechtens die künftigen Generationen von einer solchen letzten Entscheidung auszuschließen? Russells Alternative hat jedoch wie gesagt nur hypothetischen, aber eine bestimmte umfassende Gesinnung begründenden Charakter — sie bezieht sich auf die Geschichte als Ganzes wie auf die Menschheit

als Ganzes —, eine Gesinnung, welche kraft ihrer ethischen Weite die ideologische Isolierung durchstößt, ohne im geringsten die Werte preiszugeben, auf welche die Position der freien Welt sich stützt. Wenn Hook Russell vorwirft, er habe den Westen geschwächt, so kann das nur aus der inneren Unfreiheit verstanden werden, in welcher Hook infolge seiner verhärtenden Kampfstellung verharrt. Es braucht keine wesentliche Maßnahme — sei sie nun militärischer oder politischer Natur — unterlassen zu werden, um den Westen im vollen Umfang zu verteidigen, wenn man sich der Auffassung von Russell anschließt.

Man kann nicht beides zugleich haben: letzte Härte in der Verteidigung des eigenen Standpunktes und umfassendste Bereitschaft für den Frieden. Der Unterschied ist ungeheuer groß und doch so fein, daß man zwar von einem Politiker kein Verständnis dafür erwarten kann, wohl aber von Philosophen wie Hook oder Jaspers. Es gibt nur das eine oder das andere, und man kann durchaus das letztere wählen, ohne irgendwelche Trümpfe aus der Hand zu geben. Wählen wir das letztere, so bedeutet das nicht ein Nachlassen im Willen zur Freiheit, sondern eine Steigerung des Friedenswillens. Hier liegt der entscheidende Rechenfehler der Politiker und ihrer ideologischen Bannerträger im kalten Krieg, daß sie fürchten, jedes Friedensstreben, das sich im Erwägen der letzten Konsequenzen stärkt, werde der westlichen Position schaden. Sie übertragen damit auf ihre Anhänger eine diffuse Angst, die ihnen am meisten hilft, ihre starre Position zu behaupten. Damit aber stellen sie sich jeder Entwicklung zum Besseren in den Weg, ja verraten geradezu, wohl ohne dies zu ahnen, Humanität und Christentum, die allein noch aus diesem Labyrinth herausführen können. Aus Angst, man könnte sich irgendeine Blöße geben, zerstört man notwendigerweise zugleich jede Chance, die sich aus einer möglichen Bereitschaft des Gegners ergeben könnte.

Jaspers hat in seiner Rede die Deutschen aufgefordert, die Vergangenheit zu überwinden, und in seinem Buch versucht er in die Zukunft zu blicken. Auch in der Auseinandersetzung zwischen Russell und Hook geht es zum Teil um Krisen der Vergangenheit, aus denen Lehren gezogen werden sollen, und um die Möglichkeit der Zukunft. Aus dem Dialog der Philosophen ist, wie ich zu zeigen versuchte, Wesentliches zu lernen, um die Vergangenheit wirklich zu überwinden und klare Ziele für die Zukunft zu setzen. Aber so wie die Dinge gegenwärtig noch in der Bundesrepublik liegen, ist immer noch zu fragen: sind wir in der Lage, das Problem Rußland, diesmal vermehrt um das Problem Deutschland, besser zu lösen als in der Vergangenheit, oder sind wir immer noch auf den Spuren Hitlers, nur mit negativem Vorzeichen? Und wird die Regierungspartei, damit dieses Problem in gemeinsamen Anstrengungen gelöst werden kann, soviel Sachlichkeit aufbringen, daß sie nicht jedem Einwand gegen ihre antisowjetische Außenpolitik ein Bein stellt, indem sie einen prosowjetischen Kern darin entdeckt — wie es logischerweise gar nicht anders sein kann, wenn man gegen sie argumentieren will? Oder will sie auf diese Weise ganz einfach sagen, daß es überhaupt keinen anderen Standpunkt gebe als ihren eigenen? Wir haben in Deutschland schon so viel Vernageltheit erlebt, daß ich hier nur noch den frommen Wunsch aussprechen kann, es möge unseren führenden Politikern schließlich doch noch gelingen, sich aus den Schlingen dieser Logik wie der Machtlogik überhaupt zu befreien. Das tägliche ernsthafte Zwiegespräch mit der Atombombe müßte ihnen dazu verhelfen können.

Welche Möglichkeiten, an der Befriedung der Welt mitzuhelfen, bietet sich gerade einem deutschen Staatsmann in dieser Lage! An irgendeiner Stelle muß ja das Friedensreis einmal gepflanzt werden, wenn wir die Hölle des Atomkrie-

ges vermeiden wollen. Wo aber wäre dies besser als in deutscher Erde? Und möchten doch die verantwortlichen Staatsmänner selbst den Katastrophentrupp machen und es ihren Völkern ersparen, sich über den Katastropheneinsatz im Atomkrieg vergeblich den Kopf zu zerbrechen!

Dokumente zum Zeitgeschehen

„New Thinking" über die Wiedervereinigung

Unter dieser Überschrift berichtete die Londoner Times am 7. November über Ausführungen, die Prof. W. Hagemann von der Universität Münster auf einer in Bonn am 5. November im Königshof von den Blättern für Deutsche und Internationale Politik veranstalteten Pressekonferenz machte.

Die öffentliche Meinung in Westdeutschland ist heute noch geteilter Meinung in ihrer Einschätzung zu Professor Walter Hagemann von der Universität Münster, der seit mehr als einem Jahr sehr vernehmlich den russischen Ratschlag befürwortet, die Wiedervereinigung mit dem ostdeutschen Regime zu besprechen.

Seine Ausstoßung aus der Christlich-Demokratischen Union wurde gestern bestätigt, und heute hielt er eine Pressekonferenz ab, bei welcher er darlegte, daß er, wie auch die Ergebnisse der öffentlichen Meinungsforschung es bezeugen, für ein Viertel der Bevölkerung und für viele Christlich-Soziale Demokraten spreche. Er sagte, daß man nur noch in Washington an die alte Forderung nach sofortigen, freien, ganz Deutschland umfassenden Wahlen glaube, daß aber die westdeutsche Regierung zuviel Furcht habe, dies zuzugeben.

Er wiederholte seine Behauptung, die kürzlich in den Bonner Taubenschlägen so viel Aufsehen erregt hatte, daß ein Minister der westdeutschen Bundesregierung zu geheimen Besprechungen nach Ost-Berlin über den Plan einer Konföderation zwischen den beiden Teilen Deutschlands gegangen ist. Er sagte, er kenne den Namen dieses Ministers nicht, aber Dr. Adenauer kenne ihn.

Er war sicher, Rußland sowohl als Ostdeutschland wünschen die Wiedervereinigung, aber es müßte sich ein Vorgang ergeben, bei dem die freien Wahlen am Ende davon stattfinden würden. Die ostdeutsche Regierung bestünde nicht auf diplomatische Anerkennung, denn, wenn der Vorgang einmal begonnen hätte, würde es nicht lange dauern, bis beide Regierungen in Ost- und Westdeutschland aufgehört hätten zu bestehen. Die Argumente des Professors, abgestrichen einige wortreiche Auswüchse, die den Sympathien für ihn nur abträglich sein könnten, enthalten vieles, was auf derselben Linie liegt, die im privaten Denken in Bonn erwogen wird. Er hat recht, wenn er sagt, daß niemand mehr an die Möglichkeit sofortiger, freier, gesamtdeutscher Wahlen glaubt, und Herr von Brentano hat sich kürzlich in Berlin ganz ähnlich geäußert. Er hat ebenfalls recht, wenn er sagt, daß die Menschen in zunehmendem Maße mehr und mehr ungeduldig werden angesichts der Fiktion, daß die ostdeutsche Regierung nicht existent sei. Selbst jene Menschen, die überzeugt sind, daß das russische Beharren auf innerdeutschen Verhandlungen ein Bluff sei, neigen dazu, daß wenig verloren wäre, eine Probe aufs Exempel zu machen. Prof. Hagemann mag sich als ein Prophet erweisen, aber wie die meisten Propheten wird er einige Zeit warten müssen, bevor er gerechtfertigt ist.

Ungeist gestern ... und morgen?

Aus der Rede von Professor Helmut Gollwitzer für die Opfer des Nationalsozialismus im Berliner Schiller-Theater am 9. November 1958.

Die Herrschaft von Ungeist und Mord kam nicht von ungefähr. Ihre Wurzeln reichen auch in das hinein, was die Pfarrer, die von ihr getroffen wurden, früher gepredigt oder nicht gepredigt hatten, was die Schriftsteller, deren Bücher dann verbrannt wurden, in manchen dieser Bücher geschrieben hatten, auch in das, was auf unseren Bühnen gespielt worden war, und auch in die Art, wie an unseren Universitäten Wissenschaft getrieben und gelehrt worden war. „Da ist keiner, der unschuldig wäre, auch nicht einer", wird man auch hier mit dem Apostel Paulus sagen müssen.

Die rätselhafte Sorglosigkeit, mit der heute viele der Anhäufung von Atombombenvorräten, nun auch in unserem gespaltenen Lande, zusehen, als bestände Sicherheit, daß sich dies nie über unseren Köpfen entladen wird, ist ja nur ein Symptom der allgemeinen Sorglosigkeit; alle die Unterlassungen in der Gestaltung unseres sozialen und individuellen Lebens, in der Reform von Schule und Universität und Parteileben, deren wir uns heute schuldig machen, würden sich nie rächen, alle die verwüstenden Anleitungen zur Verachtung des Lebens und des Mitmenschen, die in Filmen wie in wissenschaftlichen Theorien verbreitet werden, würden garantiert nie ernst genommen und nie praktiziert werden. Sie sind so furchtbar praktiziert worden, daß es uns schlechthin verboten ist, weiter mit ihnen zu spielen.

Nietzsche hat einmal notiert: „Das allgemeinste Zeichen unserer Zeit: der Mensch hat in seinen eigenen Augen unglaublich an Würde eingebüßt." Würde des Menschen — das ist nicht gespreizte Selbstverherrlichung, sondern das Gegenteil davon. Das ist, christlich gesprochen, die Demut des Menschen unter Gott, die Ehrfurcht vor jedem Geschöpf, die Anerkennung des Rechtes des anderen, der ebenso Kind Gottes ist wie ich und darum mein Bruder. Es ist der ewige Sinn jedes Menschenlebens.

Judenverfolgung, Vernichtung der Geisteskranken und die Art der Kriegführung mit Massenvernichtungsmitteln, auf die man sich heute rüstet, sind der hervorstechendste Ausdruck der Menschenverachtung in unserer Zeit. Es ist nichts vergangen von dem, was geschehen ist.

Die Vergebung, unter der wir heute leben und uns der Erde freuen dürfen, auch Theaterspielen und nun auch als Überlebende mit Trauer der toten Opfer der bösen Zeit gedenken dürfen, verpflichtet uns, auf dem Posten zu sein und das Unsere an unserer Stelle zu tun, damit den früheren Opfern nicht neue hinzugefügt werden, damit Menschen mit Menschen in Freiheit und Achtung leben können.

Tunis warnt den Westen

Staatspräsident Bourguiba sagte am 12. 11. 58 in einer Rundfunkrede:

„Ganz Afrika steht auf dem Spiel, wenn der westliche Imperialismus andauert. Das kann eine Frage für den ganzen Westen werden. Es wird immer schwerer für die, die mit dem Westen gehen wollen ... Die Völker Nordafrikas beobachten vor allem, was sich auch weiterhin in Algerien abspielt ... Die Politik des tunesischen Staates gegenüber dem Westen hat sich geändert. Die Lage hat uns gezwungen, Kontakt mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Finnland aufzunehmen, damit wir die Waffen kaufen können, die wir dringend brauchen. Der Westen sollte unsere Situation verstehen und seine Haltung ändern, bevor es zu spät ist."

Ergebnisse der jüngsten Rußlandfahrt Walter Lippmans

Entscheidung fällt in Asien — Chruschtschows Auffassung vom Status quo — Besorgnisse um einen atomaren Amoklauf der NATO

In den letzten beiden Oktober-Wochen waren Walter Lippman und seine Frau in der Sowjetunion, und zwar die meiste Zeit in Moskau. Der bekannte amerikanische Jour-

nalist führte dabei eine große Anzahl von Gesprächen mit führenden Politikern der Sowjetunion und insbesondere auch mit Chruschtschow. Einzelne Ausschnitte aus den Ergebnissen dieser Gespräche dürften auch auf weitere Sicht von Bedeutung sein. (Die Berichte werden zitiert nach ihrer Wiedergabe in der Zeitung „Die Welt", Hamburg, vom 12. bis 15. November d. J.)

Ich bin mit der Überzeugung nach Hause gekommen, daß der Griff der Russen und Chinesen nach der Führung Asiens und Afrikas das wahre Problem ist. Wenn wir dieser Herausforderung mit einigem Erfolg begegnen wollen, dann müssen wir meiner Meinung nach die Vorstellung aufgeben, die russische oder chinesische Revolution könnten rückgängig gemacht werden, oder man könne die Ausbreitung des Kommunismus in den umliegenden Ländern eindämmen, indem man den örtlichen Militärbefehlshabern Waffen gibt und eigene Stützpunkte errichtet.

Was uns not tut, ist eine Überprüfung unserer eigenen Angewohnheiten und Vorstellungen. Wir müssen es lernen, gerüstet zu bleiben, ohne uns in einen Veitstanz der Drohungen und der Furcht hineinzusteigern. Das ist für eine Demokratie nicht leicht, aber es ist notwendig, und wenn die Führer der öffentlichen Meinung den Grund für diese Notwendigkeit einmal verstanden haben, läßt es sich auch erreichen.

Wir müssen es auch lernen, Freunde zu erwerben, ohne von ihnen zu verlangen, unsere militärischen Verbündeten zu werden. Das läßt sich nur dann erreichen, wenn man sie darin ermutigt, den neutralen Kurs weiterzuverfolgen, zu dem ihnen ihr Instinkt rät. Die Politik der Militärbündnisse zur Eindämmung und zum Zurückdrängen der kommunistischen Revolution ist nicht nur außerstande, erfolgreich zu arbeiten. Ihre Wirkung besteht auch darin, den Antagonismus der Volksmassen zu wecken und so die Expansion des Kommunismus zu fördern.

Ich bin zu der Überzeugung gelangt, daß Amerika die Politik der Auslandshilfe überprüfen und revidieren muß. So, wie die Auslandshilfe jetzt praktiziert wird, darf man sie einfach ein Programm der Subventionierung von Regierungen nennen, die vom Anschwellen des Kommunismus in ihrem eigenen Volk bedroht sind. Ohne sagen zu wollen, daß alle oder auch nur einige dieser Subventionen gesperrt werden sollten, möchte ich doch behaupten, daß wir der sowjetischen Herausforderung nicht begegnen können, wenn wir nicht endlich aufhören, die unterentwickelten Nationen lediglich als militärische Bollwerke und Bastionen zu betrachten. Wir müssen uns ein anderes, ein neues Ziel in der nicht gebundenen Welt setzen.

Die Kommunisten breiten sich in Asien aus, weil sie einen Weg weisen — offensichtlich den zur Zeit einzig gangbaren Weg —, auf dem ein rückständiges Volk schnell zu größerer Macht und zu einem besseren Lebensstandard gelangen kann. Nur eine Demonstration durch die nichtkommunistischen Völker, daß es einen anderen und humaneren Weg gibt, die jahrhundertealte Armut und Schwäche der asiatischen Völker zu überwinden, kann diese Entwicklung aufhalten.

Überdies besitzt Indien die notwendige Struktur — einschließlich eines Beamtentums mit guter Tradition —, und das ist etwas, was es in gleichem Maße anderswo in Asien nicht gibt, ausgenommen nur Japan.

Der zwingende Grund aber, den Beweis in Indien zu führen, ist meiner Überzeugung nach die Tatsache, daß das geistige Erbe, dessen großer Lehrer G a n d h i war, unter allen Ideologien der Welt diejenige ist, die sich von der des Leninismus am radikalsten unterscheidet.

*

Wie hat sich C h r u s c h t s c h o w s Vorstellung vom Status quo, die für ihn so wichtig ist, in unseren Gesprächen dargestellt?

Der einfachere Teil seiner Konzeption ist, daß keine Grenzveränderungen durch militärische Gewalt herbeigeführt werden sollten. Er erläuterte das, indem er sagte, in den Fällen Chinas und Vietnams seien die Streitfragen zwischen den beiden Teilen des Landes interner und „ziviler" Natur — und könnten deshalb nicht als internationale Fragen behandelt werden. Im Falle der beiden Teile Deutschlands und der beiden Teile Koreas sollten Grenzveränderungen — vermutlich durch Vereinigung der beiden Teile — nur auf dem Wege „gegenseitiger Zustimmung" stattfinden.

Für ihn ist die soziale und wirtschaftliche Revolution, die jetzt in Rußland, China und anderswo in Asien und Afrika im Gange ist, der Status quo, und er wünscht, daß wir sie als solchen anerkennen. Für ihn ist jede Opposition zu dieser Revolution ein Versuch, den Status quo zu verändern. Während wir, der Westen, unter Status quo die Situation verstehen, wie sie im Augenblick besteht, versteht er darunter den im Gange befindlichen Prozeß revolutionärer Veränderung.

Es gibt einen weiteren sehr wichtigen Blickwinkel seiner Vorstellung des Status quo. Er hat mit dem militärischen Kräftegleichgewicht zu tun.

Nach dem zu urteilen, was er gesagt hat und was ungesagt in seinen Worten enthalten war, würde ich seine Ansicht von dem bestehenden militärischen Kräftegleichgewicht wie folgt beschreiben: Ich bin ziemlich sicher, daß sie auf der Grundlage seiner Zuversicht beruht, daß die Sowjetunion die ferngelenkten Geschosse für mittlere und kurze Reichweiten so weit gemeistert hat, daß sie mit ihnen Deutschland und Westeuropa, die Türkei und Persien beherrschend abdecken kann. Ich weiß natürlich nicht, ob sein zuversichtliches Vertrauen zu diesen Ferngeschossen berechtigt ist. Aber es besteht kein Zweifel daran, daß er in seinem Denken von ihrer Existenz ausgeht, und daß sie jetzt, wie man sagt, zu einem beherrschend wichtigen Instrument der sowjetischen Außenpolitik geworden sind.

Andererseits deutete nichts in seinen Worten darauf hin, daß die UdSSR seiner Meinung nach die Geschosse großer Reichweite besitzt, die das bestehende militärische Gleichgewicht mit den Vereinigten Staaten gebrochen haben oder dabei sind, es zu brechen. Mit anderen Worten: Seine Vorstellung von Rußlands militärischer Lage in Beziehung auf die Vereinigten Staaten besteht darin, daß keins der beiden Länder das andere in einem direkten Konflikt besiegen kann, daß aber die vorgeschobenen amerikanischen Stützpunkte, besonders in Deutschland und in der Türkei, wegen der Entwicklung der Rakete nicht mehr zu verteidigen sind.

Was aber veranlaßt ihn, zu glauben, die Nato-Mächte könnten die Sowjetunion angreifen? Seine Antwort darauf lautet — wenn ich sie in meine eigenen Worte fassen darf —, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich ihre Zuflucht zum heißen Krieg nehmen werden, wenn sie feststellen, daß sie den kalten Krieg verlieren.

Gesagt hat er das nicht, aber nach den interessanten Dingen, die er über die amerikanische Furcht vor dem Kommunismus und den amerikanischen Kommunistenhaß sagte, gewann ich den Eindruck, daß er das gemeint habe.

Der Kommunismus, sagte er, ist in der Tat als Ideologie und als Doktrin eine große Gefahr für Sie, aber er ist keine Gefahr für Sie als eine militärische Politik der sowjetischen Regierung. Die Kommunisten wollen nicht ihr eigenes Blut und das Blut anderer vergießen, um ihre Grenzen zu erweitern. Und jedes Land soll sich innerhalb seiner eigenen Grenzen gegen den Kommunismus verteidigen, wenn es das für gut und richtig hält.

Pablo Casals: Schluß mit den Kernwaffenversuchen!

Der berühmte spanische Cellist Pablo Casals hat am „Tag der Vereinten Nationen" bei einem Konzert im Gebäude der UN gespielt. Er gab dabei eine Erklärung ab, warum er diese bis dahin immer wieder abgeschlagene Einladung angenommen habe. Casals, der vor dem faschistischen Franco-Regime emigrierte und in Frankreich im Exil lebt, hat sich lange Jahre geweigert, vor den „Großen dieser Welt" zu spielen, und trat nur auf Wohltätigkeitsveranstaltungen auf. Als er nun doch eine „offizielle Einladung" annahm, sagte er dazu, daß er glücklich sei, nun aus diesem Anlaß und bei dieser ihn ehrenden Gelegenheit zu allen Völkern der Welt zu sprechen über eine Frage, die uns alle beschäftige. Casals sagte unter anderem:

„Wenn ich in diesem Augenblick meines Lebens zu euch gekommen bin, so ist es gewiß nicht, weil ich meine moralische Haltung und die Beschränkungen, die ich mir seit langem als Mensch und als Künstler auferlegt habe, im geringsten geändert hätte. Ich komme deswegen, weil alle diese Überlegungen zweitrangig gegenüber einer großen Gefahr geworden sind ..."

„Die Angst, hervorgerufen in der Welt durch die Fortsetzung der Kernwaffenexperimente, wächst von Tag zu Tag. Alle Menschen wissen, welche schrecklichen Erlebnisse und welche grausamen Folgen ein atomarer Krieg haben würde."

„Er führte nicht nur zu unwiderruflichen materiellen Zerstörungen, sondern auch zum geistigen und moralischen Verfall des Menschengeschlechtes. Mit allen meinen Kräften wünsche ich, daß eine gewaltige Bewegung des Protestes in allen Ländern entsteht — besonders unter den Müttern — und daß sie diejenigen beeindruckt, die die Macht besitzen, diese Katastrophe zu verhindern. Alle Kernwaffenversuche müssen aufhören! Von ganzem Herzen hoffe ich, daß die Verhandlungen in einer baldigen Zukunft zu einem Abschluß führen, welcher diesen Versuchsstop möglich macht ..."

Volksbefragung gegen Atomrüstung in Hamburg

Der „Jugendausschuß gegen Atomtod", Hamburg-Eimsbüttel, führte am Sonntag, 9. 11., eine private Volksbefragung zur atomaren Aufrüstung durch. Durch Mitglieder der im Jugendausschuß zusammenarbeitenden Jugendorganisationen wurden 1530 Einwohner in 92 Häusern der Lutterothstraße im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel befragt. Bei der Abstimmung sprachen sich 96 Prozent dieser Hamburger Bürger gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen aus. Die Befragung erfolgte durch Stimmzettel, auf denen drei Fragen vorgelegt wurden und die durch Ankreuzen in einem Kreis mit „Ja" oder „Nein" beantwortet werden konnten. Die Fragen hatten den gleichen Text wie die bei der in Hamburg vorgesehenen, aber dann durch das Bundesverfassungsgericht für „verfassungswidrig" erklärten Volksbefragung. Sie lauteten — und wir fügen immer gleich das Abstimmungsergebnis bei —:

1. Sind Sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen?
   Nein: 1470 = 96,08 Prozent
   Ja: 38 = 2,48 Prozent
   Enthaltg.: 11 = 0,72 Prozent
   Ungültig: 11 = 0,72 Prozent
2. Sind Sie für eine Lagerung von Atomwaffen im Gebiet der Bundesrepublik?
   Nein: 1464 = 95,69 Prozent
   Ja: 24 = 1,57 Prozent
   Enthaltg.: 29 = 1,89 Prozent
   Ungültig: 13 = 0,85 Prozent
3. Sind Sie für die Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?
   Nein: 1462 = 95,56 Prozent
   Ja: 25 = 1,63 Prozent
   Enthaltg.: 33 = 2,16 Prozent
   Ungültig: 10 = 0,65 Prozent

Die Aktion wurde äußerst gewissenhaft durchgeführt. Die Auszählung der Stimmen fand unter Anwesenheit von Pressevertretern und Beamten der politischen Abteilung der Kriminalpolizei Hamburg statt.

Nicht nur in Los Angeles ...

Radioaktivität über Amerika und Europa

Was ist in Los Angeles geschehen? Länger als eine Woche hatte die Radiation, die von der Wüste in Nevada ausging, wo Atombombenteste abgehalten wurden, sich über Los Angeles gesteigert. Das Klima enthält in normalen Zeiten etwa ein Prozent des Strahlungsmaximums, das für die menschliche Gesundheit als zuträglich erachtet wird.

Die Strahlung stieg in einer Periode von zehn Tagen von zehn auf dreißig Prozent dieses Maximums. Dann plötzlich, in einer 24-Stunden-Periode bis zum Morgen des 30. Oktober, schoß sie nach Ansicht örtlicher Behörden zwanzig Prozent über dieses Maximum

hinaus, nach kühleren Berechnungen wurden jedoch „nur" 92 Prozent des erlaubten Maximums erreicht.

Im Oktober ist die künstliche Radioaktivität der Luft über der Bundesrepublik und Berlin wieder gestiegen. Die Meßstellen berichten übereinstimmend, daß die Werte jedoch nicht über 20 Prozent der gesamten Radioaktivität der Luft betragen haben.

Bedeutsamer als die Aktivität der Luft ist jedoch die Aktivität der Niederschläge und des Bodens. In Zisternen hat man in Westdeutschland zum Teil schon Aktivitäten gemessen, die von den Wissenschaftlern in ihrem letzten, dem Atomministerium übermittelten Bericht als sehr bedenklich bezeichnet worden sind.

„Die Welt" am 5. November 1958

US-Senator Mansfield (Demokrat) für innerdeutsche Gespräche

Die Demokratische Partei der USA würde im Falle einer neuen Berlin-Krise hinter der Regierung Eisenhower stehen. Das eingefrorene Deutschlandproblem könnte durch Kontakte von Mensch zu Mensch aufgetaut werden, z. B. durch Gespräche zwischen Gewerkschaftsvertretern und Angehörigen anderer Organisationen. Die USA könnten möglicherweise auch die vom polnischen Außenminister Rapacki vorgeschlagene Neutralisierung Mitteleuropas in Erwägung ziehen.

(Aus einer Rede in New York am 15. November 1958)

Träger des geistigen Lebens von Asien und Afrika fanden sich auf dem Asiatisch-afrikanischen Schriftsteller-Kongreß in Taschkent vom 7. bis 13. Oktober

Der Kongreß fand unter Beteiligung von Wissenschaftlern und Schriftstellern aus 40 Ländern Asiens und Afrikas und Gästen aus 12 Ländern Europas und Amerikas statt. In der feierlichen Schlußsitzung wurde einstimmig ein Appell an die geistigen Menschen der ganzen Welt beschlossen:

„Wir kämpfen gemeinsam mit unseren Völkern in aller Entschiedenheit gegen den Kolonialismus und die Atomkriegsgefahr, für Frieden, Einheit und Freundschaft. Wir wollen unsere kulturellen Verbindungen mit allen Ländern der Welt, auch mit den Staaten des Westens festigen. Wir lehnen die Scheidung der Kulturen in höhere und niedere, in östliche und westliche ab.

Wir versammelten uns in Taschkent, beseelt von der Zuversicht in die Zukunft unserer Völker und unserer Literaturen. Uns einte die Überzeugung, daß die Literatur unlöslich mit den Geschicken unserer Völker verbunden ist, daß die Beseitigung des Kolonialismus und des Rassenwahns Voraussetzung für die volle Entfaltung des literarischen Schaffens ist. Wir sind die Träger des wiederauflebenden Geistes der 1½ Milliarden Menschen, die die Erben der ältesten Zivilisationen und Kulturen sind.

Die Entwicklung dieser großen Zivilisationen wurde durch die erbarmungslose Ausbeutung, durch Sklaverei und Kolonialismus abgebrochen. Nichts vermochte aber die Wissenschaft und Kultur der Völker Asiens und Afrikas auszumerzen. Die schönsten Gedichte und Lieder unserer Zeit sind durchdrungen vom Kampfgeist dieser Völker und deren Entschlossenheit, sich der Fremdherrschaft zu widersetzen."

Der Kongreß setzte ein ständiges Büro der Schriftsteller Asiens und Afrikas ein, durch das ein nächstes Meeting für 1960 in Kairo vorbereitet werden soll.

Erklärung von Prof. Mikado Utoyama zur „Osnabrücker Krankheit"

Der in Japan sehr bekannte und geschätzte 66jährige Atomforscher und Physiker stellt fest:

Die rätselhaften Röteln, auch Osnabrücker Krankheit genannt, für die Europäer eine neuartige Krankheit, sind den japanischen Wissenschaftlern seit langem bekannt, sie

traten zuerst unmittelbar nach dem Abwurf der beiden amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945 in ganz Japan auf. Wer nicht zu den bedauernswerten Todesopfern der Atombombe gehörte, erkrankte wenig später für vierzehn Tage bis drei Wochen an den gleichen Pusteln und Röteln, die jetzt, von Juckreiz begleitet, in Europa ein medizinisches Rätsel aufzugeben scheinen. Ich wies damals nachdrücklich auf die atomaren Ursachen dieser nur scheinbar harmlosen Krankheit hin. Die japanischen Gesundheitsbehörden stellten die Untersuchungen jedoch ein, als die Epidemie bald wieder abklang. Mit dem Spezialisten für Strahlungskrankheiten, Dr. Uminoto, bin ich mir jedoch darin einig, daß diese Seuche unter Umständen ein Vorbote gefährlicherer Krankheitserscheinungen sein könnte.

Rapacki in Oslo

Auf Einladung der Norwegischen Regierung weilte der polnische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Adam Rapacki, vom 27. bis 31. Oktober 1958 in Oslo. Er wurde von seinem Staatssekretär, Generaldirektor Przemyslaw Ogrodzinski, und anderen Mitarbeitern seines Ministeriums begleitet. Rapacki führte Verhandlungen mit dem Norwegischen Außenminister Halvard Lange und hielt einen Vortrag vor der norwegischen Studentenschaft. Nach seiner Rückkehr präzisierte er das Ergebnis des Besuches am 4. November 1958 in Warschau auf einer Pressekonferenz.

Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués über die Besprechungen in Oslo

Auf Einladung der norwegischen Regierung weilte in der Zeit vom 27. bis 31. Oktober 1958 der polnische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Adam Rapacki, zu einem offiziellen Besuch in Oslo. Während seines Aufenthaltes führte Minister Rapacki mit dem norwegischen Außenminister, Herrn Halvard Lange, Besprechungen über eine Reihe von Themen, die für beide Länder von Interesse sind. Von polnischer Seite nahm an den Besprechungen teil: der Botschafter der Volksrepublik Polen in Oslo, Albert Morski, der Generaldirektor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Przemyslaw Ogrodzinski, sowie Botschafter Henryk Birecki, Departements-Direktor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; von norwegischer Seite: Botschafter Lavitz Groenvold, der Generalsekretär des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, J. G. Raeder, der Direktor des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Frithjof Jacobsen, Abteilungsleiter Ole Aalgaard und andere Vertreter des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten.

Beide Minister tauschten ihre Meinung über internationale Probleme aus sowie über Fragen, die die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffen. Die Besprechungen beider Minister ergaben, daß trotz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Polen und Norwegen bedeutende Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit beider Länder gegeben sind, die für ihre zweiseitigen Beziehungen wie auch für die Sache des Friedens und eine Besserung der internationalen Lage nützlich sind.

Beide Minister erörterten vor allem die Möglichkeiten für eine Minderung der Spannungen in Europa, was beide Seiten als wichtige Aufgabe der gegenwärtigen Situation betrachten. Die Besprechungen haben zu einem besseren gegenseitigen Verstehen beider Regierungen geführt und schufen bessere Grundlagen für weitere Kontakte, die fortzusetzen beschlossen wurde.

Beide Minister stellten fest, daß sich die Beziehungen zwischen Polen und Norwegen günstig entwickeln und daß es das feste Bestreben beider Seiten sei, diese Beziehungen weiter zu vertiefen.

Sie vereinbarten ferner, mit Besprechungen über den Abschluß eines Kulturabkommens zu beginnen, so wie daß ein solches Abkommen die Grundlage für die Entwicklung kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen darstellen wird. Außerdem sollen Experten dieser Gebiete beider Länder demnächst in Warschau zusammentreffen.

Beide Minister vereinbarten weiter, daß Wirtschaftsexperten beider Länder Anfang 1959 in Oslo zusammenkommen sollen, um die Wege zu einer Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erörtern.

Der norwegische Außenminister, Herr Lange, nahm eine Einladung des polnischen Außenministers Rapacki zu einem Gegenbesuch in Polen im Jahre 1959 an.

Oslo, den 30. Oktober 1958

Aus dem Vortrag des Ministers Rapacki vor dem Verband der norwegischen Studentenschaft in Oslo am 31. Oktober 1958

Wir Polen messen einem internationalen Gedankenaustausch und konstruktiven Diskussionen große Bedeutung bei. Nicht weil wir etwa glauben, daß sich durch Diskussionen alle Differenzen aus dem Wege räumen lassen, die heute die Welt spalten. Es gibt Differenzen, die nur durch das Leben selbst und seine Gesetze beigelegt werden können. Wichtiger als alles andere ist jedoch heute, daß man trotz dieser Differenzen in Frieden lebt und zusammen lebt. Ein Problem, über das man unbedingt sprechen und diskutieren muß, dessen Lösung man ungeachtet aller Unterschiede suchen muß.

Minister Rapacki erinnerte an die Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege zur Herbeiführung eines Abkommens in der Abrüstungsfrage auftürmen, und erklärte sodann:

Wir können nicht jenen zustimmen, die aus diesem Umstand die Schlußfolgerung ableiten, daß, wenn man nicht alles auf einmal erreichen könne, nichts erreicht werden kann.

Noch werden Zweifel laut, ob kleine Staaten, wie beispielsweise Polen und Norwegen, bei den Bemühungen um Entspannung in der internationalen Lage tatsächlich irgendeine Rolle spielen können. Indes beobachten wir, diesen Bedenken zum Trotz, eine wachsende Aktivität und Initiative der kleineren Staaten auf diesem Gebiet, z. B. gerade Norwegens und Polens. Die Rolle dieser Staaten beschränkt sich nicht nur auf das Unterbreiten von Vorschlägen. Ihr Hauptdienst, den sie der Sache eines dauerhaften Friedens leisten können, ist, daß sie in der Praxis eine friedliche, konstruktive Koexistenz entwickeln. Zu diesem Zwecke können sie, ohne ihre Bedürfnisse und die aus ihnen resultierenden Verpflichtungen zu verletzen, ihre wirtschaftlichen Kontakte, Traditionen und kulturellen Bindungen ausnutzen, alles, was sie mit den anderen Ländern zu verbinden vermag.

Bei der Charakterisierung der politischen Situation Polens in der internationalen Arena stellte Minister Rapacki fest:

Sicherheitsrücksichten haben dazu geführt, daß unsere Bindungen mit den anderen sozialistischen Ländern, durch unsere lebensnotwendigen nationalen und sozialen Interessen diktiert, gegenwärtig auch die Form eines Militärabkommens angenommen haben. Wie die anderen Teilnehmer dieses Blocks auch, wünschen wir, daß die Gegebenheiten es so bald wie möglich erlauben würden, die Militärblocks durch ein System der kollektiven Sicherheit zu ersetzen.

Das Verhältnis zu Deutschland war und ist eines der Hauptanliegen unserer Politik. Wir möchten es endlich nach den Prinzipien der Sicherheit und der guten Zusammenarbeit einrichten. Das geschah bereits vollauf in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik, mit der wir enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir möchten, daß sie sich genau so mit dem ganzen deutschen Volk gestalten. Wir glauben, daß dies notwendig sei, nicht nur für uns, sondern auch für das deutsche Volk. Wir glauben daran, daß es auch in Westdeutschland Kräfte gibt, die ähnlich denken. Leider sind nicht sie tonangebend; die Politik der Remilitarisierung hingegen, der Atomrüstung und der territorialen Forderungen gegenüber anderen Staaten, eine Politik, die sich der Unterstützung von außerhalb erfreut, ermuntert und festigt die militaristischen und revanchistischen Kräfte in Westdeutschland und ihren Einfluß auf die Entwicklung der Lage in Westeuropa. Die Maßnahmen mit dem Ziel, die westdeutsche Armee mit Atomwaffen auszurüsten, sind eine ernste Bedrohung der Sicherheit Polens und, unserer Meinung nach, auch ganz Europas. Sie können in Europa eine neue Lage schaffen, die Spannungen verstärken und die Spaltung Europas in gegeneinandergerichtete Blocks vertiefen ...

Das, was wir an der Haltung der norwegischen Regierung so schätzen, ist die Tatsache, daß sie in eine konstruktive Diskussion getreten ist. Gegenwärtig sind wir, indem wir

unserer Meinung nach einem maximalen Beweis des guten Willens liefern, bereit, den von unseren Diskussionspartnern vertretenen Ansichten noch weiter entgegenzukommen.

Am häufigsten und eindringlichsten wurde gegen die Konzeption einer atomwaffenfreien Zone das Argument ins Feld geführt, sie beraube angeblich die Nato der atomaren Verteidigungsmöglichkeit und gebe ihre Mitglieder der Übermacht der konventionellen Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages in diesem Raum preis. Wir wollen uns nicht in eine meritorische Wertbeurteilung dieses Arguments einlassen. Wir teilen diese Denkweise, die im Grunde genommen die Massenvernichtungsmittel billigt, nicht. Statt dessen erachteten wir stets eine Reduzierung der klassischen Rüstung in Mitteleuropa als ein dringendst gebotenes Anliegen. Wenn wir uns mit einem enger gefaßten Vorschlag begnügt haben, dann nur deshalb, weil ältere Konzeptionen für eine allgemeine Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

Wenn — falls eine Diskussion das ergeben sollte — die Situation eine Änderung erfahren hat, dann sind wir bereit, eine Verflechtung der atomaren Abrüstung in Mitteleuropa mit einer vereinbarten Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in dieser Zone zu erörtern. Unter einer Bedingung allerdings: diese Koppelung darf nicht dazu führen, daß konkrete Entscheidungen hinausgezögert und mittlerweile die atomaren Rüstungen auf weitere Armeen ausgedehnt werden, was schnellstmöglichst zu verhindern wäre. Das müßte die erste Etappe der Verwirklichung einer atomfreien Zone und einer Reduzierung der konventionellen Rüstungen sein.

Es wurde gesagt, die Entatomisierung einer bestimmten Zone werde sie nicht vor einem Atomangriff von außen bewahren. Wir haben diese Objektionen in unserem Memorandum vom 14. Februar d. J. in Betracht gezogen. In ihrer Antwort auf das Memorandum der polnischen Regierung hat sich die Sowjetunion bereit gefunden, eine derartige Verpflichtung zu übernehmen, sofern die Regierungen der Westmächte dasselbe tun. Eine solche Verpflichtung ist übrigens durchaus logisch, weil nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone naturgemäß auch das grundlegende und unmittelbare strategische Interesse an einem Angreifen dieser Zone mit Kernwaffen erlischt. Im Falle des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges würde sich natürlich der Hauptschlag gegen den Raum richten, in dem sich die Atomanlagen des Gegners befinden, und nicht gegen den Raum, in dem es diese nicht gibt.

Gehen wir zur Deutschlandfrage über. Man sagt, eine Entatomisierung Mitteleuropas würde angeblich die Spaltung Deutschlands verewigen — als trügen Atomrüstungen in diesem Teil Europas zu seiner Wiedervereinigung bei. Wir geben zu, daß der polnische Vorschlag keineswegs Anspruch darauf erhebt, das Deutschlandproblem zu lösen, aber andererseits kann er auch nicht im mindesten die Regelung dieses Problems erschweren oder verzögern. Über diese Frage möchte ich in aller Offenheit reden.

In Polen gibt es viele Befürchtungen hinsichtlich einer Wiedervereinigung Deutschlands. In vielen anderen Ländern gibt es diese ja in weit größerem Maße, als das aus den zahlreichen offiziellen Erklärungen hervorging. Wir vertreten jedoch die Auffassung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands als ein zutiefst friedliebender Staat eine Voraussetzung für die völlige Normalisierung der Verhältnisse in Europa ist. Wir sind einverstanden, daß dies eine Sache der Deutschen selbst ist, wir verzichten aber nicht und können auch nicht auf das Stimmrecht in Fragen verzichten, die unmittelbar unsere Sicherheit berühren. Ich glaube, diesen unseren Gesichtspunkt werden alle jene begreifen, die in diesem oder jenem Maße unter ähnlichen historischen Erfahrungen zu leiden hatten wie wir.

Ich spreche über die in Europa vorhandenen Befürchtungen in der Wiedervereinigungsfrage Deutschlands, weil, betrachtet man die Sache realistisch, die Wiedervereinigung Deutschlands so lange auf beträchtliche Hindernisse stoßen wird, wie die gegenwärtige Spannung in den internationalen Beziehungen andauern und Deutschland eine so große militärische Bedeutung in Europa haben wird.

Unser Vorschlag zielt also darauf ab, die Spannungen in der Welt zu mindern und die militärische Bedeutung der gesamten von uns vorgeschlagenen Zone in Europa zu reduzieren. Das wäre dann ein Schritt, der wirkungsvoller als jegliche Deklarationen dazu beitrüge, die in den Ländern Europas vorhandenen Befürchtungen und Bedenken in der Deutschlandfrage zu vermindern.

Erklärung Minister Rapackis auf der Pressekonferenz in Warschau am 4. November 1958

In den vergangenen Monaten haben wir wiederholt betont, daß die Regierung der Volksrepublik Polen die Diskussion über ihren Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nicht als abgeschlossen betrachtet und diesen Vorschlag voll aufrecht erhält. Unser Standpunkt entspringt der tiefen Überzeugung, daß es notwendig ist, auf dem Wege zur Minderung der Spannungen, zur Abrüstung und Erhöhung der Sicherheit in Europa nach realistischen Lösungen zu suchen. Diese Notwendigkeit hat u. a. im ganzen Verlauf der Diskussion über unsere Initiative, in der positiven Haltung breiter und sehr unterschiedlicher Kreise der Welt — und insbesondere der europäischen Öffentlichkeit ihre Bestätigung gefunden. Wir haben mehr als einmal den Beweis erbracht, daß wir sachliche Argumente in Betracht zu ziehen vermögen, ja sogar von unseren abweichende Anschauungen bzw. subjektive Schwierigkeiten dieser oder jener interessierten Stelle. Ich erinnere hier an unser Memorandum vom 14. Februar d. J., in dem wir eine Reihe derartiger Elemente berücksichtigt hatten. In diesem Memorandum entwickelten wir auch die Grundsätze eines umfassenden Kontrollsystems zur Verwirklichung der von uns vorgeschlagenen Verpflichtungen. Wir haben jüngst andere Argumente und Befürchtungen, die im Laufe der Diskussion auftauchten, erörtert.

Wir sind bereit, im Einvernehmen mit unseren Verbündeten einen weiteren — unserer Ansicht nach weitestgehenden — Schritt zu tun, um die wichtigsten Einwände und Vorbehalte zu berücksichtigen, die im Zusammenhang mit unserem Plan erhoben wurden.

Wir sind nämlich bereit, die Verwirklichung unseres Planes in zwei Etappen zu erwägen:

In der ersten Etappe würde ein Produktionsverbot für Kernwaffen für die Gebiete Polen, Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik erklärt und auch die Verpflichtung übernommen, von der Ausrüstung jener Armeen mit Kernwaffen, die sie bis heute nicht besitzen, und dem Bau der entsprechenden Einrichtungen für sie abzusehen. Gleichzeitig würden entsprechende Kontrollmaßnahmen eingeführt. Dies würde deshalb, so kann man sagen, das Einfrieren der Kernrüstung in der vorgeschlagenen Zone bedeuten.

Der Verwirklichung der zweiten Etappe würde eine Aussprache über die entsprechende Verminderung der herkömmlichen Streitkräfte vorausgehen. Eine solche Verminderung würde gleichzeitig mit der vollständigen Ent-Atomisierung der Zone durchgeführt werden und würde ebenfalls von entsprechenden Kontrollmaßnahmen begleitet sein.

Eine solche Modifizierung des Weges der Verwirklichung der atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa mag nicht alle bisherigen Opponenten unserer Initiative befriedigen. Insbesondere jene nicht, für die das Rüstungswettrennen und die Ausrüstung Westdeutschlands mit Kernwaffen Kernstücke ihrer politischen Konzeption sind.

Die genannte Modifizierung hingegen entspräche den Vorstellungen, die sich aus den Stellungnahmen vieler westlicher Politiker ergeben, welche in Verbindung mit unserer Initiative das Wort ergriffen haben. Sie dürfte die grundsätzlichen Befürchtungen zerstreuen, mit denen man vor allem die ablehnende Haltung zum polnischen Vorschlag zu begründen suchte, vor einer Verlagerung des bestehenden militärischen Gleichgewichts zwischen den Gruppierungen in Europa, vor einer Schwächung der Verteidigungskraft des Westens, vor einem Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa usw. — ganz abgesehen davon, ob diese Befürchtungen zu recht bestehen oder nicht. Alle diese Einwände wurden mit einem Hauptargument gestützt: „Das Verbot der Herstellung und des Besitzes von Kernwaffen in Mitteleuropa würde den Nato-Truppen angesichts der Überlegenheit der Streitkräfte des Warschauer Paktes bei den konventionellen Waffen den sogenannten Atomschild rauben." Wir können dieses Argument nicht billigen, allein schon nicht mit Rücksicht auf unsere grundsätzliche Einstellung zum Problem der Massenvernichtungsmittel. Wir waren aber nie gegen Besprechungen über eine Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Mitteleuropa. Im Gegenteil, wir waren stets Befürworter solcher Gespräche und einer derartigen Reduzierung. Wenn wir uns im vergangenen Jahr mit einer enger gefaßten Initiative begnügt haben — mit dem Vorschlag zur Atomwaffen-

befreiung Mitteleuropas — dann nur deshalb, weil die Gespräche über die Frage der Einschränkung der gesamten Rüstungen in diesem Raum auf sehr beträchtliche Schwierigkeiten gestoßen waren. Zudem betrachteten wir die Verwirklichung dieses Vorschlages stets nur als den Auftakt zu weiteren Abrüstungsschritten in dieser Zone. Nun, da zahlreiche und ernsthafte Stimmen eine Verbindung der Atomwaffenbefreiung mit einer Reduzierung der anderen Rüstungen in Mitteleuropa fordern, sind wir bereit, hierzu eine positive Haltung einzunehmen. Unter einer Bedingung allerdings: daß sich die Gespräche über die beiden miteinander verbundenen Fragen nicht bis ins Unendliche hinziehen werden, während in der Zwischenzeit die atomaren Rüstungen auf andere Armeen ausgedehnt werden. Das sind die Voraussetzungen der Modifikationen und des Weges zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Zone, die zu erörtern wir bereit sind.

An diese Erklärung schloß sich die Beantwortung von Fragen der anwesenden Pressevertreter an. Dabei sagte Minister Rapacki u. a.:

In der zweiten Phase würde eine völlige Atomwaffenbefreiung der Zone erfolgen, wie sie im Memorandum der Regierung der Volksrepublik Polens vom 14. 2. d. Js. vorgeschlagen ist. Dies bedeutet eine Herausnahme der Atomwaffen und der in Frage kommenden Anlagen aus der Bewaffnung der Armeen, die in der genannten Zone noch Atomwaffen besitzen sollten, unter gleichzeitiger Durchführung der zuvor vereinbarten Reduzierung der konventionellen Streitkräfte beider Gruppierungen in der genannten Zone.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß Polen an einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung der von ihm vorgeschlagenen Verpflichtungen interessiert ist. In unserem Memorandum haben wir eine weite Skala von Mitteln genannt, die geeignet erscheinen, einer Kontrolle der übernommenen Verpflichtungen zu dienen. Welche dieser Mittel in der ersten und welche in der zweiten Phase einzuführen wären, wieweit in Betracht zu ziehen wäre, daß in der zweiten Phase Verpflichtungen an die Reihe kämen, die eine Reduzierung der konventionellen Waffen betreffen — alles das sind Dinge, die in konkreten Besprechungen einer Erörterung bedürfen.

Zu der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit habe, die Atomrüstung in der ersten Phase des Planes fortzusetzen, ist zu sagen, daß die westdeutsche Armee gemäß offiziellen Versicherungen noch keine Atomwaffen besitzt. Ein Verbot der Ausweitung atomarer Rüstung und der entsprechenden Anlagen auf andere Armeen, die noch keine Atomwaffen besitzen, würde unter allen Umständen auch die westdeutsche Armee einbeziehen müssen.

Sobald eine Zustimmung der interessierten Seiten zu konkreten Gesprächen vorliegt, werden wir uns mit solchen Gesprächsformen einverstanden erklären, die allen interessierten Seiten genehm sind. Als interessierte Seiten betrachten wir vor allem die vier Staaten der von uns vorgeschlagenen Zone, die vier Großmächte und die Staaten, die bewaffnete Streitkräfte auf dem Territorium Deutschlands unterhalten (Belgien, Dänemark, Kanada). Diese Staaten erachten wir als direkt Interessierte. Die Zahl der am Erfolg interessierten Staaten ist jedoch wesentlich größer.

Auszüge aus der Rede von N. S. Chruschtschow im Moskauer Sportpalast am 10. November 1958

Wir wollen die leitenden Männer der Bundesrepublik Deutschland warnen: Der Weg, den jetzt Westdeutschland nimmt, ist ein Weg, der für die Sache des Friedens in Europa gefährlich und für Westdeutschland selber unheilvoll ist. Können denn Realpolitiker nunmehr auf einen erfolgreichen neuen „Marsch gen Osten" rechnen? Seinerzeit hat Hitler gleichfalls in jeder Weise die Kriegspsychose entzündet, um dem Überfall auf die Sowjetunion den Boden zu bereiten. Es ist jedoch gut bekannt, womit all dies geendet hat. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, welches Schicksal jene erwartet, die versuchen würden, eine neue Aggression gegen die sozialistischen Staaten zu entfesseln. Keinerlei Reden des Kanzlers Adenauer oder seines Ministers Strauß sind imstande, das Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus zu ändern.

Ein Marsch Westdeutschlands gegen Osten wäre für Westdeutschland ein Marsch in den Tod.

Es wäre erforderlich, jetzt endlich zu begreifen, daß die Zeiten, da die Imperialisten ungestraft von der „Position der Stärke" aus reagieren konnten, unwiderruflich vorbei sind. Und so sehr die Militaristen sich auch bemühen mögen — sie sind außerstande, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu ändern; sie können auch nicht die geographische Lage Westdeutschlands vergessen, das bei der jetzigen Kriegstechnik nicht einen einzigen Tag eines Krieges von heute überdauern würde.

Wir wollen keinen neuen militärischen Konflikt. Er wäre für Westdeutschland unheilvoll und würde den Völkern der anderen Länder zahllose Not bringen. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder tun alles, um die Abenteurer, die von neuen Kriegen träumen, von folgenschweren Schritten abzuhalten. Die westdeutschen Politiker würden vernünftig verfahren, wenn sie nüchterner die entstandene Lage einschätzten und die Entfesselung von Kriegsleidenschaften aufgäben.

In der westlichen Presse wird jetzt viel davon geredet, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, sich an die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika, an England und Frankreich mit dem Vorschlag zu wenden, eine neue Viermächte-Konferenz einzuberufen, um anstelle der Deutschen, und ohne die Deutschen, die Frage der Wiedervereinigung ihres Landes zu lösen. Doch dies ist die Fortsetzung der gleichen irrealen Politik, die dem gesunden Menschenverstand zuwiderläuft und jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt. Keinerlei Mächte haben ein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik einzumischen und der Deutschen Demokratischen Republik ihren Willen zu diktieren.

Uns ist das natürliche Streben des deutschen Volkes nach Wiederherstellung der nationalen Einheit seines Heimatlandes voll und ganz verständlich. Doch die deutschen Militaristen und ihre amerikanischen Gönner benutzen diese zutiefst nationalen Gefühle nur für Zwecke, die weder mit der Wiedervereinigung Deutschlands, noch mit der Gewährleistung dauerhaften Friedens in Europa irgend etwas zu tun haben.

In Wirklichkeit gehen die militärischen Kreise Westdeutschlands den Weg der Vertiefung und der Spaltung des Landes, der Vorbereitung von Kriegsabenteuern.

Würde die westdeutsche Regierung nicht in Worten, sondern in Taten die Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen anstreben, so würde sie den einzigen Weg nehmen, der zu diesem Ziele führt. Es ist dies der Weg der Aufnahme von Kontakten mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Weg eines Übereinkommens, mit dem sowohl der Deutschen Demokratischen Republik als auch der Bundesrepublik Deutschland gedient wäre.

Die deutsche Frage, wenn man darunter die Vereinigung der zwei jetzt bestehenden deutschen Staaten versteht, kann nur durch das deutsche Volk selbst, mittels Annäherung dieser beiden Staaten, gelöst werden. Eine andere Sache ist der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland. Das ist tatsächlich eine Aufgabe, die von den vier Teilnehmermächten der Antihitlerkoalition, in Zusammenarbeit mit den Vertretern Deutschlands gelöst werden muß. Die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages würde zur Normalisierung der gesamten Lage in Deutschland und in Europa als Ganzes führen. Die Sowejetunion hat bereits vorgeschlagen, ohne Verzug an diese Sache zu gehen, und schlägt dies auch weiterhin vor.

Spricht man von den Verpflichtungen der vier Mächte Deutschland gegenüber, so muß von den Verpflichtungen die Rede sein, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergeben.

Man erinnere sich nur daran, welche Hauptverpflichtungen die Teilnehmerstaaten des Potsdamer Abkommens hinsichtlich ihrer Politik in Deutschland auf sich genommen haben, welcher Weg für die Entwicklung Deutschlands in Potsdam festgelegt wurde.

Damals übernahmen die Staaten der Antihitlerkoalition klare und bestimmte Verpflichtungen: den deutschen Militarismus auszurotten, sein Wiederaufleben auf immer zu verhindern, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit Deutschland nie mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen könne.

Die Teilnehmer des Potsdamer Abkommens erkannten es auch für notwendig an, dem deutschen Faschismus ein Ende zu bereiten, den Weg zu seinem Wiederaufleben in

Deutschland auf immer zu versperren, jede faschistische Tätigkeit oder Propaganda zu verhindern.

Ein wichtiger Bestandteil des Potsdamer Abkommens war die Verpflichtung, die Herrschaft der Kartelle, Syndikate und anderer Monopole, das heißt jener Kräfte, die Hitler seinerzeit an die Macht brachten, seine Kriegsabenteuer förderten oder finanzierten, in der deutschen Wirtschaft zu beseitigen.

Das war der Sinn der Abkommen, die 1945 in Potsdam geschlossen wurden.

Und was sehen wir nun, mehr als 13 Jahre nach der Potsdamer Konferenz?

Niemand kann bestreiten, daß die Sowjetunion ihrerseits all diese Abkommen einwandfrei eingehalten hat und daß sie im östlichen Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, vollkommen verwirklicht sind. Und nun sehe man, wie das Potsdamer Abkommen im westlichen Teil Deutschlands, in der Bundesrepublik Deutschland, eingehalten wird, für deren Entwicklung den drei Westmächten, den USA, England und Frankreich, die Verantwortung auferlegt ist.

Man muß geradeheraus sagen, daß der Militarismus in Westdeutschland nicht nur nicht ausgerottet ist, sondern im Gegenteil, daß er dort immer höher sein Haupt erhebt. Jene Mächte, die gegen das Wiederaufleben des deutschen Militarismus kämpfen müßten, haben Westdeutschland in den von ihnen geschaffenen Militärblock, die Nato, einbezogen.

Sie tun alles, um zum Wachstum des deutschen Militarismus und zur Schaffung einer mit den neuesten technischen Kriegsmitteln ausgerüsteten Massenarmee beizutragen.

Auf Beschluß der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, und natürlich mit Zustimmung der Nato-Länder, wird in Westdeutschland eine Armee geschaffen, die nach den Absichten der deutschen Militaristen stärker werden soll als die Armeen Englands und Frankreichs. Ja, womöglich ist sie heute schon stärker als die französische Armee, denn man muß in Betracht ziehen, daß sich ein bedeutender Teil der französischen Armee außerhalb ihres Landes befindet, in den Kolonien, in denen die Befreiungsbewegung gegen die französischen Kolonialherren kämpft.

An der Spitze der wiedererstehenden Streitkräfte Westdeutschlands stehen nun wieder Hitler'sche Generale und Admirale. Die westdeutsche Armee wird im Geiste räuberischer Tendenzen der Hitler'schen Wehrmacht, im Geiste der Revanchehetze und des Hasses gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten erzogen.

Mehr noch, mit dem Segen der Westmächte, in erster Linie den Vereinigten Staaten von Amerika, werden den deutschen Militaristen Atomwaffen in die Hände gelegt. In der Bundsrepublik Deutschland gibt es bereits amerikanische Raketen, die mit Kernladungen versehen werden können.

Wirtschaftlich greift Westdeutschland seinen westeuropäischen Verbündeten buchstäblich an die Gurgel. Es genügt vergleichsweise zu erwähnen, daß, zum Beispiel im Jahre 1957, in der Bundesrepublik Deutschland 24 500 000 Tonnen Stahl erzeugt wurden, in England aber nur 22 000 000 und in Frankreich knapp mehr als 14 000 000 Tonnen.

Auch die finanzielle Lage Westdeutschlands ist heute besser als die in England und Frankreich. Man denke bloß an die Gold- und Devisenreserven dieser Länder. Laut der offiziellen Statistik betrugen diese Reserven in Westdeutschland Ende 1957 über 5 Milliarden 600 Millionen Dollar, gegenüber 2 370 000 000 in England und 775 000 000 in Frankreich. All diese Wirtschaftsressourcen Westdeutschlands werden in den Dienst des wiedererstehenden deutschen Imperialismus gestellt.

Welcher der Hauptbestimmungen des Potsdamer Abkommens, die Entmilitarisierung Westdeutschlands und die Nichtzulassung des Wiederauflebens des Faschismus betreffend, wir uns auch zuwenden mögen — wir gelangen unvermeidlich zu der Feststellung, daß diese Bestimmungen, unter denen die Unterschrift der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs stehen, von ihnen selbst verletzt wurden.

Was ist nach alledem vom Potsdamer Abkommen übriggeblieben?

Übriggeblieben ist faktisch nur eins: Der sogenannte vierseitige Status Berlins, das heißt: eine Lage, bei der die drei Westmächte, die USA, England und Frankreich, in Westberlin schalten und walten können und diesen Teil der Stadt, die die Hauptstadt der DDR ist, gewissermaßen zu einem Staate im Staat machen und dazu benutzen, um von West-

berlin aus Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Sowjetunion und gegen andere Länder des Warschauer Vertrages zu betreiben.

Und überdies genießen sie noch das Recht eines ungehinderten Verkehrs zwischen Westberlin und Westdeutschland durch den Luftraum, über Eisenbahnen, Autobahnen und Wasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik, die sie nicht einmal anerkennen wollen.

Es fragt sich, für wen ist diese Lage vorteilhaft und warum verletzen die USA, Frankreich und England nicht auch diesen Teil des vierseitigen Abkommens? Das ist vollkommen klar: sie denken nicht daran, diesen Teil der Potsdamer Beschlüsse zu verletzen, im Gegenteil, sie klammern sich mit allen Mitteln daran, denn das Abkommen über Berlin ist für die Westmächte, und nur für sie allein, vorteilhaft. Die Westmächte wären natürlich nicht abgeneigt, diese „Alliierten"-Privilegien endlos zu verlängern, obwohl sie die rechtliche Grundlage, auf der ihr Verbleib in Berlin beruht, schon längst vernichtet haben.

Wäre es für uns nicht an der Zeit, die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die wichtigsten Punkte des Potsdamer Abkommens, die die Sicherheit in Europa, damit also auch in der ganzen Welt betreffen, verletzt wurden und daß gewisse Kräfte fortfahren, den deutschen Militarismus aufzupäppeln und ihn eifrig in jene Richtung zu lenken, in die man ihn vor dem zweiten Weltkrieg trieb, das heißt gegen den Osten? Ist es nicht an der Zeit, unsere Einstellung zu diesem Teil des Potsdamer Abkommens zu revidieren und ihn abzulehnen?

Offenbar ist die Zeit gekommen, daß die Staaten, die das Potsdamer Abkommen unterzeichnet haben, die Überreste des Besatzungsregimes in Berlin ablehnen und damit ermöglichen, eine normale Lage in der Hauptstadt der DDR herbeizuführen. Die Sowjetunion wird ihrerseits der souveränen Deutschen Demokratischen Republik jene Funktionen in Berlin übergeben, die die sowjetischen Organe noch innehaben. Ich glaube, daß dies richtig wäre.

Mögen die USA, Frankreich und England selber ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik gestalten, sich selbst mit ihr verständigen, wenn sie sich für irgendwelche Fragen interessieren, die Berlin betreffen.

Was die Sowjetunion anbelangt, so werden wir unsere Bündnisverpflichtungen gegenüber der DDR strikte einhalten, das heißt jene Verpflichtungen, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben und die wir der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt bestätigt haben.

Sollten irgendwelche aggressiven Kräfte gegen die Deutsche Demokratische Republik, die ein gleichberechtigtes Mitglied des Warschauer Vertrages ist, vorgehen, so werden wir es als ein Vorgehen gegen die Sowjetunion, gegen alle dem Warschauer Vertrag angehörenden Länder betrachten. Wir werden uns dann zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik erheben, und das wird eine Verteidigung der grundlegenden Interessen der Sicherheit der Sowjetunion, des gesamten sozialistischen Lagers und der Sache des Friedens in der ganzen Welt bedeuten.

Die Westmächte, die seinerzeit das Potsdamer Abkommen unterzeichnet haben, wirken jetzt auf eine Zuspitzung der internationalen Lage, auf die Förderung der wachsenden militaristischen Tendenzen der deutschen Revanchehetze hin, d. h. sie unterstützen alles, was durch das Potsdamer Abkommen verurteilt wurde.

Schon seit langem lassen sie sich nicht vom Potsdamer Abkommen leiten, sondern vom aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

Ungestraft verletzen sie beständig das Potsdamer Abkommen, wir aber bewahren diesem Abkommen die Treue, als ob sich nichts geändert hätte. Wir haben allen Grund, uns von jenen überlebten Verpflichtungen freizumachen, die mit dem Potsdamer Abkommen verbunden sind, an die sich die Westmächte klammern, und Berlin gegenüber eine Politik zu führen, die sich aus den Interessen des Warschauer Vertrages ergibt.

Führende Persönlichkeiten Westdeutschlands erklärten, daß gute Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland nur dann entstehen können, wenn die Sowjetunion aufhören werde, die Deutsche Demokratische Republik zu unterstützen, ja mehr noch, wenn sie die DDR in der für den Westen erforderlichen Richtung beeinflus-

sen werde. Offenbar wünscht man in Bonn keine guten Beziehungen zur Sowjetunion, wenn man dort solche absurden Hoffnungen hegt. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich gewillt ist, gute Beziehungen zur Sowjetunion zu entwickeln, so muß sie ein für alle Mal die Hoffnungen aufgeben, daß wir aufhören würden, die Deutsche Demokratische Republik zu unterstützen.

Die Regierung der Polnischen Volksrepublik entwickelte eine wertvolle Initiative, indem sie vorschlug, im Zentrum Europas eine Zone zu schaffen, in der Atom-, Wasserstoff- und Raketenwaffen weder erzeugt noch gelagert werden. Dieser konstruktive Vorschlag wurde von den Regierungen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und anderer sozialistischer wie auch nicht-sozialistischer Länder, die unverrückbar den Standpunkt des Kampfes für die Erhaltung des Friedens vertreten, unterstützt. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands aber lehnten den polnischen Vorschlag ab und beschritten den Weg der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen. Der deutsche Militarismus beschwört heute über die Welt eine noch größere Gefahr als früher. Die deutschen Militaristen wollen die Deutsche Demokratische Republik verschlingen und Polen seine alten Westgebiete entreißen, sie erheben Anspruch auf Gebiete der Tschechoslowakei und anderer sozialistischer Länder.

Sie spielen aber mit dem Feuer. Die Oder-Neiße-Grenze ist eine Friedensgrenze. Jeder Anschlag der deutschen Revanchehetzer auf die DDR ist als ein Anschlag auf die Oder-Neiße-Grenze, als Gefährdung der Sicherheit unserer Völker zu betrachten.

Das polnische Volk kann dessen sicher sein, daß es in Gestalt des Sowjetvolkes einen verläßlichen Freund und Verbündeten im Kampf gegen den deutschen Militarismus und die imperialistische Aggression hat.

Ich will noch ein paar Worte über unsere Beziehungen zu einigen Nachbarn der Sowjetunion sagen. Sie alle haben die dieser Tage veröffentlichte Erklärung der Sowjetregierung an die Regierung des Irans gelesen. Diese Erklärung gaben wir ab, da der Iran immer mehr in den aggressiven Block der Nato hineingezogen wird und in der letzten Zeit die Gefahr besteht, daß sein Territorium unmittelbar zu einem Aufmarschraum der amerikanischen Militärclique werden wird.

Wir möchten nicht glauben, daß die iranische Regierung, und der Schah des Iran persönlich, diesen gefährlichen Weg gehen werden. Wir hoffen, daß eine nüchterne Betrachtung aller mit einem solchen außenpolitischen Kurs des Iran verbundenen Gefahren Oberhand gewinnen wird und daß die iranischen Staatsmänner sich nicht von jenen äußeren Kräften gängeln lassen werden, denen die Interessen der Sicherheit des Iran in Wirklichkeit fremd sind.

Es ist gut bekannt, daß die Sowjetunion niemanden bedroht hat und niemanden bedroht. Dies gilt auch für unsere Nachbarn, einschließlich des Iran, dessen Unabhängigkeit wir achten und weiterhin achten werden. Wir sind nicht darauf aus, auf seinem Territorium über Militärstützpunkte zu verfügen, und wir würden uns damit nicht einverstanden erklären, auch wenn man uns bitten würde, solche Stützpunkte auf dem Territorium des Iran zu unterhalten.

Es fragt sich, wie unter solchen Umständen die Akte bewertet werden können, die auf die Umwandlung des Iran in einen amerikanischen Kriegsaufmarschraum abgestellt sind, im besonderen durch den Abschluß des neuen Militärvertrags mit den USA, dessen Ziele im Grunde genommen auch diejenigen nicht verhehlen, die den Abschluß dieses Vertrags erstreben. Wir beurteilen dies und werden dies weiterhin beurteilen als feindseligen Akt gegenüber unserem Lande mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

Ein der Sowjetunion benachbarter Staat, ob es nun der Iran oder ein anderer ist, kann sein Territorium der aggressiven Nato-Gruppierung nicht zur Verfügung stellen, wenn er die guten Absichten hat, die gutnachbarliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu verstärken. Geht ein Staat jedoch auf einen solchen Schritt ein, so bedeutet dies, daß er in Wirklichkeit einen aggressiven Akt gegen die UdSSR durchführt.

Wir hoffen aufrichtig, daß die iranische Regierung all das Gute, das in noch nicht ferner Vergangenheit von den beiden Ländern für die Errichtung von Beziehungen zwischen ihnen getan worden ist, nicht durchstreichen und ihrem Lande nicht Unglück zuziehen wird.

Fünf Tagesordnungs-Punkte für die Genfer Konferenz

Die Sowjetunion veröffentlichte über Radio Moskau ihre Vorschläge zur Einstellung der Kernwaffenversuche:

1. Die Regierungen der drei Großmächte verpflichten sich feierlich, keine Versuche in irgendeiner Form zu unternehmen.

2. Die Verhandlungspartner verpflichten sich, darauf hinzuwirken, daß alle anderen Staaten — wie Frankreich und die Chinesische Volksrepublik — sich an diese Abmachungen halten.

3. Die Verhandlungspartner einigen sich über die Errichtung eines Kontrollapparates mit einem Netz von Überwachungsposten.

4. Die Regierungen der Großmächte erklären sich bereit, diese Kontrollposten auf ihren Territorien zuzulassen.

5. Das Abkommen wird zeitlich nicht befristet.

Das amerikanische Außenministerium wies am 15. November diese Vorschläge mit dem Bemerken zurück, Moskau wolle den USA „eine Katze im Sack verkaufen".

Förderliche Hinweise in der „Welt" von Paul Sethe

Einige Berichte aus Bonn besagen, der Kanzler habe seinem damaligen Finanzminister im Oktober 1956 warnend vorausgesagt, Herr Schäffer werde eines Tages sehr unangenehme Folgen zu spüren haben, wenn er tatsächlich nach Ostberlin reise. In diesem Falle hat der Bundeskanzler sich als guter Prophet erwiesen. Volle Schalen des Zornes werden über das schuldige Haupt von Fritz Schäffer ausgegossen. Schon ertönt aus manchem Munde das Wort „Rücktritt".

Wir dagegen weigern uns, zu glauben, daß hier die Stimme des Volkes zu hören wäre. Wenn wir die Wähler der politischen Parteien in der Bundesrepublik heute befragen könnten, so würde sich wahrscheinlich ergeben, daß der größte Teil seiner eigenen Parteifreunde mit der Reise von Schäffer einverstanden wäre. Und nicht minder gilt dies für die Anhänger der Freien Demokraten und der Sozialdemokraten ...

Er hat nur getan, was man draußen im Volke schon lange für notwendig hält. Er hat sein Teil dazu beigetragen, die deutsche Wiedervereinigungspolitik aus der Unfruchtbarkeit herauszuführen. Er hat „mit denen da drüben" über die Bedingungen der Wiedervereinigung gesprochen. Er kann ein Bahnbrecher sein. Daß er damit rechnen mußte, Anstoß zu erregen, wo man solche Gespräche für Hochverrat hält, erhöht nur sein Verdienst.

Unsere Bewunderung für diesen Schritt ist nicht blind. Herr Schäffer hat etwas getan, was auch uns verstimmt. Daß er zwei Jahre lang, bis zum Herbst ds. Js, geschwiegen hat, halten wir für vernünftig. Erstens wäre es sinnlos, sich ohne Not das Geheul der Meute zuzuziehen, die schnell bereit ist, Andersdenkenden das Brandmal der Bolschewikenfreundschaft aufzudrücken. Zum zweiten gehört es zum Sinn vorbereitender diplomatischer Gespräche, daß sie vertraulich geführt werden. Anstatt böse auf Herrn Schäffer zu sein, sollte das Auswärtige Amt sich darüber freuen, daß ihm ein wichtiger und unverdächtiger Mann die Last eines solchen Gesprächs abgenommen hat. Soweit, so gut.

Aber Herr Schäffer hat auch dann noch geschwiegen, als man in Ostberlin jene Gespräche erwähnte und als sein Kollege Ernst Lemmer verdächtigt wurde, sich in die Höhle des Löwen begeben zu haben. Gewiß enthält ein solcher Verdacht im Grunde nichts Schimpfliches, sondern höchst Ehrenvolles. Aber Schäffer kennt das politische Klima der Bundesrepublik zu genau, als daß er nicht wüßte, wie leicht ein Mann um seinen guten Ruf gebracht werden kann, wenn er etwas Vernünftiges tut ...

Einmal wird nun auf unwiderlegliche Weise deutlich, wie überdrüssig das deutsche Volk auch in seinen führenden Schichten der Leere in unserer Wiedervereinigungspolitik geworden ist ... Zum anderen empfindet man Genugtuung darüber, daß hier ein Mann nicht nur eigene Ideen geformt, sondern auch den Mut zum selbständigen Handeln gehabt hat. Es gibt viel mehr Leute in der Bundesrepublik, die eine Vorstellung von der Not-

wendigkeit neuer Wege haben, als viele glauben. Aber nicht jeder hat den Mut, auch nach seiner Überzeugung zu handeln ...

(Aus „Ein mutiger Mann" am 15. November 1958.)

Es ist schwer für einen Staat, sich auf neue Wege zu begeben, wenn die alten Gleise solange begangen worden sind. Zwischen den Befürwortern des Neuen und den Anwälten des Alten kommt es in einer Demokratie oft zu einem Versuch, sich auf einer mittleren Linie zu finden. ... Die deutsche Antwortnote an die Sowjetunion stellt einen solchen Versuch dar. Ob er gelungen ist, läßt sich im Augenblick schwer sagen. Der erste Eindruck ist zwiespältig ... Eugen Gerstenmaier, der zweite Mann der Bundesrepublik, hatte den Knoten des endlosen Notenaustausches über die Wiedervereinigung aufzulösen versucht, indem er Verhandlungen über einen Friedensvertrag vorschlug. Aus einer Einigung über den Vertrag hätte eine Einigung über die deutsche Einheit leicht erwachsen können. Das sahen viele Politiker aller Parteien in der Bundesrepublik.

Andere aber sahen es nicht; am wenigsten wollten es die Westmächte sehen. Sie hielten an der Wiedervereinigung als dem wünschenswerten Gegenstand der Verhandlungen fest. Aber so seltsam ist die Lage Deutschlands geworden, daß ein Vorschlag, über die Wiedervereinigung zu verhandeln, uns heute von dem Ziel entfernt, anstatt daß er uns ihm näher brächte. Die sowjetische Antwort auf einen solchen Vorschlag würde jedes Schulkind im voraus kennen: „Verhandelt mit Ost-Berlin!" Da wir das nicht wollen, käme es überhaupt nicht zu Verhandlungen. Die Note versucht beide Wünsche miteinander zu vereinigen. Ob es gelungen ist, damit zu Verhandlungen zu kommen, wird man erst sehen können, wenn die sowjetische Antwort vorliegt ...

(Aus „Zwiespältig" am 18. November 1958.)

Wortlaut des Telegramms von Prof. Dr. Walter Hagemann an den Bundesminister Dr. Schäffer

Eine Regierung verfährt pflichtgemäß, wenn sie Verhandlungsmöglichkeiten erkundet und nutzt. Ihre Ostberliner Gespräche waren dabei sachlich ebenso gerechtfertigt wie andere prominente Kontakte zwischen Bonn und Ostberlin. Ich bedauere nur, daß die wertvolle Anregung einer Konföderation von der Bundesregierung nicht weiter verfolgt, ja schließlich sogar bekämpft worden ist. Um so schärfer muß ich die Tatsache verurteilen, daß bis heute jeder Westdeutsche in Bonn mit Verfemung rechnen mußte, der es wagte, aus Gewissensgründen und entsprechend der klaren Aufforderung des Grundgesetzes, gesamtdeutsche Kontakte aufzunehmen. Bieten Sie Ihren ganzen Einfluß auf, Herr Dr. Schäffer, daß endlich das gesamtdeutsche Gespräch in Gang kommt. Glauben Sie mir: Chruschtschow und Ulbricht wollten mit ihren jüngsten Schritten dies Gespräch nicht verhindern, sondern beschleunigen. Die Zeit drängt, nutzen Sie die Gunst der Stunde.

Münster, den 16. November 1958

gez. HAGEMANN

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.

Stolpert aber Fritz Schäffer doch noch über sein Ost-Berliner Wagnis, dann müßte der Kanzler logischerweise mit ihm gehen: denn er hat davon gewußt, er hat es zugelassen und er hat dazu geschwiegen. Was uns an ihm, soweit der Kern bis jetzt sichtbar geworden ist, einigermaßen überrascht.

Wer auf lange Sicht den westlichen Teil Deutschlands vor dem Kommunismus bewahren will, beginnt mit den Kommunisten in Ost-Berlin zu verhandeln. Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Wird aber nicht verhandelt, steigt wie Grundwasser unter unseren Füßen die Gefahr eines deutschen Bürgerkrieges an. Ein Waffenkonflikt zwischen Bundesrepublik und DDR würde sofort einen allgemeinen Krieg zur Folge haben. Dieser würde von der ersten Stunde an mit Massenvernichtungsmitteln geführt werden. Von den 67 Millionen Deutschen würden vielleicht 20 Millionen übrigbleiben. Der größere Teil von diesen, völlig verelendet und endgültig entsetzt von der bisherigen Art, Geschichte zu machen, würde sehr schnell und absolut aus freien Stücken zu Kommunisten werden, nichts anderes.

Und darum war es gut, daß Fritz Schäffer nach Ost-Berlin gegangen ist und daß Konrad Adenauer ihn hat gehen lassen.

Prof. Dr. Ernst Fraenkel

Geschichtsbewußtsein, Krieg und Wirtschaft

Alle Geschichte, auf welchen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens sie sich abspielt, ist nach einem bekannten Wort Politik in der Vergangenheit. Hinter Recht und Gesetz, Religion und Kirche, Gesellschaft und Staat in ihren historischen Entwicklungen hat seit jeher die Dynamik der erstrebten, geforderten oder zumindestens erhofften Ziele gestanden.

Aber Politik, in gleichem Geiste verstanden, ist ihrerseits Geschichte im Werden. Es mag überspitzt klingen, aber es ist trotzdem nicht weniger wahr: Es gibt kein Heute — es gibt nur ein Gestern und ein Morgen. Auch das scheinbar aktuellste Ereignis ist eine Synthese aus dem Denken, Wollen und Handeln von gestern und wird bereits morgen zur Erfahrung aus der Vergangenheit, zu einem Glied in der nie abreißenden Kette des Geschehens. Alles Seiende im Leben des einzelnen oder der im Staate organisierten Gesellschaft ist gleichzeitig Gewordenes und Werdendes. So richtig das Schiller-Wort sein mag:

„Ach, und in dieselbe Welle steigst Du nicht zum zweiten Mal" — so richtig ist auch ein anderes Wort des Dichters: „Und die Sonne Homers, siehe, sie lächelt auch uns."

Von Sir Winston Churchill, dessen Größe als europäischer Staatsmann vielleicht gerade in seiner tiefen Kenntnis und Erkenntnis der geschichtlichen Verwurzelung der Menschen, Völker und Staaten begründet ist, stammt das Wort: Nur wer tief in die Vergangenheit zu blicken gelernt hat, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft voraussagen.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, mag es erlaubt sein, in diesen Blättern, die sich entsprechend der Aufgaben, die sie sich gestellt haben, oder die ihr vom Zwang der Zeit gestellt worden sind, meist mit den aktuellen Fragen des nationalen und übernationalen politischen Lebens beschäftigen, einmal etwas un-

ter historischem Aspekt zu dem Problem der Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft zu sagen.

Vom Krieg ist, so weit man systematisches Denken der Menschen verfolgen kann, seit jeher gehandelt worden. Schärfste Ablehnung oder Rechtfertigung des Krieges als „erlaubte Gewaltanwendung" des Staates um „gerechter Ziele" willen, wobei besonders auf Thomas von Aquin, Erasmus von Rotterdam und Luther hingewiesen sein mag, sind bis auf den heutigen Tag von der Moraltheologie zum Objekt der häufig sich widersprechenden Deutungen und Interpretationen der entscheidenden sittlichen Forderungen und Warnungen im Alten und Neuen Testamen gemacht worden. Philosophen, Soziologen, Rechtswissenschaftler und Dichter haben durch die Jahrhunderte den Krieg — in radikaler oder gemäßigter Form — als „Vater aller Dinge" gepriesen oder als „Geißel der Menschheit", als Mißbrauch der Vernunft im Kampf um den kulturellen Fortschritt verdammt. Schiller glaubte, gewissermaßen im gleichen Atemzug, den Chor in der „Braut von Messina" sprechen zu dürfen: „Denn der Krieg läßt die Kraft erscheinen, alles erhebt er zum Ungemeinen." Um an einer anderen Stelle seines dichterischen Wirkens keinen tieferen Wunsch für die neu gegoßene Glocke finden zu können als: „Friede sei ihr erst' Geläute."

Es wäre vermessen, aus wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Schau den Versuch zu machen, das überaus komplexe Problem der Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft in seiner ganzen Weite und Tiefe auch nur zu skizzieren, zumal von deutschen Wirtschaftswissenschaftlern dieser Frage in ihrer Allgemeinheit und Ganzheit verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt worden ist.

Werner Sombart hat in seinem monumentalen Werk über den „Modernen Kapitalismus", das trotz mancher berechtigten Kritik an Einzelheiten ein Meisterwerk ist und bleiben wird, sich mit den Beziehungen zwischen „Kapitalismus und Militarismus" auseinandergesetzt, wobei er, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, das Problem „Krieg und Kapitalismus" „aus der Umschlingung befreien zu müssen glaubte, in der es der historische Materialismus gefangen hält." „Wir werden das am besten dadurch bewerkstelligen, daß wir die Frage einmal umdrehen und nicht untersuchen: Inwiefern ist der Krieg eine Folge des Kapitalismus, sondern inwieweit und weshalb ist der Kapitalismus eine Wirkung des Krieges?"

Daß Sombart die Ergebnisse seines Buches mit einer Überfülle von wirtschaftsgeschichtlichen Fakten belegt, wenn diese, wie angedeutet, auch nicht immer als ganz einwandfrei und exakt angesehen werden dürfen, ist für jeden, der seine Arbeitsmethode kennt, nicht überraschend. Wenn Sombart also die Wirkungen der Kriege auf das Entstehen des kapitalistischen Systems untersucht hat, so müßte man in ähnlicher Weise den Krieg auch in seiner Wirkung auf das Entstehen des Sowjet-Wirtschafts- und Gesellschaftssystems untersuchen.

In den letzten zwei Jahren haben sich zwei französische Gelehrte mit dem Krieg als soziologischem und ökonomischem Problem beschäftigt. Während der eine einen „Traité de Sociologie" schreibt und dabei unter allen nur möglichen Gesichtspunkten die Elemente dessen, was er „polémologie" nennt [1]), untersucht, hat der andere, der frühere Privatdozent an der Universität Genf, der jetzt einen Lehrstuhl an der Universität Jerusalem innehat, die Frage in zwei hervorragenden, tiefschürfenden Studien unter ideengeschichtlichem, auf die ökonomischen Lehrmeinungen der letzten drei Jahrhunderte bezogenem Aspekt angefaßt [2]). Es

[1]) Gaston Bouthoul, Traité de Sociologie. „Les Guerres". Elèments de Polémologie. Paris 1951

[2]) Edmond Silberner, La Guerre Dans La Pensée Economique Du XVIe au XVIIIe Siècle. Paris 1939

Ders.: La Guerre et La Paix Dans L' Histoire des Doctrines Economiques. Paris 1957

erscheint mir angebracht, in der Zeit der schärfsten politischen Spannungen, die die Menschheit im letzten Jahrzehnt mehrere Male hart an den Abgrund des Krieges geführt haben, wenigstens einige Gedanken, Tatsachen und Fragestellungen zusammenzufassen.

Alles Zusammenleben von Einzelmenschen und Staaten ist nur auf der Grundlage der „Ordnung" möglich. Ordnung aber setzt Frieden voraus, denn jede mit Gewaltanwendung herbeigeführte politische Konfliktentscheidung zwischen souveränen Staaten muß die gesellschaftliche Ordnung nicht nur vorübergehend, sondern meistens auf lange Zeit hinaus stören oder außer Kraft setzen. Die Generationen aller Länder, die einen oder gar beide Weltkriege tätig und leidend miterlebt haben, wissen davon ein Lied zu singen. Jede Wirtschaftsordnung, welche äußere Form sie auch immer haben mag, ist Friedensordnung.

Kriegswirtschaft oder Kriegsvorbereitungswirtschaft — letztere gemeinhin als „Rüstungswirtschaft" bezeichnet — setzen an Stelle der Bedarfsdeckung oder zumindestens unter Vernachlässigung derselben die Rüstungsbedarfsdeckung. Nun ist es zwar unzweifelhaft richtig, daß eine auf Rüstung und Kriegsmöglichkeiten ausgerichtete Wirtschaft immer beiden Partnern im Wirtschaftsprozeß große Vorteile bringt: für die Arbeitnehmerschaft steigende Löhne und Vollbeschäftigung, für die Unternehmer direkt oder indirekt außerordentliche und übersteigerte Profite. Aber diese Vorteile sind, auf längere Sicht gesehen, doch nur Scheingewinne, die in der modernen Wirtschaft — wir haben das nach 1918 und nach 1945 in allen Staaten beobachten können — nur in der Zeit der vorbereitenden Aufrüstung „Gewinne" sind — oder zu sein scheinen. Je länger, je totaler die Aufrüstung dauert, die als Wille zur wachsenden Stärke mit allen Mitteln der Propaganda in allen Ländern als lebensnotwendig für die eigene Nation erscheint oder zumindest angepriesen wird, desto näher rückt, vorsichtig ausgedrückt, der Zeitpunkt des Beginns des „Verteidigungskrieges". Denn nur einen solchen hat es seit jeher in der Geschichte gegeben, von Xerxes, dem Perserkönig, von Alexander dem Großen über die Kriege Ludwigs XIV. und die des Preußenkönigs Friedrichs II. bis zu denen des „Führers", bei dessen, von den „Unterführern" mit oder ohne Uniform unterstützter Kriegsrüstung und „Verteidigungspolitik" manche oft an den Orakelspruch gedacht haben mögen, den der Perserkönig auf Anfrage nach dem Ausgange seines beabsichtigten Zuges gegen die Griechen erhielt und dessen Verwirklichung auch andere Völker und Staaten im Laufe der Geschichte immer wieder erlebt oder nicht mehr erlebt haben: „Wenn Du den Hellespont überschreitest, wirst Du ein großes Reich vernichten."

Von dem englischen Historiker Gibbon stammt das Wort: „Die Geschichte ist das Generationsgedächtnis." Der geschichtsbewußte Mensch stützt seine Lehre von der Wirtschaft nicht nur auf Theorien, sondern er weiß um die Erfahrungen der Generationen, und wäre es auch nur, um zu erkennen, wie oft und wie hart sich die Dinge im Raume stoßen.

Drei Etappen von Beobachtungen und Erfahrungen weisen den Weg zu dem Erkennen der Beziehung zwischen Wirtschaft und Krieg: Der immer schneller werdenden Vorbereitung, nach heutigem Sprachgebrauch der „Rüstung", folgen nach einem ehernen Gesetz — gewollt oder ungewollt — die Kriegshandlungen mit den Fragen der Finanzierung und den neu auftauchenden Fragen der Bedarfsdeckung für Streitkräfte und Zivilbevölkerung, um dann schließlich in die Wirkungen des Krieges auf die die Wirtschafts- und Sozialstruktur der am Kriege beteiligten Staaten, Sieger oder Besiegte, einzumünden (Auf das soziologisch so bedeutungsvolle Problem der Bevölkerungsbewegung durch den Krieg kann hier nicht näher eingegangen werden).

Die Ausgaben für die Heere als stärkste Stützen des Absolutismus und der seit dem 17. Jahrhundert in allen Ländern immer stärker hervortretenden „Idee der Staatsraison" steigen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert in ungeheurem Ausmaße. Ständig vermehrt sich die Anzahl der Soldaten und Offiziere, besonders in Frankreich und Preußen. Mögen auch bis zum 19. Jahrhundert die für Heeres- und Kriegszwecke notwendigen Ausgaben, absolut genommen, unserer Zeit, die ja nur noch in Dutzenden von Milliarden zu denken gewohnt ist, gering erscheinen, so haben sie doch im Staatshaushalt der damaligen Zeit einen entscheidenden Anteil gehabt. In Preußen steigt von 1688 bis 1786 die Bevölkerungszahlt um das 5,4fache. Im gleichen Zeitraum aber hat sich die Größe des preußischen Heeres um das 6,7fache erhöht. Die gleiche Erscheinung läßt sich bei den meisten anderen Staaten beobachten. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wächst das Wettrüsten bereits ins Unermeßliche, wobei dieses „Bereitseinwollen" nunmehr auf die Flotten und dann auf die Luftwaffen übergreift. Seit der Wende des 20. Jahrhunderts werden Produktion und Markt mehr und mehr von den Erfordernissen der Streitkräfte und Beschaffungsämter aller Länder bestimmt. In der Deutschen Bundesrepublik hat jeder Staatsbürger für die Rüstung im Durchschnitt einen Betrag von 300 DM zu zahlen. Dabei will ich hier nicht an das bisher nur sehr vorsichtig angefaßte Problem der Beziehung zwischen Rüstungswirtschaft, Sicherheitsbedürfnis, „sozialer Marktwirtschaft" und Vollbeschäftigung rühren.

Die Frage nach der Finanzierung der Rüstung und des Kriegsverlaufes selbst ist, denkt man an die Preußisch-Deutschen Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71, noch verhältnismäßig einfach gewesen, weil ja die Kriegsdauer kurz war. Aber die im modernen Krieg notwendigwerdende Geldschöpfung hat die Volkswirtschaftler, insbesondere die Finanzwissenschaftler im 19. Jahrhundert, schon immer beschäftigt, wobei oft politisch gefärbte Meinungen und nicht immer die Ergebnisse der wirtschaftlichen Forschung bestimmenden Einfluß ausübten. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts soll der Marschall T r i v u l z i o auf die Frage des Königs von Frankreich, L u d w i g XII., was für Rüstungen und Vorräte zur Eroberung des Herzogtums Mailand nötig seien, dem König die Antwort gegeben haben: „Danari, Danari e poi Danari." „Zum Krieg führen sind drei Dinge nötig: Geld, Geld und nochmals Geld." In zwei Weltkriegen hat sich gezeigt, daß das Geld, das man sich in den verschiedensten Ländern beschaffen mußte und konnte (wobei die Vereinigten Staaten auszunehmen sind), im modernen Kriege mit ihrem nur in astronomischen Zahlen auszudrückenden Bedarf an Zahlungsmitteln nicht mehr viel oder gar nichts taugt. Die Inflation als die völlige Vernichtung der deutschen Währung nach 1918 begann tatsächlich schon am 4. August 1914, als der deutsche Reichstag mit Einschluß der damaligen sozialdemokratischen Partei Finanzgesetze annahm, mit denen die damalige Reichsregierung, wenn auch unbewußt, ohne Zweifel den Weg zur Inflation beschritt. Die Kriegsausgaben Deutschlands von 1914—1918 sind auf weit mehr als 100 Milliarden Vorkriegsmark berechnet worden.

Es war nur selbstverständlich, daß die eigentliche Inflation in Deutschland sofort nach dem Kriege zuerst langsam und dann in immer rasender werdendem Tempo sich entwickelte. Am 15. November 1923 wurde der Dollar mit 4200 Milliarden Papiermark notiert. Die Generation, zu der ich gehöre, wird sich noch mit Schaudern der geradezu grotesken oder besser wohl tragischen Auswirkungen der Geldentwertung besonders zwischen Juli 1921 und 15. November 1923 erinnern, als Beamte, Arbeiter oder Angestellte fast täglich ihre Gehälter und Löhne erhielten, um damit sofort in den nächsten Bäcker- und Fleischerladen zu rennen, damit wenigstens das Notwendigste für die Familie nach Hause gebracht werden

konnte; als Männer und Frauen, die viele Jahrzehnte lang im Schweiße ihres Angesichtes gearbeitet und Pfennig um Pfennig als Ersparnis für ihr Alter zurückgelegt hatten, plötzlich ihren Notgroschen in Nichts zerrinnen sahen und früher oder später der „Wohlfahrt" zur Last fallen mußten. Es ist nicht notwendig, an den Hunger, die Abgerissenheit und an die „Zigarettenwährung" nach 1945 zu erinnern; aber ist es nicht geradezu unser aller Pflicht, den jungen Menschen unserer Tage immer und immer wieder diese Zeit vor Augen zu halten? Gewiß: „Vergessen ist im Leben nicht die letzte Tugend", aber „nicht vergessen" sollte geradezu das Vermächtnis unserer Generation an diejenige sein, der wir unsere Erfahrungen und Lehren weiterzugeben haben.

„Wehe dem Besiegten" war zu allen Zeiten das Losungswort der Sieger. Und der Preis des Sieges für den Sieger selbst? Es gilt heute als eine Binsenwahrheit, daß es nach modernen Kriegen keine Sieger und keine Besiegten mehr gibt. Aber ist es wirklich eine so allgemein als gültig anerkannte Erkenntnis? Man kann zumindest daran Zweifel hegen, da als der Weisheit letzter Schluß aller Regierungen zur Lösung der Gegensätze der Weltanschauungen und Wirtschaftssysteme, nicht mehr der Nationen und Völker, sondern der Kontinente, die Erreichung immer größer werdender Schnelligkeiten der Raketen, immer schwerer werdender Bomben, immer erfolgreicher werdender Vernichtungswaffen zu sein scheint. In Afrika und Asien, in den „unterentwickelten Ländern", stehen sich Menschen der verschiedensten Farben und Rassen haßerfüllt gegenüber, herrscht das Prinzip der „Einflußsphären" der Machtblöcke, und nicht die grundsätzliche Verpflichtung, hungernden, frierenden, todmüden und angsterfüllten Menschen aus dem Geiste echter Humanität und wahrer Menschenliebe zu helfen. Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der verschiedenen Länder machen sich Besuche und Gegenbesuche, „große und kleine Bahnhöfe" werden arrangiert, „Unterhaltungen unter vier Augen" finden statt (und daß dabei der eine häufig die Sprache im eigentlichen und übertragenen Sinne des anderen nicht oder nicht genügend versteht, was macht es?). Man hat ja genügend Dolmetscher, und die Hauptsache ist, daß ein schon vorher mehr oder minder sorgfältig und geschickt ausgearbeitetes, vieldeutiges Communiqué die Öffentlichkeit von der mehr oder weniger „vollständigen Übereinstimmung der Gesprächspartner und der freundschaftlichen Atmosphäre, in der die Unterhaltung stattgefunden hat", unterrichtet. Und während die Generaldirektoren der Banken, die Industriemanager und die Leiter der großen Handelsunternehmungen immer wieder die Herabsetzung der „untragbaren" Steuern fordern, steht man Schlange vor den Geschäftszimmern der Beschaffungsämter, um — mit oder ohne gute Beziehung — die Ernte der Rüstungen in die Scheune zu bringen — ohne sich zu fragen: „Wer soll denn das alles bezahlen?" Der Steuerzahler, der auf dem Anleihemarkt auftretende Käufer oder vielleicht eines Tages der geschlagene Gegner? Wie viel dann allerdings noch von den Fabriken im Osten und Westen, aus deren Toren einst die Tanks, Kanonen und Raketen rollten, geblieben ist, danach wird in „schönen Friedenszeiten" nur selten gefragt, so lange die Zahlungen für die Lieferungen das Bankkonto ständig vergrößern, die Dividenden steigen und die „Stillen Reserven", Rückstellungen usw. nach Gesetz und Recht großzügig gehandhabt werden können. Die endlose Kette der Mercedes 300, der Hispano Suiza, der Rolls Roice, der Cadillac auf den Straßen der Schweiz, Italiens, Österreichs und Oberbayerns, der Mittelmeergebiete, Floridas und Californiens zeugt von dem wachsenden Wohlstand dieser Welt. „Heute ist heut!" Aber wenn es einmal zum Tage X kommen sollte? Es bedarf keiner großen Phantasie, auch keiner großen finanzwissenschaftlichen Erkenntnisse, nur eines geringen Erinnerungsvermögens, um sich klar darüber zu sein, daß an dem Tage, da die ersten Raketengeschosse mit Atomköpfen oder

Atom- und H-Bomben ihr Ziel oder auch etwas daneben getroffen haben, Währung und Wirtschaft der verschiedenen Staaten bereits ins Wanken geraten sein wird.

„Die Geschichte ist das Generationsgedächtnis?" Es liegt einem schwer auf der Seele, wenn man gezwungen ist, zu erkennen, daß das Gedächtnis der letzten zwei Generationen etwas kurz zu sein oder gewesen zu sein scheint. Im Jahre 1910, in der Zeit der immer wachsenden Konfliktstimmung zwischen England und Deutschland erschien zum ersten Male das Buch des Engländers Normann A n g e l l : „The Great Illusion". Die Aufnahme dieses Buches der Warnung beweist am besten die Tatsache, daß es in 17 Sprachen übersetzt wurde. Die entscheidende Absicht Angell's — selbstverständlich hier bewußt vereinfacht — war, zu zeigen, daß die modernen militärischen Konflikte für alle kriegführenden Staaten wirtschaftlich und politisch keine Gewinne, sondern nur noch Ausfälle mit sich bringen würden und mit sich bringen müssen. „Kein Sieger kann dauernd die wirtschaftliche Blüte des besiegten Landes, sofern eben eine solche da war und Existenzfähigkeit hat, zerstören, denn auf Grund der gegenseitigen Verflechtung der nationalen Wirtschaften mit- und ineinander bedeutet eine Zertrümmerung des Reichtums der e i n e n Nation eine Gefährdung auch gewisser Reichtümer der a n d e r e n , «der siegreichen»." „Der Wettbewerb eines besiegten Landes läßt sich selbst nicht durch dessen völlige Annexion zerstören, denn würde es selbst dem Siegerlande einverleibt, so würde ja durch den Wegfall aller Zollschranken der Wettbewerb innerhalb des nun vergrößerten Territoriums für die bestehenden Gewerbe noch stärker werden.

Die deutsche Textilindustrie sah sich nach 1871 der überlegenen Konkurrenz der Elsaß-Lothringischen Produktion ausgesetzt, der sie jetzt ohne schützende Zollschranken begegnen mußte. Ob der fünf Milliarden Goldfrancs-Regen aus Frankreich wirklich ein „Segen" für die deutsche Wirtschaft gewesen ist, kann füglich bezweifelt werden. Vier Jahre nach der Veröffentlichung des Buches von Normann Angell brach der erste Weltkrieg aus. Die Nachkriegszeit hat, wie ich glaube, dem Verfasser völlig recht gegeben. Die damaligen Sieger mit ihren unrealistischen und unerfüllbaren „Reparationsforderungen" — ein Ausdruck, hinter dem sich getarnt der als überholt angesehene Begriff der „Kriegsentschädigung" verbarg — haben bald einsehen müssen: „So geht es nicht", und Deutschland hatte sich trotz der Schwierigkeiten während der Weltwirtschaftskrise gerade wieder zu erholen begonnen, als es in die selbstkonstruierte Falle des Nationalsozialismus geriet und sich damit zum zweiten Male sein kulturelles und wirtschaftliches Grab bereitete.

Aus dem ersten Weltkrieg ist als eigentlicher Sieger trotz oder gerade wegen des Vertrages von Brest-Litowsk das russische Herrschaftssystem hervorgegangen. Das Ende des zweiten Weltkrieges hat mit der Forderung nach „un conditional surrender" jene politischen und ökonomischen Zustände in der gesamten Welt hervorgerufen, für die die Spaltung in zwei Machtblöcke Ausdruck ist. Die Sinnlosigkeit der Demontagen, die Zerstörungen und Vernichtungen ungeheurer wirtschaftlicher Werte, die Vertreibungen von Hunderttausenden aus der Heimat und von Hof und Herd: hat all das die Sieger reicher gemacht, oder hat all das nicht ihnen allen in Wahrheit neue Lasten aufgebürdet und den Menschen überall in der Welt neue Ängste gebracht? Es tut bitter weh, und es klingt so zynisch und kaltschnäuzig, wenn man sich immer wieder die Frage vorlegt: Wo war, wo ist der „Preis der Siege"? Millionen Kriegsgräber überall in der Welt sind Zeugnisse von Opferbereitschaft und Opferwillen der Menschen, aber sie sind auch Zeugnisse ungeheurer Verantwortungslosigkeit, verbrecherischen Leichtsinns und unfaßbarer Unkenntnis der technischen Möglichkeiten und ökonomischen Voraus-

setzungen der Kriege unserer Zeit auf Seiten der Staatsmänner. Stefan George schließt eines seiner Gedichte mit dem Satz: „Der alte Gott der Schlachten ist nicht mehr".

Andere nüchternere, illusionsfreiere Ziele als die früheren Ideale von der „Nationalen Ehre" usw. beherrschen heute das politische Leben des Staates und das Denken des einzelnen in Gesellschaft und Gemeinschaft. Wenn man heute so oft und mit so starkem Pathos das Wort „Freiheit" gebraucht, so sollte man daran denken, daß eine Freiheit, sie sei politisch, weltanschaulich oder ökonomisch, die ihre Grundlage in der Angst vor den Wirkungen der Vernichtungswaffen und nicht in dem Bewußtsein der Menschenwürde hat, aufhört, eine sittliche Norm im Leben der Staaten und der einzelnen zu sein.

Wir wissen, daß die Gründe für den Krieg als eine „Institution" gewiß nicht allein ökonomischer Art sind. Die marxistische Theorie macht es sich zu leicht, wenn sie allein in den wirtschaftlichen Verhältnissen, im kapitalistischen Wirtschaftssystem die letzte Quelle aller bewaffneten internationalen Konflikte sieht. Es besteht nicht die geringste Notwendigkeit dafür, alle Kriege mit ein und derselben Ursache begründen zu wollen. Irrationale Kräfte, Glaubensverschiedenheit und religiöser Fanatismus, Machtstreben, Rassenhaß wiegen in den Beziehungen der Völker und Nationen sehr, sehr schwer. Aber mindestens ebenso schwer, ja vielleicht noch schwerer wiegen mit dem immer rascheren Schwinden sittlicher und humanitärer Normen nationale Selbstsucht und ökonomischer Durchsetzungswille. Ob die neu entstandenen oder noch neu entstehenden auf die wirtschaftliche Einheit der Welt abzielenden Gebilde ihre Aufgabe erfüllen können, hängt davon ab, ob der Friede in der Welt erhalten bleiben wird.

Ob, wie wir heute so oft lesen und hören, die Wiedervereinigung des zerrissenen Deutschlands wirklich von den Staatsmännern der ganzen Welt als das entscheidende und wichtigste Problem der Weltpolitik angesehen und als solches verantwortungsvoll behandelt wird, das ist eine Frage, deren Beantwortung angesichts der vielen „nationalen" Schwierigkeiten — wir denken an Algerien, an Cypern, an Formosa, an Korea, an Jugoslawien und Polen — keinesfalls als ganz eindeutig betrachtet werden darf. Deshalb wird die endgültige Entscheidung über den Weg, der zum gemeinsamen deutschen Leben, aber nicht zum gemeinsamen deutschen Tode führt, letztlich beim deutschen Volk selbst liegen.

Es wäre der höchste Grad unrealistischen Denkens, und die diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges für das Geschick unserer geistigen und materiellen Kultur verantwortlichen deutschen Männer unserer „repräsentativen Demokratie" würden späteren Generationen als „Schauspieler ihrer selbstgeschaffenen Träume" erscheinen, wenn sie weiterhin auf „das große Wunder" warten oder sich auf Atombomben und Raketenabschußbasen vom Polargebiet bis zu den gepanzerten Befehlsständen auf Herrn Tschiang Kai Scheck's einsamer Insel verlassen würden. Sentiments und Ressentiments — berauschende Getränke „nationalen" oder persönlichen Wachstums — sind nicht die Ausgänge aus der Sackgasse, in die das West-Ost-Problem unseres Vaterlandes geraten ist.

Kompromiß, ein Wort, das im deutschen Sprachgebrauch den fatalen Beigeschmack von Charakterschwäche und Mangel an politischem Wollen und Willen hat, wird als „compromise" in den angelsächsischen Ländern, besonders in England selbst, als Mittel zur Erreichung bestimmter fester politischer, wirtschaftlicher, sozialer Ziele angewendet, als Mittel, das gewiß langsamer und weniger ehrgeizbefriedigend, aber oft — wie ein Blick in die englische Geschichte beweist — um so sicherer zum Erfolg führt als jene, „thoroughness" des Wollens und Handelns, das sich in dem letzten halben Jahrhundert deutscher Vergangenheit so verhängnisvoll erwiesen hat.

Schicksalentscheidende Beschlüsse und Handlungen sollen und dürfen, wo und wann immer es auch sein mag, niemals mit dem Blick auf morgen, auf die nächste Wahl, auf die Erfolge für eine Partei getroffen werden. Wenn das „Dictionary of Sociology" „compromise" definiert als „an agrement reached by mutual concessions" (Übereinkommen, das durch beiderseitige Zugeständnisse erreicht wird), dann sollte, ja müßte es notwendig sein, zu einem Kompromiß zwischen West und Ost zu kommen. So wie die Verhältnisse sich nun einmal durch Fehler und verpaßte Gelegenheiten, durch Argwohn, Mißtrauen und Haßpropaganda auf allen Seiten entwickelt haben, gibt es kaum noch ein anderes friedliches Mittel. Dieses Kompromiß darf weder mit dem Stigma der Schwäche, noch mit dem der auftrumpfenden Stärke behaftet sein. Ein solches Kompromiß kann erreicht werden, wenn beide „Gegner" — wie schmerzlich ist es, dieses Wort auf Deutsche von „hüben und drüben" anwenden zu müssen! — sich bewußt sind, daß ohne Bereitschaft zu opfern niemals ein friedlicher Ausgleich, nicht so sehr zwischen Menschen, sondern zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen und ihren Vertretern, erzielt werden kann. Gewiß würde der Versuch zu einem friedlichen Ne b e n einander ein sehr, sehr schweres Opfer bedeuten, ein Opfer, das sich nur lohnen würde, wenn es getragen wird von der Hoffnung, Erwartung und Aussicht, das einmal wieder aus dem Nebeneinander ein M i t einander erwachsen wird, das in gleicher Weise für alle Deutschen, für die das deutsche Geistesleben, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Sozialleben — kurz für die deutsche Kultur und Zivilisation erfolg- und segensreich sein würde.

Ob Gedanken, wie die hier geäußerten, vielleicht als die eines „potentiellen Kriegsverbrechers" oder eines „weltfremden Optimisten" angesehen werden — „was liegt daran, was liegt daran"?

Rudolf Pikola

Der Salto mortale der SPD

Wahrhaftig, das war ein Salto mortale, ein Todessprung, ein tödlicher Sprung, den die Sozialdemokratische Partei gemacht hat! Sie hat ihr Herz für das Militär entdeckt. Der deutsche Militarismus kann wieder einmal die Spitzen seines martialischen Schnurrbarts nach oben zwirbeln und sagen: „Es ist erreicht!" Denn nachdem er wenige Jahre nach der größten Katastrophe, die er über unser Volk gebracht hatte, wieder salonfähig geworden war (salonfähig mit Hilfe des deutschen Bürgertums, das seine Traditionen konservieren will, mit Hilfe vieler deutscher Mütter und Frauen, die wieder Nachschub zu liefern haben, mit Hilfe der Kirchen, die dem General zu geben befehlen, was des Generals ist, mit Hilfe der Industrie, die einige Dividenden winken sieht und mit ihnen winkt) — nachdem dies also geschehen war, nachdem der Militarismus in den Salons etabliert war, macht ihn die SPD nun auch noch stubenrein, auf daß er nicht nur in den Palästen zu Hause sei, sondern auch in den Hütten. Und darüber kann er sich denn auch freuen, denn aus ihnen bezieht er ja eigentlich die Hauptmasse seines — wie sagt man doch so schön? — „Materials"!

„Eben nicht!" ruft der Herr Spitzenfunktionär, „eben nicht! Wir sagen doch nicht zum Militarismus ja, sondern nur zum Militär! Und das ist ein gewaltiger Unterschied!"